Hallo,

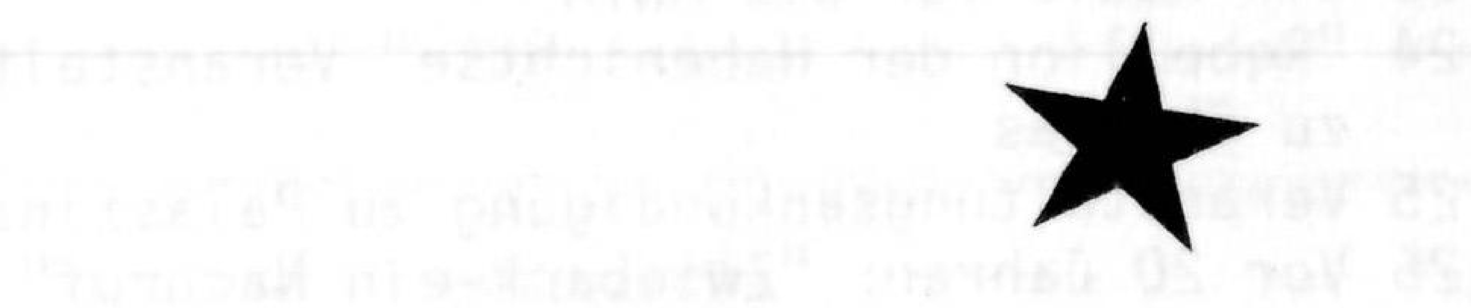
...r Text von 1977, der sich mit der Erschießung des Generalbundesanwalts Buback befaßt und damals reichlich Staub aufwirbelte. In verschiedenen Uni-Städten wie Göttingen wurde der Text kriminalisiert, von einer großen Zahl Profs erneut herausgegeben, die nun ihrerseits kriminalisiert wurden und fast alle niedersächsischen Profs unter ihnen ließen sich unter großem Druck im Laufe der Zeit zur Distanzierungen zwingen. Diese wurden von einer Landesregierung erzwungen, deren Ministerpräsident die Folterung und Ermordung von Menschen in einem seiner Bücher legitimierte. Einzig Prof. Peter Brückner blieb standhaft, erhielt Berufsverbot und Hausverbot an seinem Institut und starb an den Folgen der staatlichen Hetzkampagne - soviel zur angeblichen Meinungsfreiheit in diesem System.

Die Route der 1. Mai-Demo scheint bei großen Teilen der Prenzelberg-Linken nicht gerade Begeisterung hervorzurufen, um es mal vorsichtig auszudrücken. Vieles von dem, was ihr anmahnt und kritisiert, können wir nicht nachvollziehen oder finden es politisch falsch. Wir denken aber auch, daß es schwierig ist, gegen die erklärte Meinung von Gruppen vor Ort durch den P.berg zu demonstrieren (wie es auch hier vorsichtig ausgedrückt). Wir erwarten deshalb von der Vorbereitungsgruppe eine politische Begründung, warum diese Route so wichtig sein soll. Uns ist jedenfalls keine eingefallen, so daß wir empfehlen würden, diesen Beginn am 1. Mai zu meiden - aus Respekt vor einer Position, die mensch nicht teilen muß und die wir ebenfalls nicht teilen, aber ernstnehmen.

Im übrigen: Thema 1. Mai-Plenum: Lest einmal das Protokoll. Es für Außenstehende äußerst informativ - alle erfahren ganz genau, welch schwierige politische Fragen ihr grad debattiert und welche Gruppen welche unterschiedlichen Positionen vertreten - Hut ab!

Im Heft

2 Vorwort
3 Aufruf zur Antifa-Demo in Leipzig
5 Vorbereitungstreffen in Halle zur Antifa-Demo in Leipzig
6 Antifa-Aktion in Berlin am 1.Mai
9 Antifa Saarlouis zu Nazis und Bullen
11 Protokoll der 1. Mai-Vorbereitung
17 ff Dementis, Beschwerden, Stellungnahmen, Gegendarstellungen, (Selbst)Kritiken zum 1.Mai
19 Friedrichshainer Häuserkampf
20 nochmal Friedrichshainer Häuserkampf
22 Ein Radio für die MATA
24 Erklärung der Veranstalter "Veranstaltung" zu Waffen...
25 Veranstaltungsankündigung zu Palästina
25 Vor 20 Jahren: "Zwischenbericht" der Mescalero-Brief
28 Frauen- und Lesbenaktion gegen das Castor-Votationen
29 Prozeßerklärung gegen das Castor...
30 Erklärung des Castor-Delegiertentreffens zu einer Vergewaltigung im Wendland
31 Bericht über die Castor-Aktionstage
33 Termine



kleiner schwarzer Stern

Im Ordner
- FAU zum 1. Mai in Münster
- 1. Mai in Freiburg, Aufruf zur Demo des Bündnis gegen Armut
- Infozentrum für freie Völker zum 1. Mai in der Türkei und Kurdistan (9 Seiten)
- Sozialistische Aktion zum 1. Mai
- ... zu Kommerzkunst/Innenstadtaktionen im Februar '97
- ...stellung der Jugend-Anti-AKW-Gruppe Rhein...
- Contra-Island Newsflyer, Anzeige "Von München nach Unterwegs" (3 Seiten)

Hallo,

in dieser Ausgabe dominiert der 1. Mai - den Nazi-Aufmarsch egal wo verhindern ist angesagt, revolutionär demonstrieren auch, ob in Freiburg, Wup pertal, Oberhausen oder Berlin - dazu später mehr.
In der Reihe "INTERIM - Superoldies und das Beste vonm heute" dokumentieren wir einen Text von 1977, der sich mit der Erschießung des Menschenjägers Buback befaßt und damals reichlich Staub aufwirbelte. Nach seinem Erscheinen in Göttingen wurde der Text kriminalisiert, von einer großen Zahl Promis erneut herausgegeben, die nun ihrerseits kriminalisiert wurden und fast alle niedersächsischen Profs unter ihnen ließen sich unter großem Druck im Laufe der Zeit zu Distanzierungen zwingen. Diese wurden von einer Landesregierung erzwungen, deren Ministerpräsident die Folterung und Ermordung von Menschen in einem seiner Bücher legitimierte. Einzig Prof. Peter Brückner blieb standhaft, erhielt Berufsverbot und Hausverbot an seinem Institut und starb an den Folgen der staatlichen Hetzkampagne - soviel zur angeblichen Meinungsfreiheit in diesem System.
Die Route der 1. Mai-Demo scheint bei großen Teilen der Prenzelberg-Linken nicht gerade Begeisterung hervoruzurufen, um es mal vorsichtig auszudrücken. Vieles von dem, wads Ihr schreibt und sagt GenossInnen, können wir nicht nachvollziehen oder finden es politisch falsch. Wir denken aber auch, daß es schwierig ist, gegen die erklärte Meinung von Gruppen vor Ort durch den P´berg zu demonstrieren (um es auch hier vorsichtig auszudrücken). Wir erwarten deshalb von der Vorbereitungsgruppe eine **politische** Begründung, warum diese Route so wichtig sein soll. Uns ist jedenfalls keine eingefallen, so daß wir empfehlen würden, diesen Bezirk am 1. Mai zu meiden - aus Respekt vor einer Position, die mensch nicht teilen muß und die wir ebenfalls nicht teilen, aber ernstnehmen.
Im übrigen, liebes 1. Mai-Plenum: Euer diesmaliges Protokoll ist für Außenstehende äußerst informativ - alle erfahren ganz genau, welch schwierige politische Fragen ihr grad debattiert und welche Gruppen welche unterschiedlichen Positionen vertreten - Hut ab!



Im Heft

2 Vorwort
3 Aufruf zur Antifa-Demo in Leipzig
5 Vorbereitungstreffen in Halle zur Antifa-Demo in Leipzig
6 Antifa-Aktion in Berlin am 1.Mai
9 Antifa Saarlouis zu Nazis und Bullen
11 Protokoll der 1. Mai-Vorbereitung
11 ff Dementis, Beschwerden, Stellungnahmen, Gegendarstellungen, (Selbst)Kritiken zum 1.Mai
19 Friedrichshainer Häuserkampf
20 nochmal Friedrichshainer Häuserkampf
22 Ein Radio für die MRTA
24 "Rebellion der Habenichtse" Veranstaltung zu Chiapas
25 Veranstaltungsankündigung zu Palästina
26 Vor 20 Jahren: "Zwieback-ein Nachruf" der Mescalero-Brief
28 Frauen- und Lesbenaktion gegen das radikal-Verfahren
29 Prozeßerklärung gegen das BW-Gelöbnis
30 Erklärung des Castor-Delegiertentreffens zu einer Vergewaltigung im Wendland
31 Bericht über die Castor-Aktionstage
33 Termine

Im Ordner

- FAU zum 1. Mai in Münster
- 1. Mai in Freiburg, Aufruf zur Demo des Bündnis gegen Arbeit
- Infozentrum für freie Völker zum 1. Mai in der Türkei und Kurdistan (6 Seiten)
- Sozialistische Aktion zum 1. Mai
- Pressespiegel zu Wuppertaler Innenstadtaktionen im Februar '97
- Selbstdarstellung der Jugend-Anti-AKW-Gruppe Ahaus
- Conne-Island Newsflyer, Leipzig "Von München nach Leipzig" (8 Seiten)

Impressum:

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: ebenda

V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Aufruf zu den Gegenaktivitäten gegen den Nazi-Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig!

Die Bilder von 5000 durch die Münchner Innenstadt ziehenden Nazis sind kaum von den Bildschirmen und aus den Zeitungen verschwunden, da zeichnet sich immer deutlicher schon das nächste Großereignis der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) ab.

Bereits seit Anfang 1997 sind Aufrufe der Jungen Nationaldemokraten bekannt, die zu der Teilnahme an einer bundesweiten Demonstration des „nationalen Spektrums" am 1. Mai in Leipzig auffordern. Am 1.März in München wurde dieser Termin den dort anwesenden neofaschistischen Gegnern der Anti-Wehrmachtsausstellung bekanntgegeben. Mittlerweile mobilisieren alle für die Naziszene relevanten Schaltstellen für diesen Tag. Es werden Mitfahrmöglichkeiten in Bussen angeboten und über regionale Sammlungspunkte der Nazis informiert. Im Internet kursieren bereits Aufrufe. Auf dem Leipziger Arbeitsamt liegen Flugblätter aus, die zur Teilnahme an der „Demonstration des Nationalen Widerstandes" auffordern. Der Bundesvorsitzende der JN, Holger Apfel, erwartet 10.000 Demonstranten, die den Durchbruch schaffen sollen, um „Stück für Stück die Straße" zurückzuerkämpfen.

Die Demonstration ist seit dem 28. Februar angemeldet. Der Aufmarsch wird von den Kreisen vorbereitet, die auch bei der Organisation des bisher größten Nazi-Treffens seit den 60er Jahren am 1. März in München federführend waren. Als Treffpunkt wurde der Parkplatz am Völkerschlachtdenkmal im Südosten von Leipzig ausgewählt.

Die NPD und JN

NPD und JN gelten derzeit als die aktivsten und erfolgreichsten Organisationen im Nazi-Spektrum. Beide fungieren nach den Verboten einiger neofaschistischer Parteien und Organisationen in den letzten Jahren als Auffangbecken für deren ehemalige Mitglieder. Zwar beanspruchte die formelle Jugendorganisation der NPD – die JN – in der jüngsten Vergangenheit eine stärkere Eigenständigkeit gegenüber der Mutterpartei, doch gibt es inhaltlich und organisatorisch immer noch eine Reihe von Überschneidungen. Beide Organisationen postulieren nationalrevolutionäre Positionen, die auf einer rassistischen, völkischen und antisemitischen Ideologie beruhen. Organisatorisch arbeiteten beide Gruppierungen erst jüngst bei den Vorbereitungen der Aufmärsche in Aschaffenburg und München intensiv zusammen.

In Sachsen und speziell im Leipziger Raum verfügen die NPD/JN über ein großes Potential an Mitgliedern und Anhängern. Im Februar dieses Jahres berichtete der sächsische Verfassungsschutz über einen „gewaltigen Zuwachs" auf 300 Mitglieder im Freistaat (bundesweit: 2800). Nach Eigenangaben verfügt die NPD allein in Leipzig über 113 Mitglieder. Außerdem ist der stellvertredente Bundesvorsitzende der NPD, Jürgen Schön, in Leipzig wohnhaft. Als weiteres Beispiel für die hiesige Stärke der Organisationen muß auch der im vorigen Jahr in Leipzig stattgefundene Bundeskongreß der JN bewertet werden. Die Zusammenarbeit von JN, NPD und anderen „nationalen Aktivisten" offenbarte sich in der Messestadt bisher vorallem durch die Organisation und Teilnahme an gemeinsamen Gesprächskreisen und der propagandistischen Offensive der Organisationen in der Kleinstadt Wurzen. Die bundesweit im letzten Jahr bekanntgewordene Nazi-Szene in der nur einige Kilometer entfernten Stadt im Muldentalkreis verfügt über beste Kontakte zu den NPD-Funktionären in der Messestadt. An der geschichtsrevisionistischen Demonstration in München nahmen über 150 Nazis aus dem Raum Leipzig-Wurzen teil, die mit drei Reisebussen in die bayerische Metropole unterwegs waren.



Diese starke regionale Verankerung spricht an sich schon für den gewählten Aufmarschort am 1. Mai. Zumal die Nazis nicht nur in Leipzig, im Muldentalkreis und in Ostsachsen (Bautzen, Zittau etc.), sondern generell in den neuen Bundesländern sehr erfolgreich agieren und besonders in ländlichen Gegenden durch ihre oft jugendliche Klientel eine politische und durch rassistische Überfälle geprägte Hegemonie ausüben.

Symbole und Parolen



Desweiteren ist zu vermuten, daß die Nazis mit ihrer Aktion an den Leipziger Mythos einer „friedlichen Revolution" aus dem Jahre 89 anknüpfen wollen.

Nicht ganz unabhängig von jener angestrebten Symbolträchtigkeit bauen die Nazis natürlich gerade im Osten auf den Erfolg ihrer diesjährigen Strategie der verstärkten Thematisierung der sozialen Frage von rechts. Mit ihren Forderungen wie „Arbeit zuerst für Deutsche" oder „Gegen System und Kapital – unser Kampf ist national" nutzen sie – und das nicht erfolglos, wie der Blick auf die Mitgliederzahlen zeigt – die hohe Arbeitslosigkeit und die weit verbreiteten rassistischen Ressentiments für ihren antikapitalistisch verbrähmten, rassistischen Populismus. Genau in diese Strategie ordnet sich der Aufruf für den 1. Mai in Leipzig ein, in dem die „rapide zunehmende soziale Verelendung von Teilen unseres Volkes", welche von den „liberalkapitalistischen Systempateien" verschuldet wäre, als inhaltliche Fixpunkte auftauchen. Zusammen mit den verwendeten Parolen („Leistet Widerstand jetzt", „Kampftag der Arbeit" etc.) zeigt sich auch der seit längeren offensichtliche Versuch der NPD/JN, ehemals per se linke „Floskeln" für ihre Ziele zu vereinnahmen.

Es steht zu vermuten, daß die Nazis mit dieser inhaltlichen Ausrichtung noch mehr Menschen als am 1. März in München mobilisieren können. Es könnte ihnen das erste Mal gelingen, jene Personen, die sich bisher immer noch von äußerlich erkennbaren Neonazis abgrenzten, für einen gemeinsamen Aufmarsch zu begeistern. Wer am 1. Mai unter den NPD/JN-Fahnen marschiert, hat sich entschieden und gehört mit allen Mitteln bekämpft.

Antifa heißt Ausschlafen

Natürlich wollen wir den Naziaufmarsch nicht dulden. Ganz im Gegenteil: Wir wollen die Nazis mit allen Anstrengungen aus der Stadt jagen! Auf die Anhaltspunkte, die auf ein eventuelles Verbot des Aufmarsches deuten, können wir uns auf keinen Fall verlassen. Selbst wenn eine solche Verfügung ergehen würde, hätten die Anmelder immer noch genügend Zeit, eine rechtliche Revision zu erwirken oder auf andere Städte (z.B. in das in einem anderen Bundesland, aber sehr nah an Leipzig gelegene Halle) auszuweichen. Auch darauf sollten wir vorbereitet sein.

Der 1. März in München hat nicht nur gezeigt, über welch ein beachtliches Potential die Nazis trotz der Verbote und Übernahme rechter Politikinhalte in das etablierte Parteienspektrum verfügen. Er hat auch gezeigt, wie den Nazis erfolgreich begegnet werden kann. Ein breites Bündnis antifaschistischer Kräfte besetzte nach teilweise parallelen Demonstrationen den Abschlußkundgebungsort der Nazis und verhinderte wenigstens den symbolträchtigsten Abschnitt ihres Aufmarsches, direkt vor dem Ort der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht". München zeigte aber auch, daß die autonome Antifa alleine eine solche Faschoveranstaltung nicht mehr wirksam behindern kann. In Leipzig wird ein ähnlich breites Bündnis angestrebt, wobei es bekanntlich im Osten sehr viel schwieriger ist ein solches zustande zu bekommen. Auf ein Bündniskonzept zu setzen, heißt aber für uns, trotz der Erfahrung, daß der Naziaufmarsch in München von vielen Antifas nicht genügend ernst genommen wurde, auf die Gegenmoblisierung in autonomen Antifa-Kreisen zu bauen. Wir gehen davon aus, daß nur mit dem Potential, welches bei der antifaschistischen Demonstration in Wurzen im letzten Jahr sichtbar wurde, unser Ziel, die Verhinderung des Aufmarsches erreicht werden kann. Natürlich wissen wir um die „Konkurenzveranstaltungen", den traditionellen Aktivitäten der radikalen Linken am 1. Mai. Wir maßen uns hier nicht an, über die „revolutionären Mai-Demos" urteilen zu wollen. Doch wenn auch diesmal wieder die radikale Linke – und mit ihr maßgebliche Teile der autonomen Antifa – die Nazis weitgehend unbehindert marschieren läßt (wie z.B. in den letzten Jahren in Berlin), könnte es sein, daß sie bald nicht mehr die Möglichkeiten für ihre politischen Intentionen vorfindet.

Wir appellieren hiermit eindringlich an alle Antifas, die Nazi-Aktivitäten an diesem Tag nicht zuzulassen. Beteiligt euch an den geplanten Gegenaktivitäten gegen den Naziaufmarsch in Leipzig.

Als Auftakt der antifaschistischen Aktionen in Leipzig sind bis jetzt geplant:

- **eine Bündnisdemonstration** Treff: **9.00 Uhr, 1.5.1997**, Karl-Liebknecht-Str./Ecke Kurt-Eisner-Str. (im Süden Leipzig)
- **eine Kundgebung** Treffpunkt: **ab 10.00 Uhr** Sachsenplatz (Innenstadt)
- **weitere Aktionen ab 11.00 Uhr** Sachsenplatz

Bündnis gegen Rechts
c/o VL, PF 54, 04251 Leipzig
Fax: 0341-9608303

Leipzig, den 2.4.1997

Liebe Antifas!

Vor ein paar Wochen informierten wir euch über den geplanten Nazi-Aufmarsch, der am 1. Mai in Leipzig stattfinden soll, und über erste Schritte, dies zu verhindern. Mittlerweile mobilisieren die Nazis, besonders die NPD/JN, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nach Leipzig. Sie haben allerdings jetzt einen **anderen Treffpunkt und -zeit für ihre Kundgebung/Demonstration** gewählt - den Platz vor dem ziemlich bekannten **Völkerschlachtdenkmal in Leipzig, 11.00 Uhr**. Wir haben diesem Schreiben einige Faksimiles von Nazi-Aufrufen, Anzeigen und Internetpropaganda beigelegt. Daraus wird ersichtlich, daß die Nazis an dem zentralen Aufmarsch, für den sie bundesweit ihre Kameraden nach Leipzig rufen, festhalten.

Wir haben die Befürchtung, daß die Nazi-Mobilisierung in Antifa-Kreisen entweder unterschätzt wird oder aber viele Gruppen an ihren "1. Mai-Plänen" festhalten. Um unserer Ansicht Ausdruck zu verleihen, daß dies sich als eine sehr fatale politische Handlungsweise herausstellen könnte, sei hier eine Passage aus dem Aufruf des JN-Bundesvorsitzenden Holger Apfel zitiert, die beispielhaft dafür steht, welche Dimension der 1. Mai in Leipzig für die Faschos hat: "Wir alle, der gesamte nationale Widerstand, muß alles daran setzen, den Erfolg von München dahingehend auszubauen, daß wir zum ersten mal seit den sechziger Jahren mit einer Demonstration wieder die Zahl von 10000 Teilnehmern erreichen. Wenn uns dieses weitere Etappenziel gelingen sollte, sind die Folgen nicht mehr absehbar. Dann brechen wir endgültig aus der Isolation heraus und erkämpfen uns Stück für Stück die Straße zurück." Leider müssen wir dieser Einschätzung von unserem antifaschistischen Standpunkt aus beipflichten. Deshalb sind wir einigermaßen verärgert, daß auf unseren ersten Aufruf zur Beteiligung an den Gegenaktivitäten, die zum Ziel haben, den Nazi-Aufmarsch zu verhindern, kaum Rückmeldungen angekommen sind. Die Nazis haben nun auch das **Motto** für ihren Marsch ausgegeben. **"Arbeitsplätze zuerst für Deutsche."** Und wer zweifelt noch in diesem Land, daß sie mit dieser Parole weit über ihr bisheriges Klientel hinaus Zustimmung - auch in Form von Teilnehmern an dem Faschoaufmarsch - am 1. Mai finden werden. Diesen Schulterschluß gilt es zu verhindern - oder wir können uns alle weitergehende linke Politik gleich abschminken. Es erfolgt hiermit die genaue Einladung zu einem **bundesweiten Vorbereitungstreffen** in Leipzig:

Ort: Halle 5, Windscheidstr. 51, 04277 Leipzig (Connewitzer Kreuz)
Zeit: Samstag, den 19.4.1997, um 14.00 Uhr

Dort werden wir die bereits anvisierten Gegenaktivitäten vorstellen, wollen mit euch weitere Möglichkeiten diskutieren und natürlich praktisch-organisatorische Details klären.

Bis jetzt haben wir die traditionellen Demonstrationen des DGB und der PDS als Treffpunkte auch für die autonomen Antifas vorgesehen. All unsere Bemühungen laufen auf ein breites Bündnis aller antifaschistischen Kräfte in der Stadt und darüber (mit euch) hinaus. Einen Aufruf zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches wurde von über 100 Leipziger Organisationen, Projekten, Einzelpersonen etc. unterschrieben. Wir sind jedoch sehr skeptisch, ob diese auch für ein eindrucksvolles Spektrum an GegendemonstrantInnen stehen. Jedenfalls werden wir mit allen BündnispartnerInnen darauf drängen, den Kundgebungsort / die Demoroute der Nazis zu besetzen. Die Nazis scheinen davon schon Wind bekommen zu haben oder haben auf Grund der Erfahrung aus München oder aber auf Anraten des Ordnungsamtes leicht umdisponiert. Sie mobilisieren jetzt eine Stunde früher für das vom Stadtzentrum (also auch einem unserer Treffpunkte) etwas abgelegenere Völkerschlachtdenkmal. Dies macht unser Anliegen etwas komplizierter, aber auch hier gibt es im wahrsten Sinne des Wortes viele Wege.

Da wir in schier verzweifelter Hoffnung auf euch rechnen, organisieren wir bereits jetzt Schlafplätze, denn unsere Gegenaktivitäten beginnen bereits 9.00 Uhr. Desweiteren ist uns klar, daß die Nazis vielleicht doch kurzfristig gezwungen sind, in eine andere Stadt auszuweichen.Über das NIT "Mitteldeutschland" wurden bereits Dresden und Berlin als eventuelle Ausweichorte genannt. Deshalb solltet ihr so mobil wie möglich sein, also mit Bussen oder PKWs anreisen und dazu bereit sein, den Nazis auch in jeder anderen Stadt entgegenzutreten. Wir denken, daß auch dieser Punkt bei dem Vorbereitungsreffen eine zentrale Rolle spielen muß. Die Nazis wollen einen zentralen Aufmarsch, wenn nicht in Leipzig, dann sicherlich irgendwo in der Nähe. Mit Bezug auf ein solches Ansinnen der Faschos müssen wir an den Erfahrungen mit den bundesweiten antifaschistischen Gegenmobilisierungen zu den Hess-Gedenkmärschen anschließen.Völliger Quatsch wäre es, nur den Antifas in den einzelnen Städten die Gegenmobilisierung zu überlassen. Wir brauchen ein gemeinsames Konzept, welches die Verhinderung des Nazi-Aufmarschs in Leipzig oder Dresden oder Berlin oder sonstwo ermöglicht. Für Rückmeldungen/Anmeldungen zu dem zentralen Vorbereitungstreffen und Schlafplatzbestellungen, sowie das Bestellen von Plakaten und Fragen an uns steht folgende Telefonnummer an den **folgenden Sonntagen sowie dem Tag vor der Demo von 14:00 bis 20.00 Uhr** zur Verfügung: **0177/2661297**

Die Postadresse des BGR und die Fax-Nummer stehen ebenfalls dafür zur Verfügung.

Die **EA-Nummer** steht ebenfalls schon fest: **0341-2119313**

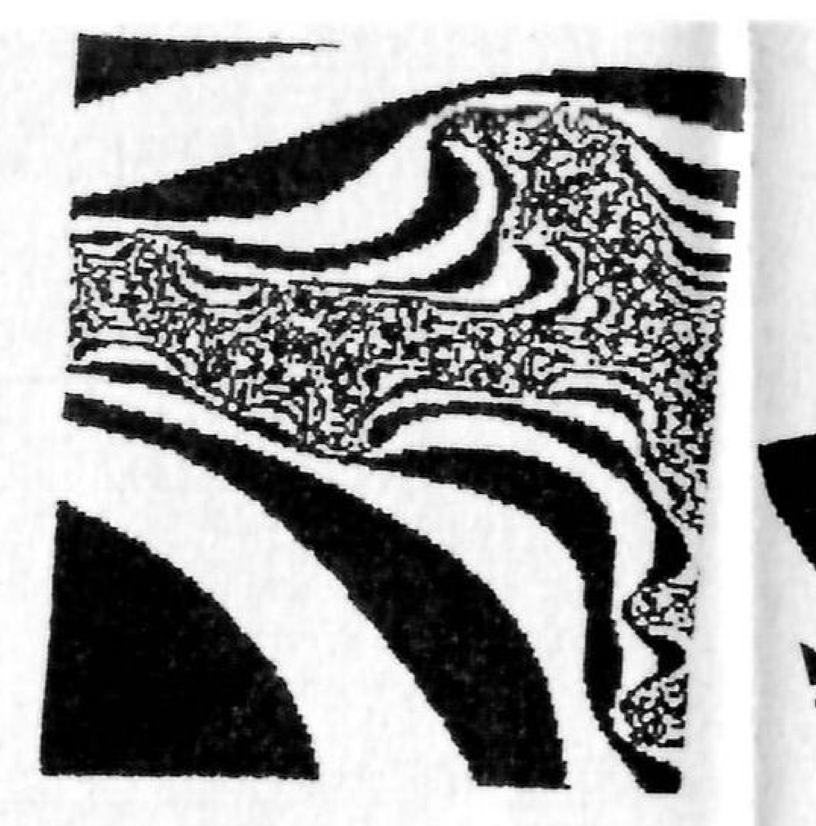
Natürlich wird es am **Abend vor dem 1. Mai ein DelegiertInnentreffen** geben.

Die mitgeschickten Plakate (Entschuldigung für die Qualität: Druckerei hat die Farben vertauscht) können ab sofort bestellt werden (Stück 30Pf). Die offengelassene Fläche kann mit euren lokalen Treffpunkten ausgefüllt werden. Ein anderer Grund für dieses "Offenlassen" ist unser Plan, noch kurzfristig auf Veränderung der Fascho-Treffpunkte reagieren zu können und entsprechende Gegenveranstaltungen anzumelden, bzw. dafür im Rahmen des noch Möglichen zu mobilisieren. Die bis jetzt im Aufruf genannten Demos/Kundgebungen gelten auf jeden Fall weiter. Sie bilden bis jetzt den organisatorischen Rahmen für unser Anliegen, den Nazis noch mehr Salz als in München in die Suppe zu streuen. Dieses flexible Konzept erachten wir an diesem Tag als unbedingt notwendig. Also bestellt Plakate, kommt zu dem Vorbereitungstreffen, studiert die mitgeschickten Dokumente und kommt entgegen aller Gerüchte, die Antifa-Demo in Wurzen und Berlin-Hellersdorf wären Eintagsfliegen, zuhauf.

Euer BGR.

Anlagen: 2 Plakate; aktueller Aufruf zu den antifaschistischen Gegenaktivitäten (bitte selber kopieren und veröffentlichen); Artikel zum Thema, der in einer Leipziger Szene-Zeitschrift erschienen ist; von den Faschos: Flugblatt der NPD/JN zum 1. Mai; Anzeige der Faschos aus der aktuellen Ausgabe der NPD-Zeitung "Deutsche Stimme", ebenfalls dort veröffentlichter Artikel des NPD-Vorsitzenden U.Voigt zum Thema

Kontonummer: 113 001 3304, Sparkasse Leipzig BLZ 860 555 92, Vereinigte Linke, Stichwort: 1. Mai



am 1. MAI in BERLIN:
wenn NAZI -AUFMARSCH ...
... dann VERHINDERN !

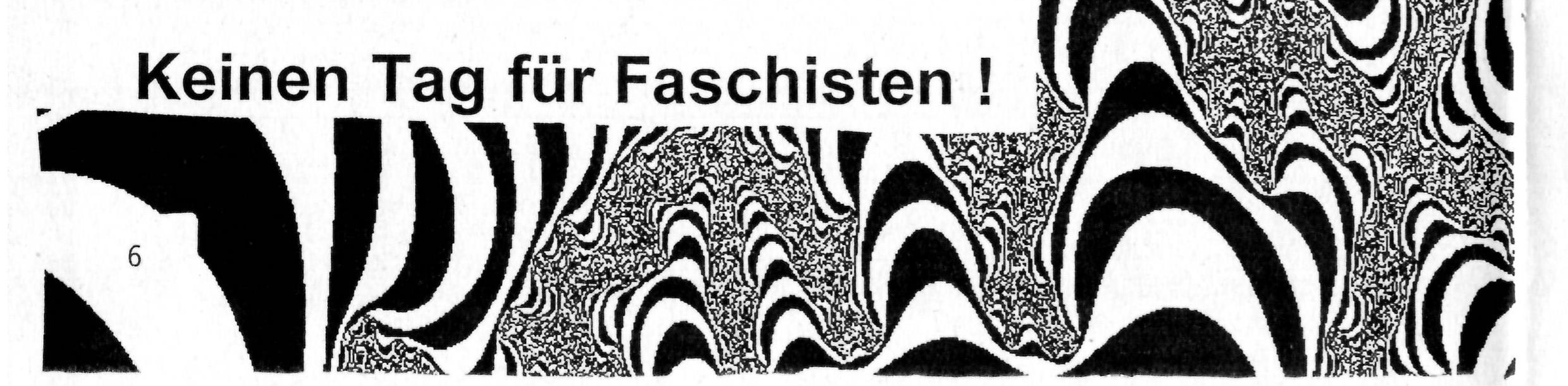
In den letzten Jahren versuchten Faschisten bisher an jedem 1. Mai in Berlin Aufmärsche durchzuführen. Letztes Jahr marschierten ca. 300 Nazis nur wenige Kilometer von den zwei großen revolutionären 1.Mai Demos durch Marzahn. Nahezu unbehelligt von AntifaschistInnen konnten sie ihre rassistische und faschistische Propaganda verbreiten. Nur ein paar Dutzend Leute fuhren von den Demos aus nach Marzahn und konnten dort nichts ausrichten.

Dieses Jahr haben die NPD und die Jungen Nationaldemokraten (JN), ein legales Sammelbecken für Neofaschisten, einen Aufmarsch unter dem Motto "Arbeit zuerst für Deutsche" für Leipzig angemeldet. Diese Parole trifft auf erschreckend große Zustimmung in weiten Teilen der bundesdeutschen Bevölkerung. Die gesellschaftliche Grundstimmung wurde nicht zuletzt über die nationalistisch geführte 'Standort Deutschland '- Debatte der Regierungsparteien und Arbeitgeberverbände angeheizt.
Öffentlichkeitswirksame Aufmärsche von Faschisten bedeuten also nicht nur eine weitere Plattform für ihre faschistische Propaganda. Sie befinden sich damit im Einklang mit der Strategie der HERRschenden, durch nationalistische und rassistische Argumentationen und Parolen von sozialen Konflikten abzulenken. Die Allianz von konservativer Regierungspolitik und Faschisten drückt sich nicht nur in rassistischen bzw. faschistischen Angriffen, sondern auch z.B. in zunehmendem Antisemitismus und dem antifeministischen Rollback aus.

Für den 1.Mai 1997 mobilisieren die Faschisten öffentlich nach Leipzig. Wenn sie daran festhalten, werden sicherlich auch Berliner Nazis versuchen, dorthin zu fahren. Wir gehen trotzdem davon aus, daß auch in Berlin Faschisten demonstrieren wollen. Es existiert bereits ein Aufruf (ohne Zeit- und Ortsangabe) für einen Aufmarsch in Berlin.

Der Berliner Innensenator, Ex-General Schönbohm, hat schon im Februar angekündigt, daß er einen Aufmarsch der Nazis am 1.Mai nicht verbieten lassen wird. Das kommt einer Einladung für einen von Bullen geschützten faschistischen Aufmarsch gleich.
Es liegt also wie schon beim versuchten JN-Aufmarsch am 15.2.97 in Hellersdorf an uns, dafür zu sorgen, daß die Faschisten hier nicht marschieren und ihre rassistische und nationalistische Propaganda hier nicht verbreiten.

Keinen Tag für Faschisten !



wenn NAZI -AUFMARSCH ...
... dann VERHINDERN !

Noch wissen wir nicht, welche konkreten Nazi-Aktivitäten am 1.Mai in Berlin oder anderswo geplant sind. Um an die erfolgreiche Verhinderung des Nazi-Aufmarsches durch ein breites Spektrum von AntifaschistInnen am 15.2.1997 in Hellersdorf anzuknüpfen, ist eine koordinierte Mobilisierung zum 1.Mai in Berlin geplant.

Das antifaschistische Infotelefon

030 / 615 73 29

ist ab 21. April bis Do. 1.Mai 1997 besetzt.

Infotelefonzeiten:
21.4. bis 28.4. Anrufbeantworter
29.4 und 30.4. ab 16 Uhr besetzt
am 1.5. ab 8 Uhr besetzt

Am Infotelefon könnt Ihr den aktuellen Stand über geplante Nazi-Aktivitäten und antifaschistische Gegenaktionen erfahren und Informationen bzw. gesicherte Beobachtungen abgeben.

Achtet auf Ankündigungen in Zeitungen, Kneipen, ... in den Tagen vor dem 1.Mai !
Informiert Euch auf den 1.Mai - Festen an den Infoständen und achtet auf die Durchsagen dort !

Die Bullen haben gemäß Versammlungsgesetz nicht das Recht, Euch daran zu hindern, zu einem Anlaufpunkt von AntifaschistInnen zu fahren.
Rechnet aber mit massiven Vorkontrollen !
Fahrt nur in Gruppen, um weder Bullen noch Faschos in die Arme zu laufen !
Kein Alk oder sonstwelche Drogen !

Informiert Euch rechtzeitig über Verhaltenstips des Ermittlungsausschuß (EA) und verhaltet Euch danach !
Ruft beim EA an, wenn ihr Verhaftungen mitbekommt (Telefon EA 692 22 22) !
Keine Aussagen bei Bullen und Justiz !

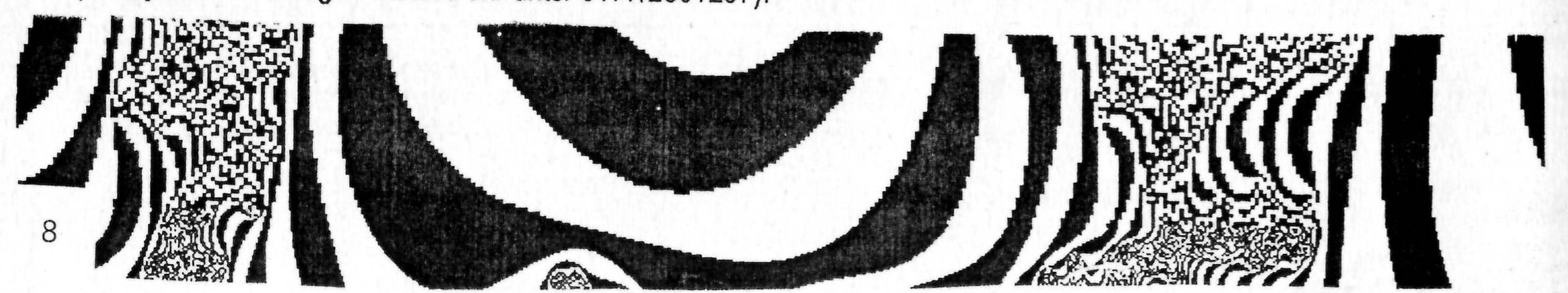
Keinen Tag für Faschisten !
Hoch die internationale Solidarität !

Aktionsbündnis "Wenn Naziaufmarsch Dann Verhindern" Berliner Antifagruppen

wie ihr vielleicht schon mitbekommen habt, durch flugblätter, zeitungsartikel etc., ist auch in diesem jahr, wie jedes jahr seit 1992 am 1.mai mit einem naziaufmarsch in berlin zu rechnen. es gibt diverse vorbereitungen diesen, trotz der unterstützung der nazis durch innensenator general schönbohm (zitat: "...junge demokraten..."), zu verhindern.
es gibt ein infotelefon mit kontakt zu den festen am humannplatz, am mariannenplatz und zu den demos .
unser hauptanliegen ist es, aufgrund der erfahrungen der letzten jahre, aus den fehlern zu lernen .
berechtigte sätze wie : " wir lassen uns den 1. mai nicht nehmen", bzw : "wir lassen uns unsere demo nicht kaputt machen ...", sollte die frage aufdrängen, wo am 1.mai antifaschistischischer widerstand besser praktiziert werden kann auf einer der demos bzw feste oder indem mensch sich den nazis entgegenstellt.
(wir begrüßen die absichtserklärungen der organisator/inn/en des antifablocks
der rosa luxemburgplatz-demo sich bei bekanntwerden des aufmarschortes sofort auf den weg zu machen.)
jedoch läßt das gemeinschaftsgefühl , das auf demos stärke und sicherheit gibt, viele leute davor zurückschrecken sich spontan aus dem demonstrationszug zu lösen und ins " ungewisse" -wohlmöglich noch in die, durch dramatische erzählungen mythologisierten östlichen bezirke (z.b. marzahn, hellersdorf...) zu fahren.
viele die sich doch aufrafften, kamen meistens nicht an, da sie im pulk und typischen outfit unterwegs von den bullen entweder abgefangen oder aufgemischt wurden.
deshalb ist es wichtig sich schon vor dem 1.mai zu überlegen welchen schwerpunkt mensch sich an diesem tag setzt.
wir finden es wichtig,in zeiten von faschistischen massenaufmärschen (münchen), überfällen und brandanschlägen, an einem seit jahrzehnten symbolbeladenen und hart umkämpften tag, gut vorbereitet antifaschistisch aktiv zu werden.
also - informiert euch (siehe infostellen), packt einen stadtplan ein, zieht euch relativ unauffällig an und bewegt euch im öffentlichen nahverkehr in für bullen uninteressanten kleingruppen. die größte chance, mit vielen antifaschist/innen an die nazidemo heranzukommen haben wir, wenn wir auf kleineren umwegen zum gemeinsamen ziel kommen.
natürlich kann man dieses auch mit fahrrad oder auto etc. erreichen.

infostellen:

das von berliner antifagruppen organisierte **infotelefon (030/6157329)**, das schwerpunktmäßig zum 1.mai eingerichtet ist (es gibt ein extra flugblatt + plakat), soll mit den von uns angesprochenen kneipen und infoläden, die sich bereiterklärt haben, in den tagen vom 19.4. bis 8.5., als infostellen zu fungieren,
gekoppelt werden. vom wochenende 19.4./20.4. (hitlers geburtstag) bis einschließlich HERRentag, der dieses jahr auf den 8.mai, dem tag der militärischen kapitulation des faschistischen deutschlands fällt, ist verstärkt mit aktionen von nazis zu rechnen ist, vor allem weil diese daten dieses jahr die von feiertag bzw. wochenende sind.
das infotelefon hat kontakt zu leipziger antifas, die mit einem aus ca. 80 gruppen bestehenden "bündniss gegen rechts" gegen den seit 28.2. angemeldeten npd/jn aufmarsch mobilisieren.während holger apfel (jn-bundesvorsitzender) laut jf vom 4.4. gestärkt durch die wehrmachtsausstellungsdemonstration in münchen (5000 nationalisten/militaristen von csu bis stiefelnazis) von "totalmobilmachung" und 10000 zu erwartenden teilnehmern fasselt , brachte die letztjährige monatelange mobilisierung der jn nach nürnberg unter nahezu der identischen parole, wenn auch nur als ablenkungsmanöver durchgeführt , schließlich im verdeckt organisierten und am ende mit plakaten in marzahn angekündigten aufmarsch, nur 200 nazis auf die strasse.
natürlich ist nach münchen die situation/athmosphäre eine andere , aber das thema , die region und die bündnispartner (keine csu) sind nicht die selben - so daß bei ruhiger betrachtungsweise, naziaufmarschversuche , ob in leipzig, halle, dresden, berlin oder sonstwo , durchaus zu verhindern bzw. zu stören sind.
in berlin planen, laut jw vom 7.4., die nationalen und die unabhängigen kameradschaften um detlef nolde (ehem. cholewa), andreas storr einen eigenen 1.mai-aufmarsch mit der parole: " freiheit für christian wendt".
zu einem koordinationstreffen am donnerstag dem 17.4. um 19.00 uhr, für eine gegendemonstration am 1.mai und einen aufruf gegen die neofaschistischen "jungen natioaldemokraten" laden die "gewerkschaftler/innen gegen rassismus und faschismus" ein. treffpunkt: dgb-jugendzentrum 3. etage brunnenstrasse 125.
in leipzig gibt es am samstag 19.4. um 14.00 uhr ein bundesweites vorbereitungstreffen gegen den ersten mai als nationalen widerstandstag der npd. ort: halle 5 windscheidstr. 51
(infos jeweils sonntags 14-20.00 uhr unter 0177/2661297).



Stellungnahme zu den Ereignissen um den Infoladen „Bambule“ in Saarlouis am 9. April 1997 und den Wochen davor

oder

Wie ein organisierter Faschist zum Hilfspolizisten wurde

Seit Sommer 1996 gibt es in Saarlouis eine Antifagruppe und seit Oktober den Infoladen „Bambule“. Organisiert wird beides von Menschen, die sich mit den faschistischen Aktivitäten und der rassistischen Stimmung in Saarlouis nicht einfach abfinden wollen. Erinnert sei an dieser Stelle nur an den rassistischen Mord an dem Flüchtling Samuel Yeboah im September 1991. Seit Jahren müssen Menschen, die im Weltbild der Faschisten als „Untermenschen“ definiert sind, sich vor körperlichen Attacken fürchten. Wird sich dann einmal zur Wehr gesetzt, wie z.B. im März '96, als mehrere Jugendliche einen Faschisten verletzten, versuchen sie sich als Opfer einer „multikulturellen“ Gesellschaft darzustellen. So zum Beispiel bei dem faschistischen Aufmarsch am 23. März 1996 in Saarlouis, als etwa 100 Faschisten, geschützt von der deutschen Polizei durch Saarlouis marschieren konnten um ihr braunes Gedankengut zu verbreiten. Ein Teilnehmer an der von der Polizei bedrängten antifaschistischen Gegendemonstration, der verhaftet wurde, wird demnächst einen Prozeß bekommen, weil er aktiven Widerstand gegen den Naziaufmarsch geleistet hat.

Antifaschistischer Widerstand, wie er unter anderem auch vom Infoladen in Saarlouis ausgeht ist den Faschisten natürlich ein Dorn im Auge. Es wird von ihnen versucht gezielt antifaschistische Strukturen und Personen auszuspionieren. In den vergangenen Wochen wurden vermehrt AntifaschistInnen von Neonazis in der Saarlouiser Innenstadt fotografiert. Auch der antifaschistische Infoladen und seine BesucherInnen wurden während den Infoladen-Öffnungszeiten (jeden Mittwoch von 15 bis 18 Uhr) von Faschisten fotografiert und beobachtet. Daran beteiligt waren unter anderem die beiden organisierten Neonazis *Schlappal* und *Peter Strumpler*, dazu benutzt wurde auch ein weißer Golf II mit dem Kennzeichen SLS - FM 14.

Um derartigen Angriffen entgegenzutreten, wurde ein antifaschistischer Selbstschutz organisiert. Schlappal tauchte am Mittwoch, den 9. April wieder in der Nähe des Infoladens auf und wurde vertrieben. Als der weiße Golf wieder vorfuhr, wurde auch dieser erfolgreich von zahlreichen AntifaschistInnen angegriffen, um seine Insassen am Fotografieren zu hindern. Wenige Minuten nach den Auseinandersetzungen am Infoladen wurden in Saarlouis sichtbar die Polizeieinheiten verstärkt, Personen- und Fahrzeugkontrollen wurden durchgeführt. Auf dem Heimweg wurden drei jüngere BesucherInnen des Infoladens von *Peter Strumpler* und einem weiteren Faschisten bedroht und unter Androhung von Gewalt zur



Polizeiwache in der Alten Brauereistraße gebracht. Dort übergab *Strumpler* die drei jungen Menschen einem Polizeibeamten namens *Wilhelm* mit den Worten „Die Personalien sind klar !“. Auf der Polizeiwache wurden die drei Festgenommenen schikaniert und einer auch körperlich mißhandelt. Eine Mutter, die ihre Tochter auf der Polizeiwache abholen wollte, beschwerte sich über das Abfotografieren ihrer Tochter durch Faschisten und wies auf die Gefahr hin, daß diese Karteien über ihnen unliebsame Menschen anlegen würden. Daraufhin bekam sie von der Polizei zu hören, daß dies ja auch gerechtfertigt und so richtig sei. An dieser Stelle wird wieder einmal die Zusammenarbeit zwischen deutscher Polizei und organisierten Neonazis deutlich.
Bundesweit betrachtet ist es auch nicht ungewöhnlich, daß Polizeibeamte die Personalien von festgenommenen AntifaschistInnen an faschistische Organisationen weiterleiten.

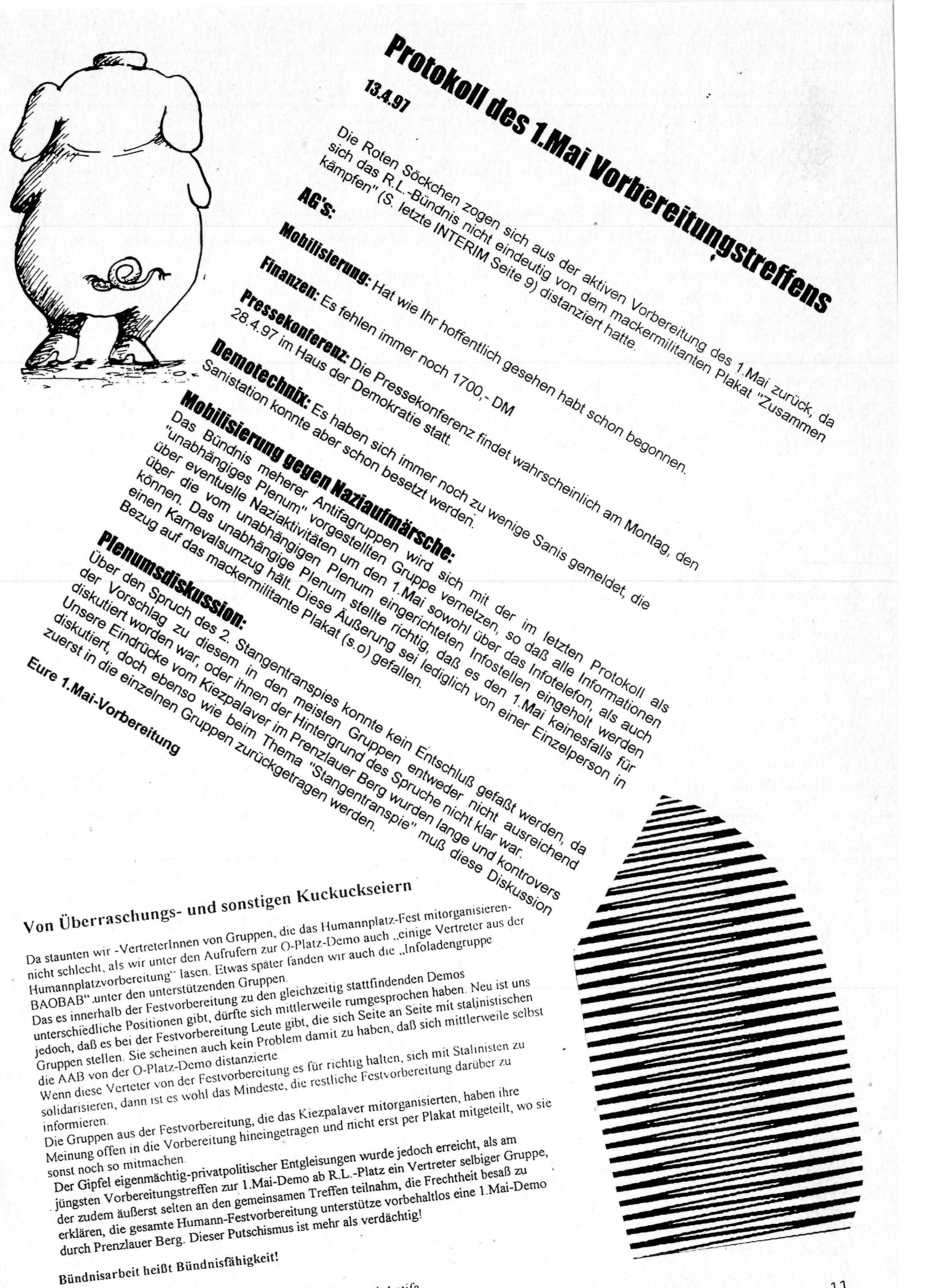
Wehrt Euch gegen Polizei- und Naziterror !!!

Organisiert die antifaschistische Selbsthilfe !!!

Kommt und unterstützt Antifa und Infoläden !!!



Autonome AntifaschistInnen aus dem Saarland



Protokoll des 1.Mai Vorbereitungstreffens

13.4.97

Die Roten Söckchen zogen sich aus der aktiven Vorbereitung des 1.Mai zurück, da sich das R.L.-Bündnis nicht eindeutig von dem mackermilitanten Plakat "Zusammen kämpfen" (S. letzte INTERIM Seite 9) distanziert hatte.

AG's:

Mobilisierung: Hat wie Ihr hoffentlich gesehen habt schon begonnen.

Finanzen: Es fehlen immer noch 1700,- DM

Pressekonferenz: Die Pressekonferenz findet wahrscheinlich am Montag, den 28.4.97 im Haus der Demokratie statt.

Demotechnix: Es haben sich immer noch zu wenige Sanis gemeldet, die Sanistation konnte aber schon besetzt werden.

Mobilisierung gegen Naziaufmärsche:

Das Bündnis meherer Antifagruppen wird sich mit der im letzten Protokoll als "unabhängiges Plenum" vorgestellten Gruppe vernetzen, so daß alle Informationen über eventuelle Naziaktivitäten um den 1.Mai sowohl über das Infotelefon, als auch über die vom unabhängigen Plenum eingerichteten Infostellen eingeholt werden können. Das unabhängige Plenum stellte richtig, daß es den 1.Mai keinesfalls für einen Karnevalsumzug hält. Diese Äußerung sei lediglich von einer Einzelperson in Bezug auf das mackermilitante Plakat (s.o) gefallen.

Plenumsdiskussion:

Über den Spruch des 2. Stangentranspies konnte kein Entschluß gefaßt werden, da der Vorschlag zu diesem in den meisten Gruppen entweder nicht ausreichend diskutiert worden war, oder ihnen der Hintergrund des Spruche nicht klar war. Unsere Eindrücke vom Kiezpalaver im Prenzlauer Berg wurden lange und kontrovers diskutiert, doch ebenso wie beim Thema "Stangentranspie" muß diese Diskussion zuerst in die einzelnen Gruppen zurückgetragen werden.

Eure 1.Mai-Vorbereitung

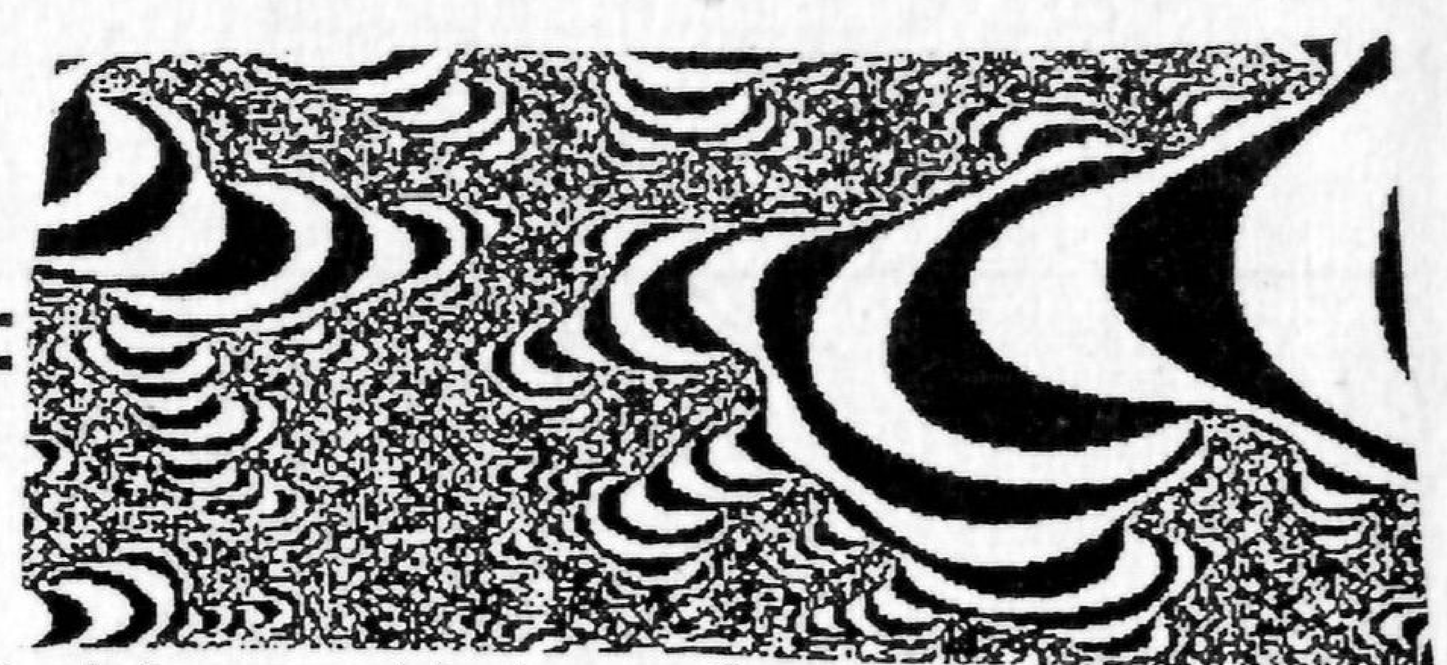
Von Überraschungs- und sonstigen Kuckuckseiern

Da staunten wir -VertreterInnen von Gruppen, die das Humannplatz-Fest mitorganisieren- nicht schlecht, als wir unter den Aufrufern zur O-Platz-Demo auch „einige Vertreter aus der Humannplatzvorbereitung" lasen. Etwas später fanden wir auch die „Infoladengruppe BAOBAB" unter den unterstützenden Gruppen.
Das es innerhalb der Festvorbereitung zu den gleichzeitig stattfindenden Demos unterschiedliche Positionen gibt, dürfte sich mittlerweile rumgesprochen haben. Neu ist uns jedoch, daß es bei der Festvorbereitung Leute gibt, die sich Seite an Seite mit stalinistischen Gruppen stellen. Sie scheinen auch kein Problem damit zu haben, daß sich mittlerweile selbst die AAB von der O-Platz-Demo distanzierte.
Wenn diese Verteter von der Festvorbereitung es für richtig halten, sich mit Stalinisten zu solidarisieren, dann ist es wohl das Mindeste, die restliche Festvorbereitung darüber zu informieren.
Die Gruppen aus der Festvorbereitung, die das Kiezpalaver mitorganisierten, haben ihre Meinung offen in die Vorbereitung hineingetragen und nicht erst per Plakat mitgeteilt, wo sie sonst noch so mitmachen.
Der Gipfel eigenmächtig-privatpolitischer Entgleisungen wurde jedoch erreicht, als am jüngsten Vorbereitungstreffen zur 1.Mai-Demo ab R.L.-Platz ein Vertreter selbiger Gruppe, der zudem äußerst selten an den gemeinsamen Treffen teilnahm, die Frechtheit besaß zu erklären, die gesamte Humann-Festvorbereitung unterstütze vorbehaltlos eine 1.Mai-Demo durch Prenzlauer Berg. Dieser Putschismus ist mehr als verdächtig!

Bündnisarbeit heißt Bündnisfähigkeit!

Stadtteilgruppe Prenzlauer Berg, Bandito Rosso, HUmmel-Antifa

Das Kiezpalaver in Prenzlauer Berg:



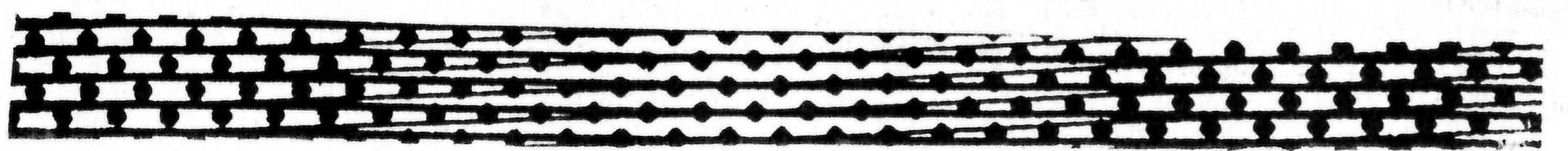
Nachbereitung und Einschätzung

Am 8.April fand im Elias-Gemeindehaus die von einem Bündnis verschiedener Gruppen aus Prenzlauer Berg organisierte Veranstaltung zur geplanten „revolutionären 1.Mai-Demo" durch die Sraßen des Bezirks statt.
Am Kiezpalaver nahmen, nach Zählung des gastgebenden Pfaffen, mehr als 200 Menschen teil, neben der zahlreich vertretenen Demovorbereitung, trafen sich dort viele VertreterInnen von Initiativen aus Prenzlauer Berg und politisch interessierte EinwohnerInnen.
Die Diskussion, von den PodiumsvertreterInnen des revolutionären O.S.T.B.L.O.C.K., des AOK und der AAB begonnen, war nach den „Schlammschlachten" der letzten Jahre der erste Versuch, eine inhaltliche Debatte zum „revolutionären" 1.Mai zu führen. Aus diesem Grund bewerten wir die Veranstaltung als einen positiven Ansatz. Besonders erfreulich war für uns, die Diskussion spielte sich nicht im luftleeren Raum eines Szeneghettos ab, sondern allen Beteiligten blies der frische Wind einer öffentlichen Veranstaltung entgegen.

Die zentrale Frage, warum die „revolutionäre-1.Mai-Demo" ausgerechnet durch Prenzlauer Berg führen soll, konnte nicht befriedigend beantwortet werden, da von seiten der Demovorbereitung kaum inhaltliche Argumente vorgebracht wurden. Das AOK (von der AAB kam dazu kein einziger Satz) erklärte, daß der Bezirk durch seinen „rebellischen Charakter" besonders geeignet sei, zudem würden potentielle Spekulanten abgeschreckt (dies würden die Erfahrungen aus Kreuzberg zeigen).
Zum ersten Argument: wenn es hier eine Tradition des Widerstandes und eine rebellische Atmosphäre gibt, so hat die Vorbereitung der Demo damit noch nie etwas zu tun gehabt. Der Großteil der Gruppen, die hier Widerstand leisten, organisierte das Kiezpalaver und nicht die Demo.
Zum zweiten Argument: kein Investor wird dadurch abgeschreckt, das nach einer Demo - die Umstrukturierung und Vertreibung ansonsten überhaupt nicht thematisiert - zufällig auch Yuppiekneipen und Spekulantenbüros anggegriffen werden. Ein kontinuierlicher Widerstand gegen die Yuppiesierung kann nicht durch eine einmalige Demo ersetzt werden. Im Gegenteil: ein „Ereignis" wie diese Demo dient eher dazu, das Bild „ vom wilden Prenzelberg, wo immer was los ist" zu verstärken.

Bei der offenen Diskussion beteiligten sich sehr unterschiedliche Leute, die ein breites Votum gegen diese Demo durch den Stadtteil zum Ausdruck brachten. Viele Menschen sahen weder den Sinn, noch den Zweck einer Demonstration, die die Situation vor Ort mit keinem Wort im Aufruf erwähnt. Vor allem Projekte, die mit ihrer Politik bei den Alltagsproblemen der Nachbarschaft ansetzen, befürchteten sogar negative Auswirkungen auf ihre Bemühungen, über Scenegrenzen hinaus soziale Widerstände zu entwickeln. Im Gegensatz zur Situation in Kreuzberg gibt es hier keine unversöhnliche Trennung von „alternativer Projektscene" und „Linksradikalen". Gemeinsamkeiten sind Folge der kolonialen Bedingungen, die mit dem Anschluß gesetzt wurden und Voraussetzung für eine breitere Verankerung von Widerstand. Denn die Umstrukturierung des Bezirkes ist im wesentlichen das Ergebnis von fremdbestimmten Interessen, die mit der Arroganz der neuen Herren durchgesetzt werden - fast alle Entscheidungsträger im Sanierungsapperat kommen aus dem Westen.

Die mangelnde Abgrenzung von stalinistischen und autoritären Gruppen stieß ebenfalls auf heftige Kritik. Das Argument, die Route durch den Prenzlauer Berg sei „ein genialer Schachzug" für eine „antistalinistische Entflechtung" haben nur wenige verstanden. Eine vor allem technisch vollzogene Trennung kann eine inhaltliche Auseinandersetzung um eine, auf wirkliche Befreiung und nicht nur auf Herrschaft zielende Politik, nicht ersetzen. Wie groß die Defizite in dieser Hinsicht bei Teilen der sich radikal gebenden Linken immer noch



sind, zeigten die peinlichen Reaktionen einzelner AAB-Mitglieder auf dem Kiezpalaver. Der Verweis auf Millionen Opfer stalinistischer Gewaltherrschaft ist ganz sicher kein Grund zum Lachen. Gerade im Osten derart unsensibel mit der Geschichte umzugehen, machte wesentliche Erfahrungsunterschiede noch einmal deutlich. Die Westlinke kann eben nicht auf eine antistalinistische Genese zurückblicken, während hier der Unterschied von Befreiung und Barberei ein wesentlicher ist. Die emotional aufgeladene Stimmung nach dem Eklat zeigten das noch einmal deutlich.

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt war die, wie ein Ritual zur Demo gehörenden Randale. Uns fiel dabei positiv auf, daß auf der Veranstaltung die Frage nach Militanz nicht grundsätzlich gestellt wurde. Vielmehr war dabei das „wie" und gegen „wen" von Bedeutung. So verständlich und berechtigt wie die Furcht vieler Nachbarn um Kleinwagen und Kiezläden ist - so gut verstanden und akzeptiert werden konkrete und geziele Angriffe auf Spekulanten, Yuppies und sonstige Träger der Verdrängung. Nach der Diskussion um eine eventuelle Route durch die Friedrichstraße meinte beispielsweise eine 70jährige Oma aus der Göhrener Strasse zu uns: „ Die Westler haben einfach keinen Arsch in der Hose!".

Ob alle VorbereiterInnen der Demonstration die Veranstaltung ernst nehmen und die Argumente nicht nur als „Gartenzwergmentalität" abwerten, bleibt zu hoffen. Eine Entscheidung für eine Route zur Friedrichstraße wird hier sicher von mehr Menschen verstanden und für künftige Diskussionen - auch über den 1.Mai hinaus - wäre eine gute Basis geschaffen. Nicht nur, daß eine Demonstration mit abstrakten Forderungen und allgemeinen Parolen vor den Symbolen der Macht und den neuerbauten Glaspalästen des Reichtums wesentlich wirkungsvoller ins Bild gesetzt werden kann - auch ein Bruch mit der sonst praktizierten Vomundschaft gegenüber dem Osten wäre fast so etwas wie eine kleine Revolution.

In diesem Sinne: go to Friedrichstraße

Gruppen, Projekte und Einzelpersonen aus Prenzlauer Berg

PS: Mehr mit Schmunzeln als mit politischer Entrüstung betrachten wir den Umgang der AAB mit diesem Thema: Wie zu erfahren war, wurde von VertreterInnen dieser Gruppe auf dem Demovorbereitungstreffen am letzten Sonntag kurzerhand erklärt, daß „die Prenzlberger Strukturen und Zusammenhänge nicht mehr zur linksradikalen Scene gehörten" und wohl meinten, sich somit einen unkritisierbaren Freibrief ausgestellt zu haben. Wirklich, cooler Trick Leute!!



Stellungnahme zu "Angriff auf die Männerphantasien"
(Interim Nr. 415)

Der 1. Mai steht vor der Tür und mit ihm der alljährliche kleinbürgerliche Szene- Streit und Tratsch.

Aus der Vergangenheit...
Nach den Schlägereien auf den O- Platz Mai Demos in den Jahren `92 und `93 schien der "Revolutionäre 1. Mai in Berlin begraben zu sein. `94 kam es lediglich zu einem Fest, sowie zu einer kleinen RK Demo. `95 überlegte sich eine Gruppe von Leuten den 1. Mai wiederzubeleben, jedoch fürchteten sich alle vor erneuten Schlägereien untereinander und so wurde der Plan einer Demo schnell verworfen und es wurde lediglich mit einem offensiven Plakat mobilisiert und die Stimmung in der Jugendszene angeheizt. Dem entschlossenen Auftreten Einzelner und dem Angriff der Bullen folgten daraufhin während der Walpurgisnacht und am 1. Mai in P`berg Aktionen, die in diesem Ausmaß von uns nicht erwartet wurden.
Die Aktionen wurden vor allem von linken Subkultur-Jugendlichen und der militanten "Nachwuchsszene" getragen. War es Anfang der 90er Jahre noch so, daß sich Punks, MigrantInnenjugendliche und zugereiste Linke an die Aktionen erfahrener Gruppen ranhängten, fehlten diese in den letzten Jahren fast völlig.
Der 1. Mai in Berlin lebt von seiner Ausstrahlungskraft als Kampftag, in dem ein offensives, wenn auch nur symbolisches, Auftreten gegen den Staat propagiert wird.

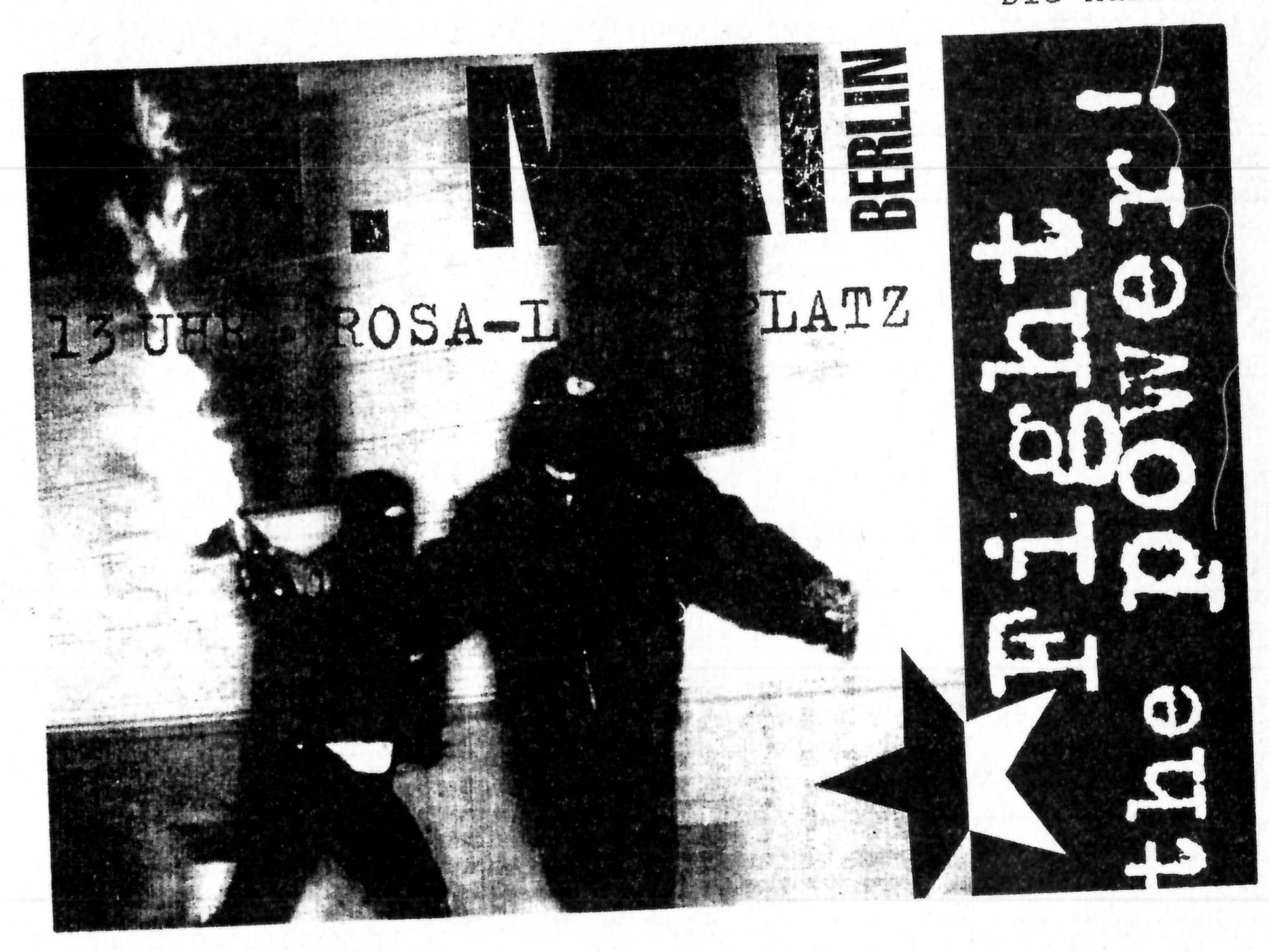
Zum militanten 1. Mai Plakat
Uns kam bereits zu Ohren, daß in bestimmten Szene-Kreisen zu folgenden Themen spekuliert wird:
1. Das Plakat sei nachgestellt
2. Welche Personen angeblich auf dem Plakat abgebildet seien
3. Wer die Herausgeber des Plakats seien.

Hierzu wollen wir folgendes festhalten:
1. Das Foto auf dem Plakat entstand im Herbst `96, während der hausbesetzerinnen-Krawalle in F`hain und wurde nicht etwa vor einem "Neubau" aufgenommen, wie von einigen Tratschtanten behauptet.
2. Wir fordern alle auf, sich nicht an Spekulationen über die Personen auf dem Plakat und über die vermeintlichen Plakathersteller zu beteiligen und solche Dinge gegebenenfalls zu unterbinden.

Zur "inhaltlichen Kritik" von Kermit und Animal:
Das Plakat war von uns nur als Zusatz zur Mobilisierung der "offiziellen" 1. Mai Vorbereitung gedacht. Inhaltliche Fragen werden in den 1. Mai Aufrufen der verschiedenen Gruppen und des RL-Bündnisses benannt. Uns als militante Initiative ging es nur darum, den "offensiven Teil der Mobilisierung abzudecken und mit kurzen Schlagworten (1. Mai, roter Stern, zusammen kämpfen) und einem Bild, das ins Auge sticht, die Aufmerksamkeit zu wecken. Am Rand stehen dann die Termine des 1. Mai sowie ein konkreter Aufruf, jeden Naziaufmarsch in Berlin oder Leipzig zu zerschlagen.
Zum Mackermilitanzfetisch-Vorwurf:
Auch uns war klar, daß wir mit einem Plakat, wo weder ein Demokopftranspi, noch Kinder, bei denen Spagetti aus den Ohren hängen, abgebildet sind, den autonomen Ästethikhorizont erheblich sprengen.

Ein Foto ist eine Momentaufnahme, die immer starr wirkt und da die abgebildeten Personen vermummt sind, sieht mensch diesen glücklichen Szenegesichtsausdruck leider nicht.
Die Abbildung militanter Politik in Wort und Bild als mackermäßig zu bezeichnen, weisen wir zurück. Auch wir sind von beschissenem Mackerverhalten bei Aktionen genervt.
Wir sehen jedoch auch, daß gerade in den Augen der linken Jugendsubkultur die "Anarchopolitszene" mit arrogantem erhobenen Zeigefinger am Rand steht, ein praktisches Einschreiten jedoch in den letzten Jahren nicht mehr angesagt ist.
Die Antipatdiskussionen in der autonomen Szene sind für viele Jugendliche unverständlich und so kommt es, daß sich teilweise Antipathien gegenüber den "Automaten" entwickelt haben.
Auch zukünftig werden wir versuchen, bei sexistischen Sprüchen und Mackergehabe einzugreifen, aber nicht als Politiknörgler vom Balkon aus, sondern als militante Linke, die mit ihnen hinter den Barrikaden steht.
Bei den vergangenen 1. Mai Aktionen konnten wir so zumindest einige Male zum Nachdenken anregen.
1. Mai- Gegen Staat und Kapital- Zusammen kämpfen- International Gegen Sexismus, Rassismus und Faschismus- Kapitalismus abschaffen!

Die Massenmilitanten











AOK: ...drei Schritte vor- und zwei zurück!

Wir begreifen es als notwendig, eine Erklärung, zu unserem Engagement in der Vorbereitungsgruppe zum 1. Mai am Rosa Luxemburg-Platz zu leisten.
Ein Mitwirken in dieser jährlich wiederaufzuführenden "Operette" hat am wenigsten Ursache im Umstand, eine Tradition fortführen zu wollen, die zum Zeitpunkt ihres Ursprunges eine, wenn auch unzureichende, so doch immerhin Authentizität hatte. Tief in die Geschichts-Kiste zu greifen, etwa 1886 Chicago, Haymarket, um eine durchgängige Widerstandstradition zu beschwören, halten wir nur für bedingt zulässig einerseits, und andererseits für schlicht fatal. Denn sich darauf zu beziehen, ohne die in der hiesigen Linken vollzogene, erkämpfte, erstrittene, erdiskutierte Entwicklung mit in unsere Überlegungen einfließen zu lassen, würde bedeuten, wir hätten nichts dazugelernt (a revolutionary not only has to be courageous, but wise!).
Die Geschichte des 1.Mai ist beileibe keine, die ohne Brüche und Widersprüche abgelaufen ist. Zur Verdeutlichung reicht es aus, sich die preußisch potenzierte Form eines realsozialistischen Mai-Aufzuges, made in GDR ,vor Augen zu halten. Jene, welchen dies nicht ausreicht, sind offensichtlich immer noch dem heimeligen Bann verfallen, der beim Anblick exakt geordneter, in Reih und Glied gereihter und Fahnen bewehrter nationaler Volksarmisten (incl. Arbeiter und Bauern) einen wohligen Schauer dazu veranlaßt, den Weg über den Rücken zu finden.

Welche aus der Geschichte nichts lernen wollen, sind dazu verdammt, sie zu wiederholen.

Daß sich der theoretische Background seit Chicago 1886 verändert hat, dürften selbst die größten TraditionalistInnen einsehen.
Lernprozesse sollten eigentlich auch bei uns Linksradikalen stattfinden. Mensch mag von Lenin, der weiter unten noch einmal zu Wort kommen darf, halten, was sie/er will, ihm zu unterstellen, er würde immer noch dasselbe schreiben, wenn er jetzt, nach mehr als hundert Jahren die Möglichkeit dazu bekäme, würde ihn im Mausoleum rotieren lassen. Weiterentwicklung setzt voraus, daß vermeintliche Wahrheiten unter die Lupe genommen und nach ihrer Richtig- und Brauchbarkeit abgeklopft werden. So entsteht Raum für neue Diskussionsstände, was zusammengenommen in eine veränderte linke/linksradikale Politikform und -Praxis einmünden kann.
Auch wenn es manche schmerzen wird:
Ein Revolutionsmodell funktioniert eben nicht pur mechanistisch, wonach, wenn erst die Produktionsmittel in den richtigen Händen, das Paradies nicht mehr weit sein kann. Denn auf dem Weg ins Paradies, sofern es ein solches geben sollte, liegen noch ne Menge gesellschaftliche Widersprüche, bzw Unterdrückungsverhältnisse unbequem herum, die da alle ihrer Aufhebung harren. Und die somit auch ein so richtig, wie plattes "Zusammen Kämpfen" auf bestimmten Ebenen unerträglich machen.
Uns geht es nur bedingt darum, andere von unseren Auffassungen über emanzipative Politik zu überzeugen. Über Politikformen läßt sich unter „uns" jedoch auch politisch streiten. Allerdings nur bis zu dem Punkt, an dem eine linksradikale Entwicklung so weit fortgeschritten ist, daß ein gemeinsames "wir" nur noch als sinnentleerte Worthülse auf der Strecke bleibt. Gleich denen, die stagnierend, auf historische und vermeintlich "bewährte" Muster zurückgreifen, und dabei übersehen, daß sie auf vielen Ebenen ein personifiziertes Rollback darstellen.
Die richtige Partei, die richtige "Uniform", oder die richtige Farbe der Fahne mit den entsprechenden Symbolen darauf war noch nie Garant für ein entwickeltes Bewußtsein. In Berlin sind zu bestimmten Zeiten ganze Bezirksgruppen der "Rotfrontkämpfer" geschlossen in die entsprechenden Nazi-Organisationen übergelaufen. Der Wechsel war vieleicht auch nicht so schwer, wurden bei beiden die Bedürfnisse nach Identifikationsmöglichkeit (insbesondere für starke, blonde, Hammerbewährte Männer), Symbolen und Zugehörigkeit mehr als befriedigt. Und dies ist unter anderem Kern unserer Kritik. Es darf einfach nicht sein, daß sich Ausdrucksformen, Verhalten und Psyche manchmal bis zur Deckungsgleichheit mit denen des Gegners ähnelt.
Um davon abzusehen, so tief in der Geschichts-Kiste zu wühlen, reicht es aus, die ganz obenauf liegenden Versatzstücke linker Theorie zu betrachten.
Seit Mai ´87 hat sich gesellschaftspolitisch eine Menge getan. Unter anderem ist ´89 was implodiert, was den Blick geklärt hat, die Sicht frei gemacht hat, auf das, was übrigbleibt, wenn z.B. staatlich oktroierter Antifaschismus einer seiner wichtigsten Stützen, nämlich dem oktroierenden Staat, beraubt wird.
Die DDR wurde auf dem Gebiet niederkonkurriert, auf dem sie eigentlich den Kapitalismus überholen wollte. Und dies hat weniger mit dem florierenden „West-Kapitalismus", als mit der Begrenztheit eines staatskapitalistischen warenproduzierenden Systems zu tun, das sich auf der zentralen Ebene der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums nur scheinbar vom „freien Westen" unterscheidet.

Deutlich wird **Genosse Wladimir Iljitsch:**

„(...) Zweitens hat er (der Staatskapitalismus) nichts schreckliches für die Sowjetmacht an sich, denn der Sowjetstaat ist ein Staat, in dem die Macht der Arbeiter und der armen Bauern gesichert ist (...) Um die Frage noch klarer zu machen wollen wir zunächst ein ganz konkretes Beispiel des Staatskapitalismus anführen. (...) Deutschland. Hier haben wir das letzte Wort, moderner großkapitalistischer Technik und planmäßiger Organisation, die dem *junkerlich-bürgerlichen Imperialismus* unterstellt sind. Man lasse die

ıervorgehobenen Wörter aus, setze an Stelle des nilitärischen, junkerlichen, bürgerlichen, imperialistischen Staates ebenfalls einen Staat, aber einen Staat von ınderem sozialen Typus, mit anderem Klasseninhalt, den Sowjetstaat, d.h. einen proletarischen Staat, und man wird lie *ganze* Summe der Bedingungen erhalten, die den Sozialismus ergibt. Sozialismus ist undenkbar ohne großkapitalistische Technik, die nach dem letzten Wort modernster Wissenschaft aufgebaut ist, ohne planmäßige staatliche Organisation, die dutzende Millionen Menschen zur strengsten Einhaltung einer einheitlichen Norm in der Erzeugung und Verteilung der Produkte anhält."
Lenin, W.I. (1978/18); *Über „linke" Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit*, in: Werke, Bd.27; S. 331 f; Berlin
Wir könnens auch aktueller haben: In der DDR Fachzeitschrift „Wirtschaftwissenschaften" aus dem Jahr 1978 schrieben die DDR-Autoren Schulz/Dörschel das Ende des Sozialismus herbei. Sie forderten die Übernahme und Anlehnung an die kapitalistische Warenproduktion mit der Übernahme des „Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert:, der sich aus dem in der sozialistischen Planwirtschaft existierenden Doppelcharakter der warenproduzierenden Arbeit ergibt."

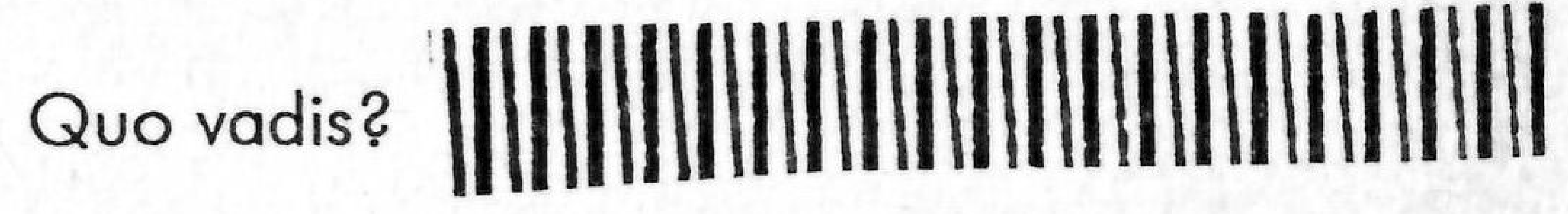
Soweit zur Verdeutlichung einer linken Gemeinsamkeit, die so gemeinsam nicht mehr ist.
Im folgenden reagieren wir direkt auf die Stellungnahme der AAB zum 1.Mai: aus der Interim 414.
Dort wird in einem Satz beschrieben, daß das an der Vorbereitung zum 1. Mai vertretene AOK eine deutliche Distanzierung von der O-Platz-Demo verlangt. So weit, so richtig. Weiter wird aufgeführt, das AOK würde theoretisch den RK jegliche Solidarität, „selbst bei Bullenangriffen" verweigern. Die dahinterstehende Fragestellung erinnert zum einen stark an die berühmte Gewissensfrage im KDV-Verfahren (*...sie gehen mit ihrer Freundin durch einen Park, plötzlich springt ein Mann aus dem Gebüsch...*) und ist zum anderen einfach falsch. Hier werden Freunde / Genossen und deren Stellungnahme in die falsche (AOK-) Schublade gepackt.

Unseren Ausstieg aus der Mai Vorbereitung haben wir in Interim 413 begründet. Daß wir jetzt wieder daran teilnehmen, liegt am Verschwinden eines der Voraussetzungen für unseren Ausstieg. Es wird keine Zusammenarbeit mit der O-Platz-Demo geben. Dies ist kein Ausschließen von unliebsamen Positionen, sondern hat mehr mit den unterschiedlichen Politik- und eben auch (*hier ist es, das Wort*) Revolutionsvorstellungen zu tun. Wie oben schon gesagt, gesellschaftliche Veränderung kann kein mechanischer Prozeß sein, in dem nur bestimmte Gesetzmäßigkeiten Beachtung finden müssen, um zum erhofften Erfolg zu führen.

Den Kampf um die Hirne und Herzen führen!

Politik soll auch Spaß machen, ansonsten können wirs gleich lassen! Um es einfach zu sagen: weg von „das muß", womöglich noch aus Gründen „revolutionärer Pflicht" hin zu „ich will", weil ich ansonsten nicht glücklich sein kann.

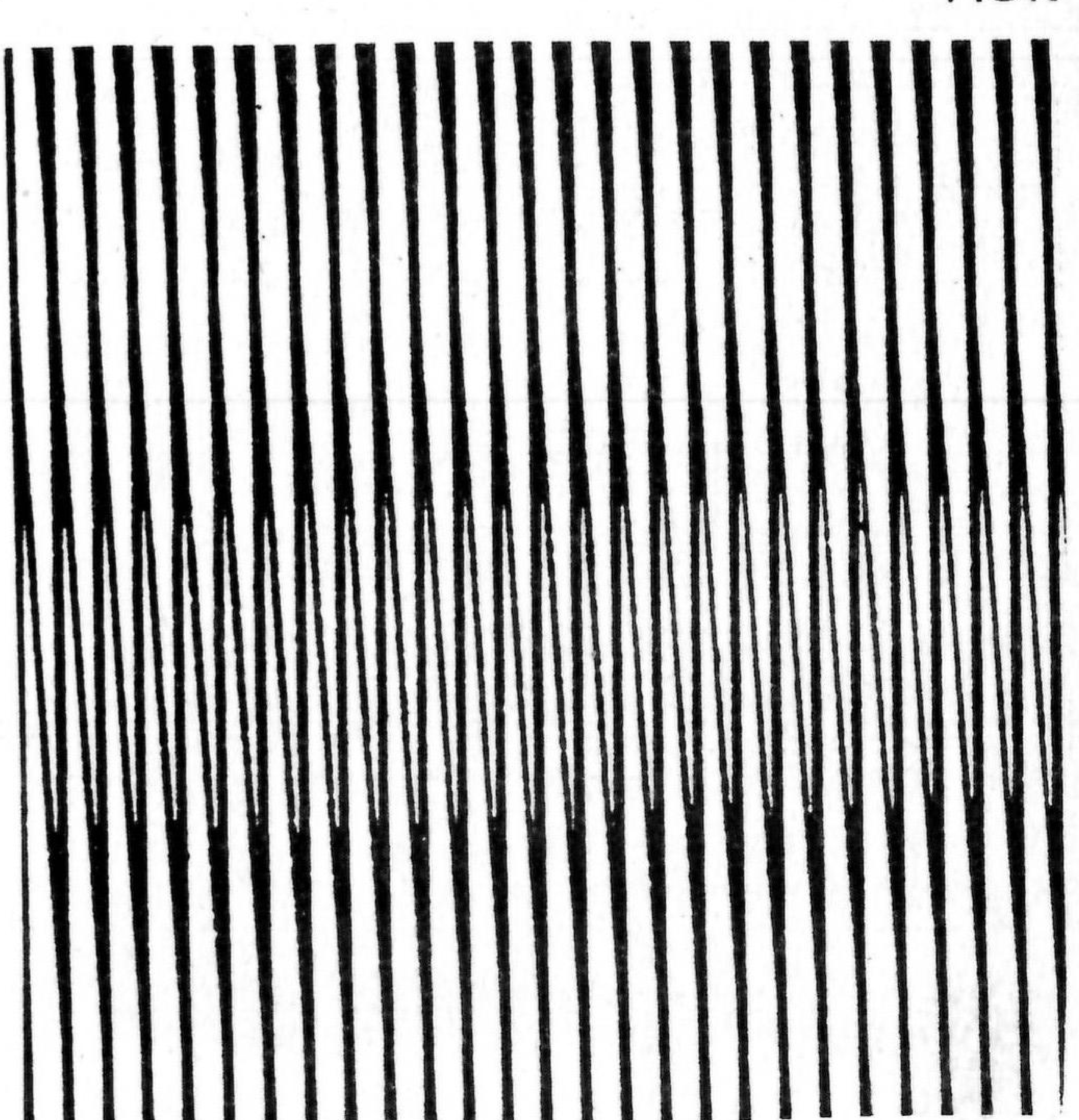
Quo vadis?

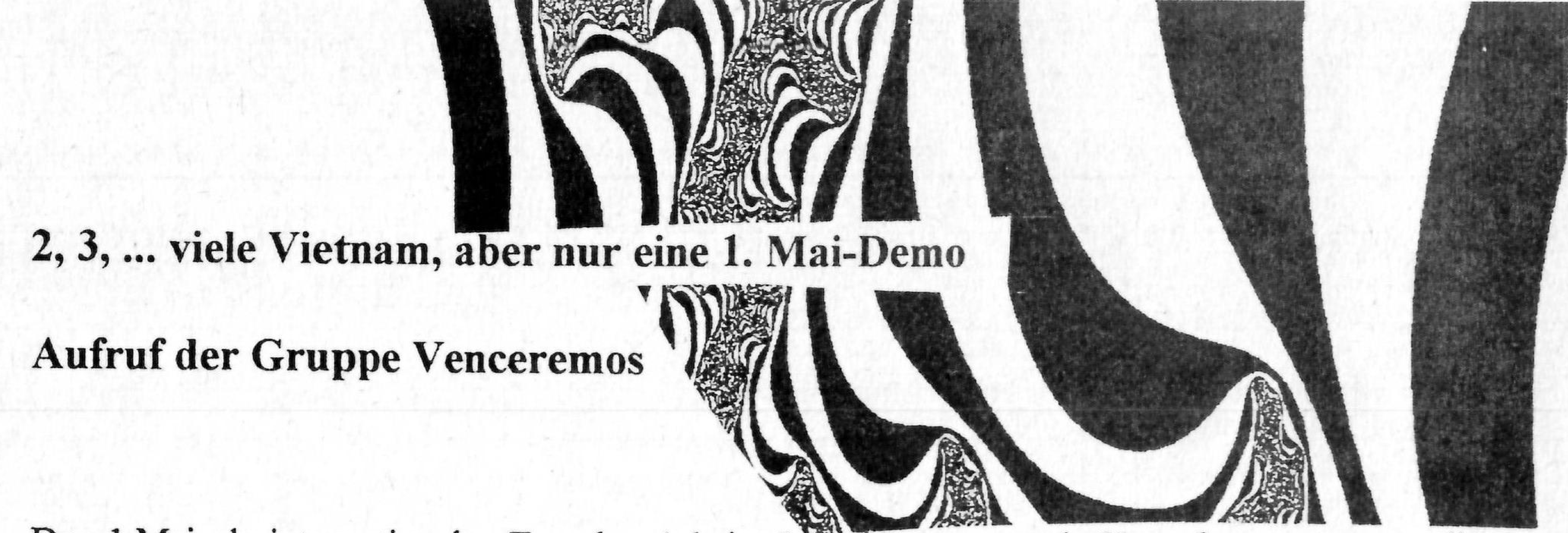


Nach dem Kiezpallaver in Prenzlauer Berg (während dessen viel Unsinn geredet wurde , der jetzt hier nicht Thema sein soll, weil durch das Thematisieren dieses Unsinns nur sich um die Richtigkeit der Kritik rumgemögelt werden würde) werden/wollen wir als AOK mit der Mai-Demonstration nicht nach Prenz'l Berg.
Bei der Suche nach den politischen Gründen für die geplante Route der Demonstration, zeitigte auch eine Diskussion in der Mai-Vorbereitung für uns kein befriedigendes Ergebnis. Insbesondere unser ursprüngliches Argument nach P'Berg zu gehen, da dies ein rebellischer Stadtteil sei, wurde dadurch eingestampft, daß der traditionell widerständige Bezirk, das tut, was widerständig rebellierende Bezirke eben tun: rebellieren. Diesmal gegen die Form und zu Beginn, als noch eine Koordinierung mit der O-Platz Demo geplant war, gegen die Inhalte. Fakt ist, wesentliche Teile der P'berger politischen Projekte und Initiativen haben keinen Bock auf die Demo und haben dies auf dem Kiezpallaver auch so ausgedrückt. Finden wir schade, jedoch stellt es für uns auch keinen „Gesichtsverlust" dar, dies so hinzunehmen, und eine mögliche gemeinsame politische Arbeit nicht künftig dadurch zu verunmöglichen, daß wir statt die Demo gegen den Willen vieler uns Nahestehender, durch den Prenzlauer Berg zu peitschen, uns, so einfach ist das, eine Alternative zu überlegen. Denn nichts, was für den P'Berg spricht, spricht nur für diesen.

In diesem Sinne: Egal wo wir tanzen, wenn wir dort nicht tanzen dürfen, dann ist dies nicht unser 1. Mai







2, 3, ... viele Vietnam, aber nur eine 1. Mai-Demo

Aufruf der Gruppe Venceremos

Der 1.Mai als internationaler Tag der ArbeiterInnenbewegung, als Kampfansage gegen alle reaktionären Kräfte der neoliberalen Gesellschaft steht wieder einmal an. Wie die Jahre zuvor stehen alle die, die an diesem Tag für ein zivilisatorisches Gegenmodell zu dem kapitalistischen Ausbeutungs-und Unterdrückungssystem auf die Straße gehen wollen, vor der Entscheidung, an welcher 1.Mai-Demo sie teilnehmen sollen.
Seitdem die Faschisten verstärkt versuchen, den 1.Mai auf der Straße für sich zu besetzen, ist es für viele notwendig geworden, die braunen Dumpfbacken von der Straße zu hauen.
Wir teilen diese Position, die einmal aus der Notwendigkeit entsteht, die Faschisten - nicht nur am 1.Mai - bedingungslos zu bekämpfen, um zum anderen, weil der 1.Mai für viele zu einem bedeutungs-und inhaltslosen Happening verkommen ist.
Daher halten es viele für sinnvoller, am 1.Mai dort zu sein, wo die Faschisten - ungehindert von den zuständigen Behörden und Institutionen - organisiert aufmarschieren können.
Gleichzeitig sind wir aber auch der Meinung, daß der 1.Mai zukünftig wieder offensiv begangen werden muß. Und das kann er nur, wenn alle linken Gruppen Berlins über die Möglichkeit nachdenken, in den kommenden Jahren wieder eine gemeinsame 1.Mai-Demo zu organisieren.
Die Diskussion, ob O-Platz oder Rosa-Luxemburg-Platz ist charakteristisch für den derzeit traurigen Zustand der Berliner Linken, die sich zu häufig in Grabenkämpfen und ideologischen Scharmützeln verstrickt. Ein Ergebnis dieser Auseinandersetzung hat zur jetzigen Situation, der Aufspaltung der 1.Mai-Demo geführt.


Diese Teilung gilt es nun wieder aufzuheben !

Im Rahmen einer inhaltlichen Auseinandersetzung, wie der 1.Mai in Zukunft gemeinsam begangen werden soll, halten wir es für unabdingbar, die zahlreichen politischen Gefangenen auf der Welt verstärkt ins Blickfeld unserer Bemühungen zu rücken, die ganz wesentlich Teil unseres Kampfes sind und daher nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Überdies sehen wir uns angesichts des mörderischen, imperialistischen Triumphzuges neoliberaler Politik mit allen emanzipatorischen Befreiungskämpfen und Widerstandsformen verbunden. Der Internationalismus ist der konkreteste Ausdruck der Solidarität mit allen Unterdrückten, daher gehört er am 1.Mai als Ausdruck unserer Übereinstimmung in diesem Punkt selbstverständlich auf diese Demo.

Weil auch wir keine einheitliche Position zu den unterschiedlichen 1.Mai-Demos haben, wir aber alle drei unterstützen, sind wir übereingekommen, uns individuell für eine der drei Alternativen zu entscheiden, in der Hoffnung, daß bei kommenden 1.Mai-Demos eine solche Entscheidung sich erübrigt.

In diesem Sinne,

Für eine 1.Mai-Demo !



VORSICHT RUHESTÖRUNG

Am Sonntag den 13.4. wurden das SEK und die Kleine Haifischbar, unkommerzielle Kneipen im besetzten Haus Scharnweberstr.28/Colbestr.18 von den Bullen gestürmt, Anlage und herumliegende Flugis beschlagnahmt, Schlösser ausgewechselt, die Personalien der Gäste wurden überprüft. Angeblicher Anlaß der Kneipenräumung war „Ruhestörung".

Die Räumung kommt nicht überraschend: in den letzten Tagen verdichteten sich die Gerüchte, daß im F'hain die Häuser in der Niederbarnimstr.23, Kinzigstr.25 und Scharnweberstr.28 akut von Räumung bedroht seien. Die Unterlagen, die zu einem „gesetzlichen" Vorgehen notwendig sind, liegen beim Innensenat versammelt, gesucht wird nur noch ein günstiger Zeitpunkt, an dem das Widerstandspotential möglichst gering ist. Einzelne Projekte in den Häusern getrennt zu räumen gehört wohl zur Taktik der Büttel, keine einheitliche Widerstandsfront entstehen zu lassen.

Das SEK ist seit vielen Jahren ein nichtkommerzielles Kiez- und Kulturprojekt. Es bietet Auftrittsmöglichkeiten für Bands, Theatergruppen, Platz für Partys und andere Aktionen und ist wichtiger Kieztreffpunkt außerhalb des sauberen Kommerzrausches, der zunehmend um sich greift und von Innensenat und seinen Knüppeln propagiert und durchgesetzt wird. Projekte, die außerhalb ihrer Frühjahrsputzideologie stehen, die nicht nach Gewinnmaximierung, Lohnarbeit, Gewerbesteuer und anderem Legalscheiß ausgerichtet sind, werden vernichtet oder an den Rand gedrängt. Die Stadt wandelt sich zu einer von Wachschutz, staatlichen Uniformen, verspiegelten Wohn- und Geschäftsinvestitionsruinen geprägten Multiplexhauptstadt.

Dabei gibt es noch einiges wegzuräumen. Der putzwilde Strieder jagt SprayerInnen, wilde PlakatiererInnen und spielt mit Hundekot. General Schönbohm verfolgt sein Ziel auf seine Weise. Es ist klar, daß er räumen will. Wann und wo ist offen. Aktionen von uns dürfen natürlich nicht auf uns zurückfallen. Andererseits sind Aktionen von uns höchstens willkommene Begründung für Räumungen oder Durchsuchungen, die sie sowieso durchgeführt hätten. Vor- und Rücksicht sind geboten, aber keine falsche Hoffnungen, daß deshalb der Kelch an einem vorbeigeht. Unsere Chancen liegen jetzt nicht im Stillhalten sondern in wilder, hektischer und boshafter Aktivität.

Die Reaktionen auf die Räumungswelle im letzten Jahr, die neben der Medienwirksamkeit erheblichen Sachschaden anrichteten, haben gezeigt, daß „wir" durch solche gezielte Aktionen Druck ausüben und die Maschinerie zumindest kurzzeitig aufhalten können. Da sie weiterräumen wollen: verkaufen wir uns so teuer wie möglich. Soll ihnen die Aktion „saubere Hauptstadt" im Hals stecken bleiben.

Schmeißt Müll auf die Straßen!

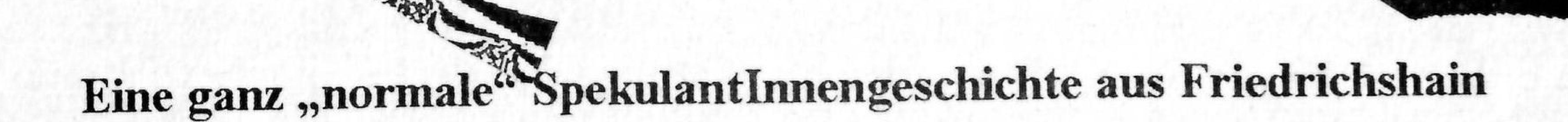
Sprüht!

Denkt euch aus und beteiligt euch an Aktionen, Demos, Straßenschlachten und allem, was sonst noch Spaß macht!

Keine Räumungen niemals!!!

Die Häuser denen, die drin wohnen!!!

P.S.: Neuester Stand: Sonntag abend wurde wiedereröffnet. Da nicht abzusehen ist, wie die Büttel damit umgehen: kommt vorbei, seid solidarisch, bleibt mobilisierbar. Weitere Infos folgen.



Eine ganz „normale“ SpekulantInnengeschichte aus Friedrichshain

Das Hinterhaus in der Niederbarnimstraße 24, in Friedrichshain, wurde im Sommer 1990 besetzt. Einige Zeit nach der Besetzung erfolgte die Rückübereignung an die Alteigentümerin, die das Haus sofort an eine Immobilienfirma weiterverkaufte.
Nach der Räumung der Mainzer Str. und dem Zerbrechen der „Häuserbewegung“, wurde klar, daß es keine Gesamtlösung für die besetzten Häuser geben würde. Immer mehr Häuser in Mitte und Prenzelberg schlossen individuelle Verträge ab, wodurch es unmöglich wurde gemeinsamen Druck auszuüben, um „Verträge für Alle!“ zu erreichen.
Für uns war von Anfang an klar, daß wir Verträge haben wollten, um preisgünstigen Wohnraum zu erhalten und von dieser Basis aus politisch arbeiten zu können. Als „Privathaus“ fiel unser Haus aus dem Verhandlunspaket der WBF-Häuser heraus und wir bemühten uns darum, für uns annehmbare Verträge zu erreichen. Die Verhandlungen scheiterten und das Haus wurde im Januar '94 wiederum verkauft.
Neue EigentümerInnen sind jetzt **Jochen Becker** und seine Ehefrau **Midori Fujita-Becker** (**Bartschweg 16, 14089 Berlin-Kladow**). Verwaltet wird das Haus von der **„Factum Immobiliengesellschaft“**, deren Geschäftsführer **Bernd Götting** ist. Beide haben dieselbe Adresse: **Kissinger Str. 68a, 14199 Berlin.**
Götting war bis vor kurzem noch Miteigentümer der NB 24. Von Anfang an war er die treibende Kraft bei dem Versuch, das legal bewohnte Vorderhaus zu entmieten, um in aller Ruhe modernisieren zu können. Es hagelte sofort fristlose Kündigungen wegen zwei Tage zu spät gezahlter Miete oder der Mietminderung einiger MieterInnen aufgrund der schimmeligen Wände. Einige MieterInnen wehrten sich mit Hilfe von AnwältInnen gegen diese Willkür. Doch eingefrorene Rohre, kaputte Fenster, laufendes Wasser an den Wänden und der ständige Terror durch die neuen SpekulantInnen führten nach und nach dazu, daß fast alle MieterInnen irgendwann auszogen.
Götting begann Verhandlungen mit uns, die im Sommer '94 zu einem Vertragsentwurf über Einzelmietverträge führten. Eine Woche vor Vertragsunterzeichnung brach er die Verhandlungen ab. Wir versuchten dann, die Verträge vor Gericht einzuklagen. Im Sommer '95 kam es zu einem für uns überaus unbefriedigenden Vergleich: Für das Erdgeschoß bis zum 3. St. sollten wir Verträge bekommen, dafür aber den 4. St. abgeben, damit Götting/Becker diesen zusammen mit dem Dachgeschoß ausbauen können.
Unsere Anwälte schätzten die Chance, jetzt noch Verträge für das ganze Haus einzuklagen, auf annähernd null. Für uns stellte sich jetzt die Frage, den Vergleich anzunehmen oder den Prozeß zu verlieren, was eher früher als später, durch das Feststehen unserer Personalien, zur Räumung geführt hätte. Nach nächtelangen Diskussionen und starken Magenschmerzen entschlossen wir uns, den Vergleich anzunehmen. Zwei Punkte waren dabei für uns ausschlaggebend: Die einzige Chance, zusammen wohnen zu bleiben, ist in diesem Haus, wobei allen klar ist, daß wir nicht das erreicht haben, was wir ursprünglich wollten und sich auch das Zusammenleben im Haus ändern wird. Der zweite Punkt war, daß niemand Lust hatte, Götting und Becker das zu liefern, was sie haben wollten: Ein leeres Haus, um kräftig und problemlos modernisieren und abkassieren zu können!
So weit, so schlecht.
Zu unser jetzigen Situation: Die Bauarbeiten und Modernisierungen im Vorderhaus sind inzwischen in vollem Gange und zum großen Teil auch schon abgeschlossen. Viele Wohnungen sind durch zahlungskräftige MieterInnen wieder bewohnt. Bei uns im 4. St. und D.G. (laut Götting später Mieten von 20-25 DM/qm!) ruhen die Arbeiten im Moment. Wir haben



inzwischen eine satte Mieterhöhungs- und Modernisierungsankündigung bekommen, gegen die wir uns zur Zeit noch ziemlich gut wehren können. Die Frage ist allerdings, wie lange noch! Freiwillig tun unsere Damen und Herren SpekulantInnen nix, d.h., daß von der kaputten Glühbirne bis zum nicht funktionierenden Klo alles mit Fristsetzungen und Mängelbeseitigungsklagen eingeklagt werden muß. Ziemlich nervig, zeitaufwendig und teuer. Stattdessen sollen jetzt am Eingang Videoüberwachungskameras angebracht werden, damit sich auch ja keine obskuren Objekte Zugang zum Haus verschaffen können. Es könnte ja sonst vorkommen, daß die frisch gestrichenen Wände wieder bunt werden! Der kleine Monitor in der Gegensprechanlage sorgt dann dafür, daß jede/r sehen kann, wer vor der Tür steht. Was wollen wir mehr?! Zu guter Letzt haben wir jetzt noch eine fristlose Kündigung wegen angeblicher Zweckentfremdung von Wohnraum erhalten. Tja, sie versuchen's halt immer wieder! Ähnliche Schweinereien hat Götting schon in der Kopernikusstr. 3, ebenfalls in F'hain, versucht.

Seit einiger Zeit gehört Götting (mit einem anderen Kompagnon) auch die Niederbarnimstr. 25, ein von Frauen/Lesben seit sechs Jahren besetztes Haus. Dort schickte Götting im letzten Sommer einen Bauarbeitertrupp rein, der die Türen aufbrach und sofort div. Fenster rausschlug, bevor er gestoppt werden konnte. Zwei Wochen vorher kappten die Bauarbeiter auf Göttings Anweisung den Gasanschluß zum besetzten Hinterhaus, allerdings ohne vorher den Haupthahn abzudrehen. Nur dem Zufall ist es zu verdanken, daß nichts weiter passiert ist. Die letzten Frauen verließen das Haus nach dem Sommer. Seitdem wird kräftig modernisiert.

Seit ein paar Monaten ist jetzt auch klar, daß Götting und Becker's die Mietwohnungen in den beiden Häusern in Eigentumswohnungen umwandeln wollen, bzw. schon haben!! Dies ist ein weiterer Mosaikstein in der Umstrukturierung Friedrichshains und der Vertreibung von sozial schwachen MieterInnen aus der Innenstadt, die, wie AusländerInnen, HausbesetzerInnen, Lesben, Schwule, Flüchtlinge, WagenburglerInnen usw., nicht mehr ins Hauptstadtimage passen. Wie aus „gut unterrichteten" Kreisen zu hören war, sollen die Scharnweberstr. 28, die Niederbarnimstr. 23 und die Kinzigstr. 25 in F'hain in allernächster Zeit geräumt werden!!! Wir lassen uns weder umwandeln noch vertreiben! Es wird Zeit, den SpekulantInnen und HauptstadtstrategInnen mal wieder etwas kräftiger auf die Finger zu klopfen!!!
Wenn irgendein Mensch weitere Informationen über Götting, Becker's oder die Factum Immobiliengesellschaft hat, würden wir uns freuen, wenn ihr sie uns zukommen lassen würdet. Gegen solidarische Aktionen hätten wir natürlich auch nichts einzuwenden!!!!!

Keine Räumung der Scharni 28, der NB 23, der Kinzig 25 und aller anderen besetzten Häuser und Wagenburgen!

Keine Vertreibung von MieterInnen!

Gemeinsam gegen SpekulantInnenterror und Hauptstadtwahn!!

WIR BLEIBEN ALLE!!!!!!!!!!!!!!!!!

Kampf gegen den Neoliberalismus!

Ein Radio für die MRTA

Das Schweigen brechen

■ Am 17.12.1996 besetzte ein Kommando der MRTA (Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru) die Japanische Botschaft in Lima, der Hauptstadt Perus. Mit ihrer Aktion fordert die Guerilla die Freilassung ihrer politschen Gefangenen und all derer, die der Staat der MRTA zuordnet. Derzeit sitzen weit über 400 politische Gefangene der MRTA unter menschenunwürdigen Bedingungen in peruanischen Gefängnissen. Mit lebenslangen Gefängnisstrafen, von peruanischen Sondergerichten abgeurteilt, fristen viele Gefangene ihr Dasein wie lebendig Begrabene.

Die MRTA hat mit ihrer Aktion zudem auf die neoliberale Politik Fujimoris und deren katastrophale Konsequenzen für die peruanische Bevölkerung hingewiesen.

Seit Jahren kämpft die MRTA bewaffnet für eine Veränderung der peruanischen Gesellschaft. Durch die spektakuläre Besetzung der Botschaft konnte Fujimori die Taktik des Totschweigens der MRTA-Aktionen nicht fortführen.

Damit auch nach der Botschaftsbesetzung die Möglichkeit besteht eine Gegenöffentlichkeit herzustellen und die Bevölkerung Perus sowohl über die politische Entwicklung aufzuklären als auch über den revolutionären Kampf zu informieren, benötigt die *Revolutionäre Bewegung* ein Massenmedium. Um den Kampf der MRTA auch in Europa zu unterstützen, hat die *Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation* eine Kampagne zur direkten Finanzierung eines Radiosenders für die MRTA aufgegriffen und bei vielen politischen Initiaiven, Gruppen, und Organisationen um eine Beteiligung und Unterstützung angefragt.

Peru heute

Nach den Wahlen im Jahre 1990, aus denen Fujimori mit seiner Partei „Cambio 90" (Wechsel 90) als Sieger hervorging, verschärfte sich die soziale Situation in Peru drastisch.

Fujimori war mit kühnen Wahlversprechen angetreten: Auf die Forderungen des IWF (Internationaler Währungsfond) sollte nicht eingegangen werden, die wuchernde Korruption in Politik und Justiz bekämpft und dem schmutzigen Krieg der Repressionskräfte gegen die Volksorganisationen, Volksbewegungen und Guerilla ein Ende bereitet werden. Die Versprechungen entpuppten sich als Lügen.

Fujimoris Regierung forcierte eine neoliberale Wirtschaftspolitik: Abbau und Besitz von Boden- und Naturresourcen sowie die Industrien wurden nach und nach privatisiert. Unterstützt wurde sie dabei durch Weltbank und IWF, die auch die Richtlinien für diesen Privatisierungskurs festlegten. So z.B. die „Öffnung und Anpassung" an die wirtschaftlichen Erfordernisse des Weltmarktes, was zu Streichungen im sozialen Sektor (Bildung, Gesundheit, Subventionen von Grundnahrungsmitteln etc.), Massenentlassungen und dem Einfrieren von Löhnen und Gehältern führte. So bereitete Fujimoris Regierung den Boden für ausländische Investoren, hauptsächlich aus den USA und Japan.

Folge dieser Wirtschaftspolitik, durch die beispielsweise auch Grundnahrungsmittel über Nacht das Zehnfache kosteten, war eine massive Landflucht in die großen Städte Perus. Die Elendsviertel und Slums wuchsen schlagartig an, in denen allein in Lima 60 % der EinwohnerInnen leben. Nach Angaben der UNO leben 13 Millionen der ca. 22 Millionen PeruanerInnen in absoluter Armut und 7 Millionen weit unterhalb der Armutsgrenze.

Der „Fujigolpe"

Am 5. April 1992 löste Fujimori das Parlament auf, setzte die Verfassung außer Kraft und erklärte, er werde die nächsten 1 ½ Jahre mit Ausnahmegesetzen regieren. Er ließ Rundfunk- und Fernsehstationen vom Militär besetzen und übertrug dem Militär die Kontrolle in den Gefängnissen. Oppositionelle PolitikerInnen wurden verhaftet und ihre Büros, ebenso wie die von Gewerkschafts- und Massenorganisationen, geschlossen. Im Volksmund erhielten diese diktatorischen Zwangsmaßnahmen als „Fujigolpe" ihre eigene Bezeichnung, in der vor das spanische Wort für Putsch (golpe) ein Teil von Fujimoris Namen gesetzt wurde.

Fujimoris Regierung verlieh dem Militär, der Polizei und Sondereinheiten besondere Befugnisse. Es wurden Sondergesetze zur Aufstandsbekämpfung erlassen, die es erlauben, Menschen in Kurzverfahren von nur einem Verhandlungstag, ohne juristischen Beistand, unter dem Vorwand der „Zugehörigkeit zur Subversion" zu Haftstrafen von bis zu 30 Jahren oder lebenslänglich zu verurteilen. Erleichtert wird eine derartige Rechtssprechung durch umstrukturierte Gesetze, nach denen Angeklagte ihre Unschuld beweisen müssen und nicht mehr die Justiz die Schuld der Angeklagten. Desweiteren wurde die Kronzeugenregelung eingeführt, die denjenigen Angeklagten Strafnachlaß verschafft, die Informationen über ihre vermeintliche Organisationen oder deren Mitglieder weitergibt. Außerdem wurden Militärgerichte mit anonymen Richtern eingeführt und die Todesstrafe auf Subversionsdelikte und Vaterlandsverrat erweitert. Letzteres verstößt gegen internationale Konventionen, die selbst von Peru unterschrieben wurden. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Zahl der verurteilten politischen Gefangenen in den letzten vier Jahren auf über 9.000 angestiegen ist. Zeitgleich zu den neuen Gesetzen begann eine Politik des Staatsterrors gegen die Bevölkerung. Die Regierung entwickelte eine effektive psychosoziale Kampagne der Verunsicherung und Angst. Beispielsweise wurden gemeinsame Operationen von Militär und Polizei gegen arme Wohnviertel oder Dörfer durchgeführt, bei denen alle Bewohner und Häuser durchsucht und die Daten in den Archiven des Geheimdienstes gespeichert wurden. Bei diesen Durchsuchungen kann jede Person ohne gerichtliche Anordnung festgenommen werden. Dies führte bisher dazu, daß unzählige Menschen „verschwanden".

Die Peruanischen Medien

Der „Fujigolpe" führte zu einer weiteren Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Solidaritätskonto:

Ein Radio für die MRTA
Stichwort: „Das Schweigen brechen"
Konto-Nr. 100 700 368
Sparkasse Göttingen, BLZ 260 500 01

Es wurde das „Gesetz gegen Leugnung und Rechtfertigung des Terrorismus" eingeführt, das bisher mehr als 60 JournalistInnen ins Gefängnis brachte.

Es wurde eine totale Nachrichtensperre über Aktivitäten der Guerilla oder der Volksorgangisationen gegen Fujimoris Politik verhängt, die nur durch Falschmeldungen über angebliche „Terrorakte der Guerilla" unterbrochen wurde. So gab es Falschmeldungen über angebliche Überfälle und Exekutierungen von Campesinos durch die MRTA, die nie stattgefunden hatten. Mit solchen Berichterstattungen versucht Fujimori seit Jahren die Politik der MRTA zu diskreditieren und Verunsicherung in der Bevölkerung zu schaffen. Die linken Organisationen versuchen durch eigene Publikationen gegen diese Falschinformationen vorzugehen, was allerdings durch Geld- und Verteilungsschwierigkeiten, sowie durch die ständige Repression erschwert wird. Außer Printmedien gibt es in einigen Regionen Perus Piratensender der Guerilla, die die Bevölkerung aufklären und zum bewaffneten Kampf aufrufen.

Ein Radio für die MRTA

Um der Politik des Verschweigens und der Lügen über die Guerilla wirkungsvoll entgegentreten zu können, sind eigene Medien unerläßlich. Ein eigenes Radio wäre ein großer Schritt nach vorne. Es soll über Aktionen der Guerilla und linke Politik berichten und für revolutionäre Politik werben. Mit dem Radio würde auch JournalistInnen eine Arbeitsmöglichkeit geboten, die durch Fujimoris Gesetze nach 1992 ins Gefängnis kamen. Denn für sie ist es nicht mehr möglich bei der sonstigen, durch die Regierung kontrollierten, Medien zu arbeiten. Es soll versucht werden das Radio legal zu betreiben.

Wegen der hohen Kosten eines solchen Projektes, organisiert die *Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation* eine europaweite Kampagne zur Finanzierung des Radios. Natürlich ist nicht nur eine finanzielle, sondern ebenso eine politische Unterstützung wichtig. Unterstützt wird das Projekt bereits durch ein Informationsnetz von Radios in Lateinamerika und Italien.

Programatik und Praxis der MRTA

■ Die MRTA (Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru) sieht sich in der Tradition des antikolonialen Befreiungskampfes und steht der kubanischen Revolution nahe. Ihrem Selbstverständnis nach ist sie eine Organisation aus der Bevölkerung, sie legt Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wie Gewerkschaften und anderen ArbeiterInnen-Organisationen, StudentInnen, BäuerInnen, etc.

Ziel dieser Zusammenarbeit ist die Organisierung einer breiten Volksfrontbewegung, auf deren Basis eine neue sozialistische Gesellschaft entstehen soll. Da die MRTA der Ansicht ist, daß dieses Ziel nicht alleine auf parlamentarischem Wege erreicht werden kann, entschied sie sich nach ihrer Gründung zur Arbeit im Untergrund und begann mit der Ausbildung von bewaffneten Einheiten. Auf wirtschaftlicher Ebene vertritt die MRTA eine Mischwirtschaft mit kommunaler Planung. Dabei soll Privatbesitz in kleinem Rahmen möglich sein, aber der Schwerpunkt auf Gemeinschaftsbesitz liegen.

Chronologie

1984: Gründung der MRTA aus den Organisationen der radikalen Linken, der MTA und der MIR-IV.

1985: Der Piratensender „4. November" der MRTA verließt Kommuniques und ruft die Bevölkerung zu Wahlboykott und bewaffnetem Kampf auf.

Februar 1987: Die MRTA besetzt sieben Rundfunksender in Lima und läßt eine Erklärung gegen die Militarisierung der Gesellschaft ausstrahlen.

Juli 1988: Ein MRTA-Kommando entführt den pensionierten Luftwaffengeneral und Unternehmer Garçia.

Oktober 1988: Die MRTA überfällt einen Lastwagen einer Geflügelfarm und verteilt 5.000 Brathähnchen an streikende Bergleute.

Februar 1989: Die Polizei verhaftet den MRTA-Führer Victor Polay und inhaftiert ihn im Canto Grande Gefängnis in Lima.

28.4.1989: Das Militär umzingelt eine größere MRTA-Einheit. Nach schweren Kämpfen, bei denen sogar die Luftwaffe eingesetzt wird, werden die Guerilleras/os festgenommen und auf Befehl des obersten Heeresbefehlshaber am selben Tag exekutiert. Ca. 62 Menschen, davon 20 Zivilisten werden ermordet.

Ende der 80er Jahre: Die MRTA wird verstärkt in ländlichen Gegenden aktiv. Im Department San Martin hat sich eine starke Volksbewegung gegen die Zentralregierung in Lima gebildet.

9.1.1990: Ein MRTA-Kommando erschießt den ehem. Verteidigungsminister General E. Lopez Albujar, der am 28.4 die Exekution der MRTA-Gefangenen befohlen hatte.

Juli 1990: Victor Polay und 46 GenossInnen gelingt die Flucht aus dem Gefängnis „Canto Grande" durch einen 315 m langen Tunnel.

April 1992: Ein Führungsmitglied der MRTA, Peter Cardenas Schulte, wird verhaftet.

Mai 1992: Die Polizei hebt ein Computerzentrum der MRTA aus und erhält wichtige Informationen über die innere Struktur.

10. Juni 1992: Victor Polay wird erneut verhaftet.

30. 11. 1995: Nachdem Fujimori den endgültigen Sieg über den Terrorismus und die Vernichtung der MRTA verkündet hat, werden 30 Tupac-Amaristas verhaftet, die versucht hatten, das Parlamentsgebäude zu besetzen, um die Abgeordneten gegen die MRTA-Gefangenen auszutauschen.

17. 12. 1996: Ein Kommando der MRTA besetzt die Japanische Botschaft in Lima unter der Parole „Das Schweigen brechen – das Volk will, daß die Gefangenen freikommen" und nimmt alle Gäste eines Empfanges gefangen. Das Kommando hält bis heute 72 Personen als Geiseln fest, unter ihnen der Bruder des Präsidenten, der Chef der Anti-Terror-Einheiten, der peruanische Außenminister sowie die Botschafter Japans und Boliviens. Die MRTA fordert die Freilassung aller politischen Gefangenen und eine Änderung der neoliberalen Politik der Regierung.

Kampf gegen den Neoliberalismus!

■ Der Neoliberalismus ist keine neue Form kapitalistischer Ökonomie. Neoliberale Politik ist seit Jahrzehnten mit brachialer Härte durchgeführte Politik von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank, also eine Form imperialistischer Ausbeutungspolitik. Der Begriff „Liberal" führt bei vielen Menschen zu Verwirrung, wird damit doch im allgemeinen eher Progressives verbunden. Die Freiheit unter dem Neoliberalismus wird jedoch nicht den Menschen, sondern dem Kapital zugesprochen. Die Funktion des Staates soll auf die Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit beschränkt werden. Jegliche Form der Sozialpolitik soll verschwinden, da sie die Verwertungsbedingungen des Kapitals verschlechtert und damit einen „Standortnachteil" darstellt. Und so wird ohne Rücksicht auf die Bevölkerung eingespart, gekürzt und wegrationalisiert. Der Neoliberalismus ist die moderne Form des Manchester-Kapitalismus.

Das was wir in diesen Tagen in Europa erleben, ist eine immer stärker zunehmende Konkurrenz der Staaten um die Gunst des weltweit operierenden Kapitals. Auch die „Sozialstaaten" der Industrienationen sichern ihre Standorte durch Sozialabbau. In der Dritten Welt, also auch in Lateinamerika ist diese Politik mit all ihren katastrophalen Folgen gängige Form imperialistischer Ausbeutung.

Beteiligt Euch an der Kampagne!

■ Ihr könnt die Kampagne mit dem Namen Eurer Initiative, Gruppe oder Organisation unterstützen. Der Name bzw. das Emblem wird dann auf den Plakaten erscheinen. Zur Finanzierung bitten wir Euch um einen Beitrag von 50,– DM. Dafür erhaltet ihr 50 Plakate. Weitere Plakate und auch Flugblätter können bestellt werden. Bitte werbt auch um andere UnterstützerInnen. Veröffentlicht Anzeigen für die Kampagne. Vorlagen für Anzeigen können bei uns bestellt werden.

Ruft zum Spenden auf das Solidariätskonto auf: *Ein Radio für die MRTA!*
Stichwort: „Das Schweigen brechen", Konto-Nr. 100 700 368, Sparkasse Göttingen, BLZ 260 500 01

Macht Veranstaltungen. Macht Parties, sammelt Geld. Spendet! Der Stand der Kampagne und des Solidaritätskontos wird vierteljährlich veröffentlicht und an alle UnterstützerInnen verschickt.

Bestelladresse: *Autonome Antifa (M), c/o Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen*





Täglich aktualisierte Informationen über die MRTA im Internet:
Voz Rebelde Page:
http://www.cybercity.dk/users/ccc17427/ *(spanisch)*
Solidarity Page: http://burn.ucsd.edu/~ats/mrta.htm *(englisch)*
außerdem auf deutsch: http://www.nadir.org/ *(Startseite)*

Kontakt: Autonome Antifa (M), c/o Buchladen,
Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen
Tel./Fax: +49 / 551 / 549081
e-mail: aam paxo.nadir.org
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/aam/



Eine Initiative der



Die Rebellion der Habenichtse

»Die Deutschen haben gezeigt, daß man mit Arbeit und Ausdauer zu was kommt.«
(Bettina von Knoop, Besitzerin der Kaffee-Plantage »Preußen«)

»Wir haben immer gesagt, daß das Land unser ist.«
(Rubén, Campesino aus Nueva Palestina, Mitglied der »Bauern- und Volksvereinigung Francisco Villa« UCPFV)

»Germania«, »Hamburgo«, »Preußen« oder »Nueva Alemania« heißen einige der Kaffee-Plantagen im Soconusco, dem Küstenstreifen am Pazifik im mexikanischen Bundesstaat Chiapas. Die produktivsten Böden der Kaffee-Region sind seit hundert Jahren in deutschen Händen, die Arbeitsbedingungen der Campesinos sprichwörtlich: »Nein, ich will nicht in den Soconusco gehen. Dort sind die Deutschen, sie sind die Herren der Kaffee-Plantagen. Sie sind barbarischer als die Bestien des Urwalds und behandeln dich wie einen Hund«, ließ B.Traven den Landarbeiter Candido in »Die Rebellion der Gehenkten« bereits vor 70 Jahren sagen. Candidos Ur-Enkel aus Nueva Palestina wagten nun im Herbst 1994 erneut den Aufstand und besetzten das Land von Großgrundbesitzern wie den Schimpf-Hudlers oder den von Knoops. Militär, Polizei und von den Kaffee-Baronen angeheuerte »Weiße Garden« versuchen seither den Kampf für Land und Freiheit mit allen Mitteln zu unterdrücken; während der Kaffee aus Chiapas wie seit hundert Jahren in deutschen Delikatessenläden im Regal steht...



Dirk Pesara und Boris Kanzleiter haben mit den LandbesetzerInnen aus Nueva Palestina gesprochen, die besetzten Plantagen besucht und die Geschichte der deutschen Kolonisten in Chiapas recherchiert. Entstanden ist ihre Reportage »Die Rebellion der Habenichtse«. Über die Landbesetzungen, die deutschen Kaffee-Barone und die Repression in Chiapas berichten sie nun auf etwa 25 Veranstaltungen im Frühjahr 1997.

Zweihundert Kilometer von den Kaffee-Plantagen der Pazifikküste entfernt, erheben sich die Höhenzüge des Lakandonischen Urwalds. Von hier aus brachen in der Nacht zum 1. Januar 1994 zweitausend bewaffnete indianische Kleinbäuerinnen und Kleinbauern auf und besetzten vier Provinzhauptstädte. Sie fordern ein Ende der jahrhundertelangen Unterdrückung. Ihr »Ya-Basta!« sollte um die Welt gehen. Zwei Wochen des Krieges folgten, die Armee verwandelte den Bundesstaat in ein Heerlager. Der daran anschließende »Dialog« zwischen den Aufständischen der »Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung« (EZLN) und der Zentralregierung ist brüchig und brachte bislang kaum positive Veränderungen.

Der Kampf für Land und Freiheit gegen deutsche Kaffeebarone in Chiapas

Mit einem »Interkontinentalen Treffen gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft« ergriff die EZLN im Sommer 1996 eine ungewöhnliche Initiative. Die Aufständischen luden in den Lakandonischen Urwald ein, um gemeinsam zu diskutieren, wie der Widerstand gegen die neoliberale Politik weltweit organisiert werden könnte. Über 3000 Menschen aus aller Welt suchten die Diskussion. Im Sommer 1997 soll nun in Spanien, wie von den TeilnehmerInnen in Chiapas vereinbart, ein weiteres interkontinentales Treffen stattfinden.
Christiane Düttmann wird Vorort über den Stand der Vorbereitungen des »Zweiten Interkontinentalen Treffen gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft« berichten.

Buchvorstellung und Diskussion

Donnerstag, 24. April, 19.00 Uhr
Humboldt-Universität,
Hauptgebäude Raum 3038

Die Autoren sprechen über den Kampf der LandbesetzerInnen in Chiapas gegen deutsche Kaffeebarone. Als Gast wird Juan Gónzalez Esponda, Historiker aus San Cristóbal, über den aktuellen Stand des zapatistischen Aufstandes berichten. Im Anschluß wird über das geplante "Zweite Interkontinentale Treffen gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft" informiert.

Die Rebellion der Habenichtse.
Der Kampf um Land und Freiheit in Chiapas
ist im April 1997 in der Edition ID-Archiv erschienen.
144 Seiten, 16,-DM
ISBN: 3-89408-064-7



Israelische ›Friedenspolitik‹ – ein Krieg mit anderen Mitteln?

Diskussionsveranstaltung mit Dr. Mahir al-Tahir
Chefredakteur der palästinensischen Zeitung ›Al-Hadaf‹

Die Auseinandersetzung zwischen israelischen Militärs und Siedlern einerseits und der palästinensischen Bevölkerung andererseits spitzt sich weiter zu. Ein aktuelles Beispiel ist der Kampf um den Siedlungsausbau auf dem Berg Abu Gneim (Har Homa) in Ostjerusalem.

- Die wirtschaftliche Situation in der Westbank und im Gaza hat sich als Konsequenz der israelischen Abriegelungen weiter verschlechtert – der Aufbau einer eigenen palästinensischen Wirtschaft ist nicht in Sicht.
- Die Okkupation palästinensischen Bodens durch zionistische Siedler wird nicht nur zementiert, sondern sogar vorangetrieben.
- Das Abkommen schafft palästinensischen "Bantustans", deren Verbindungswege durch israelische Militärs kontrolliert und vom israelischen Staat verwaltet sind – mit der Option, militärisch jederzeit eingreifen zu können.
- Vier Millionen der etwa sechs Millionen PalästinenserInnen leben in der Diaspora – der größte Teil von ihnen unter elenden sozialen Verhältnissen, rechtlos, unter permanenter Kontrolle des jeweiligen Regimes – ein Recht auf Rückkehr fehlt.
- 4000 bis 5000 politische Gefangene sind immer noch in israelischen Gefängnissen inhaftiert, ihre Lage ist schwieriger als je zuvor.

Das sind nur einige der Probleme, die nach wie vor auf der palästinensischen Bevölkerung lasten.

Die aktuelle Situation wirft viele Fragen auf:

Was haben die "Osloer-Friedensverträge" den PalästinenserInnen gebracht, außer noch mehr Frustrationen und einer Verschlechterung ihrer materiellen und politischen Lage?
Kann überhaupt die sogenannte Autonomie ein Schritt in Richtung eines souveränen palästinensischen Staates sein?
Welche Perspektive haben die palästinensischen Flüchtlinge aus den Lagern in Jordanien, Syrien und dem Libanon, die in den Verhandlungen faktisch nicht vorkommen, obwohl sie die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung stellen?
Welche Konsequenzen hat es für den palästinensischen Widerstand, wenn heute Arafat und Teile der PLO Bütteldienste im Interesse der israelischen Regierung ausüben, indem sie in den palästinensischen Gebieten für "Ruhe und Ordnung" sorgen? Und welche Konsequenzen hat es, wenn palästinensische KritikerInnen an den Verhandlungskompromissen von Arafats Polizei- und Geheimdienst mundtot gemacht werden?
Inwieweit hat sich die palästinensische Gesellschaft gespalten?
Welchen Einfluß hat die palästinensische Opposition?
Welche Antworten, welche Alternativen hat die palästinensische Linke?
In welche politische Richtung wird sich die palästinensische Bevölkerung orientieren, die angesichts der anhaltenden Besatzungspolitik Israels wieder in Bewegung gerät?
Steht die palästinensische Gesellschaft vor dem Beginn einer neuen Intifada?

Sicher ist eines: Eine wirkliche Souveränität, die eine soziale Perspektive für die palästinensische Bevölkerung einschließt, kann nicht durch Verhandlungen mit den israelischen Besatzungsregime von oben gewährt werden – sie muß von der palästinensischen Bevölkerung erkämpft werden.
Ihr heutiger Widerstand, beispielsweise gegen den Bau neuer Siedlungen, schafft dafür Voraussetzungen.

Ob wir für diesen Widerstand eine Unterstützung leisten können, hängt auch davon ab, wieweit es uns gelingt, zu den sozialen und politischen Widersprüchen, die unter den heutigen Bedingungen in der palästinensischen Bevölkerung aufbrechen, eine Standpunkt finden.

Dazu soll uns die Diskussion mit Mahir al-Tahir eine Hilfe sein.

Dienstag 22.4.97 20.00 Uhr
Café Kato Schlesisches Tor



BUBACK - EIN NACHRUF

Am 7.4.1977 wurde der damalige Generalbundesanwalt Buback von einem RAF-Kommando "Ulrike Meinhof" erschossen.
In der Erklärung der RAF hieß u.a.: "Im Rahmen der Counterstrategie der imperialistischen BRD gegen die Guerilla ist die Justiz kriegsführendes Instrument - in der Verfolgung der aus der Illegalität operierenden Guerilla und in der Vollstreckung der Vernichtung der Kriegsgefangenen. Buback - wie Schmidt sagt "ein tatkräftiger Kämpfer" für diesen Staat - hat die Auseinandersetzung mit uns als Krieg begriffen und geführt:"Ich habe den Krieg überstanden.Dies ist ein Krieg mit anderen Mitteln."

BUBACK - EIN NACHRUF

Dies soll nicht unbedingt eine Einschätzung sein oder ein kommentierender Verriss vom Schreibtisch aus, mit päpstlichen Gestus vorgetragen und als "solidarische Kritik" bezeichnet. Ausgewogenheit, stringente Argumentation, Dialektik und Widerspruch - das ist mir alles piep-egal. Mir ist bei dieser Buback-Geschichte einiges aufgestoßen, diese Rülpser sollen zu Papier gebracht werden, vielleicht tragen sie ein bißchen zu einer öffentlichen Kontroverse bei.

Meine unmittelbare Reaktion, meine "Betroffenheit" nach dem Abschuß von Buback ist schnell geschildert: ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen. Ich habe diesen Typ oft hetzen hören, ich weiß, daß er bei der Verfolgung, Kriminalisierung, Folterung von Linken eine herausragende Rolle spielte. Wer sich in den letzten Tagen nur einmal genau sein Konterfei angesehen hat, der kann erkennen, welche Züge dieser Rechtsstaat trägt, den er in so hervorragender Weise verkörperte. Und der kennt dann auch schon ein paar Züge von Gesichtern jener aufrechten Demokraten, die jetzt wie ein Mann empört und betroffen aufschreien. Ehrlich, ich bedaure es ein wenig, daß wir dieses Gesicht nun nicht mehr in das kleine rot-schwarze Verbrecheralbum aufnehmen können, das wir nach der Revolution herausgeben werden, um der meistgesuchten und meistgehaßten Vertreter der alten Welt habhaft zu werden und sie zur öffentlichen Vernehmung vorzuführen. Ihn nun nicht mehr - enfant perdu.

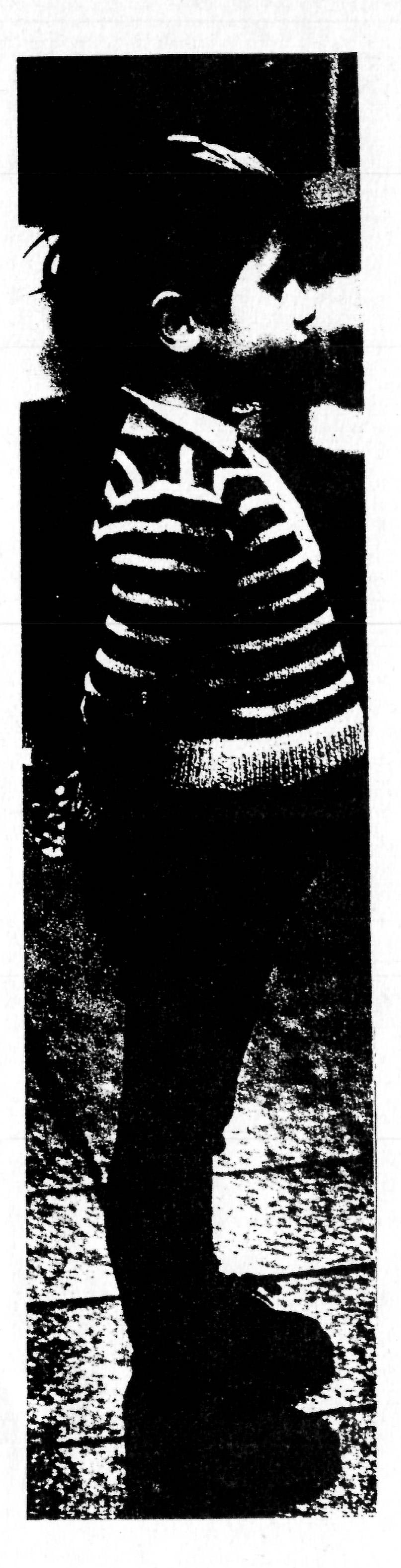
Aber das ist ja nun nicht alles gewesen, was in meinem und im Kopf vieler anderer nach diesem Ding herumspukte. So eine richtige Freude, wie etwa bei der Himmelfahrt von Carrero Blanko konnte einfach nicht aufkommen, nicht, daß ich mich von der wirklich gut inszenierten "öffentlichen Empörung und Hysterie" kirre machen ließ; dieses Spektakel scheint ja wirklich von mal zu mal besser zu funktionieren und das irgendwo im Konzert dieser politischen Eunuchen, die von der Herstellung der "öffentlichen Meinung" leben (gut leben), sich eine einzige "kritische" Stimme erheben würde, daran glaubt von uns wohl keiner mehr.

Aber deswegen ist mir dieser hermetisch wirkende Block gleichgeschalteter Medien offizieller Verlautbarungen und Kommentare doch nicht so egal, daß ich mich bei irgendwelchen Aktionen überhaupt nicht mehr um ihn zu kümmern brauchte. Die Wanzenaffäre hat doch gezeigt, daß sich dieser Chor der aufrechten Leute in den Pelz gesetzt hat, die ihn kratzen, die sich nicht mit Meinungen und Kommentaren hinweg tuschieren lassen. Da haben sich immerhin Risse und Brüche in dieser scheinbar festgefügten Legitimationsfassade gezeigt, die wir ausnützen müssen und können, sogar in Bezug auf Stammheim. Da haben wir eine Gelegenheit versäumt, ein öffentliches Gemurmel, ein öffentliches Unbehagen der Nonchalance mit der die Bubacks, Maihofers, Schiess und Benda die dicksten Rechtsbrüche begehen, offensiv für uns und die Gefangenen zu nutzen. Diese Chance ist vorerst vorbei. Jetzt - nach dem Anschlag - ist nicht nur wieder jedes Mittel recht, um die "Terroristenbrut" zu zerschlagen, sondern die angewandten Mittel sind gar zu gering.

Das mag ein persönlicher Eindruck sein; ich hatte auch keine Ideen und keine Kraft, bei dieser Affäre einzugreifen. Aber deutlicher wird das, was ich damit kritisieren will, vielleicht am Beispiel des Roth/Otto Prozeßes in Köln. In diesem Prozeß war die Strategie der Bubacks, die, Linke, die nachweislich nicht geschossen haben, als Polizisten-Mörder zu verurteilen. Revolutionäre Linke sind Killer, ihre Gesinnung, ihre Praxis prädestiniert sie zu Killern, die vor keinem Mittel zurückschrecken - so die Gleichung der Ankläger und (offensichtlich) der Richter.

In mühevoller Kleinarbeit ist es den beteiligten Genossen und Genossinnen wenigstens ansatzweise gelungen, diese Strategie zu durchkreuzen und zwar so zu durchkreuzen, daß selbst die gleichgeschalteten Medien über die Sauereien, unmenschlichen Haftbedingungen, Verfahrensfehler etc. zu berichten gezwungen sind. Das kleine Stammheim in Köln hat so auch ein Schlaglicht auf das echte Stammheim werfen können. Am letzten Mittwoch haben die Anwälte von Roth und Otto Antrag auf Haftentlassung gestellt, weil einfach von der Beweislage her der Vorwurf des gemeinschaftlichen Mordes am Polizisten Pauli nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Die Gleichung "Linke sind Killer" war durchkreuzt. Ich befürchte aber, daß mit dem Anschlag auf Buback den Genossen die guten Karten aus der Hand genommen worden sind, daß hierdurch eine unfreiwillige Amtshilfe für die Justiz geleistet wurde, die vielleicht sogar den Urteilsspruch negativ beeinflussen wird.

Der Blindheit jener, für die sich die politische Welt auf Stammheim reduziert und die völlig unabhängig von der jeweiligen "politischen Konjunktur" den Kampf führen und ihre Mittel wählen, könnte so andere Genossinnen und Genossen entwaffnen und wäre ein unfreiwilliger Beitrag dazu, sie fertig zu machen. "Counterinsurgency" andersherum...
Diese Überlegungen alleine haben ausgereicht, ein inneres Händereiben zu stoppen. Aber es kommt noch doller. Ich habe auch über eine Zeit hinweg (wie so viele von uns) die Aktionen der bewaffneten Kämpfer goutiert; ich, der ich als Zivilist noch nie eine Knarre in der Hand hatte, eine Bombe habe hoch-



gehen lassen. Ich habe mich schon ein bißchen dran aufgegeilt, wenn mal wieder was hochging und die ganze kapitalistische Schickeria samt ihren Schergen in Aufruhr versetzt war. Sachen, die ich im Tagtraum auch mal gern tun tät, aber wo ich mich nicht getraut habe sie zu tun.

Ich habe mir auch jetzt wieder vorgestellt, ich wäre bei den bewaffneten Kämpfern, werde gesucht, gejagt, lebe irgendwo in einem konspirativen Zusammenhang von einigen Leuten, muß aufpassen, daß meine alltäglichen Verrichtungen (einkaufen gehen, Papierkörbe leeren, einen Film ansehen) mir nicht schon den Garaus machen.

Ich frage mich, wie ich - abgeschnitten von alltäglichen persönlichen und politischen Zusammenhängen - mit meinen Leuten die Entscheidung über solch eine Aktion fällen könnte. Wie ich mich monatelang darauf vorbereiten müßte, daß Buback weg muß, wie mein ganzes Denken von Logistik und Ballistik bestimmt wird. Wie ich mir sicher sein kann, daß dieser und kein anderer sterben muß, wie ich in Kauf nehme, daß auch ein anderer dabei draufgeht, ein dritter vielleicht querschnittsgelähmt sein wird etc.

Ich müßte völlig umdenken: ich denke immer noch, daß die Entscheidung zu töten oder zu killen bei der herrschenden Macht liegt, bei Richtern, Bullen, Werkschützern, Militärs, AKW-Betreibern. Daß ich dafür extra ausgebildet sein müßte; kaltblütig wie Al Capone, schnell, brutal, berechnend.

Wie soll ich mich entscheiden, daß Buback wichtig ist, nicht für mich und meine Leute, sondern auch für die anderen Leute. Daß er wichtiger ist, als der Richter X am Gefängnis Y oder einer seiner Wärter. Oder daß der Verkäufer in der Ecke, der dauernd "Kopf ab" brüllt eine geringere "Schuld" trägt als Buback. Nur, weil er weniger "Verantwortung" hat?

Warum diese Politik der Persönlichkeiten? Könnten wir nicht mal zusammen eine Köchin entführen und sehen, wie sie dann reagieren die aufrechten Demokraten?

Sollten wir uns nicht überhaupt mehr auf die Köchinnen konzentrieren?

Wenn in Argentinien oder gar in Spanien einer dieser staatlich legitimierten Killer umgelegt wird, habe ich diese Probleme nicht. Ich glaube zu spüren, daß der Haß des Volkes gegen diese Figuren wirklich ein Volkshaß ist. Aber wer und wieviele Leute haben Buback (tödlich) gehaßt. Woher könnte ich, gehörte ich den bewaffneten Kämpfern an, meine Kompetenz beziehen, über Leben und Tod zu entscheiden?

Wir alle müssen davon runterkommen, die Unterdrücker des Volkes stellvertretend für das Volk zu hassen, so wie wir allmählich schon davon runter sind, stellvertretend für andere zu handeln oder eine Partei aufzubauen. Wenn Buback kein Opfer des Volkszornes wird (oder wegen mir auch des Klassenhasses, damit kein falscher Verdacht aufkommt), dann geht die Gewalt, die so ausgeübt wird, ebensowenig vom Volk aus, wie Bubacks Gewalt vom Volke ausging.

Wir brauchen nur die Zeitungen aufzuschlagen und die Tagesmeldungen zu verfolgen: die Strategie der Liquidierung, das ist eine der Strategien der Herrschenden. Warum müssen wir sie kopieren? Die Leute (das Volk!) haben Angst davor, sie haben ihre Erfahrungen damit gemacht, genauso wie mit Einkerkerung und Arbeitslager. Was wir auch tun: es wirft immer ein Licht auf das, was wir anstreben. Wir werden unsere Feinde nicht liquidieren. Nicht in Gefängnisse und nicht in Arbeitslager sperren und deswegen gehen wir doch nicht sanft mit ihnen um.

Unser Zweck, eine Gesellschaft ohne Terror und Gewalt (wenn auch nicht ohne Aggression und Militanz), eine Gesellschaft ohne Zwangsarbeit (wenn auch nicht ohne Plackerei), eine Gesellschaft ohne Justiz, Knast und Anstalten (wenn auch nicht ohne Regeln und Vorschriften oder besser: Empfehlungen) dieser Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel, sondern nur manches. Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir: Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert werden.

Warum liquidieren? Lächerlichkeit kann auch töten, zum Beispiel auf lange Sicht und Dauer. Unsere Waffen sind nicht lediglich Nachahmungen der militärischen, sondern solche, die sie uns nicht aus der Hand schießen können. Unsere Stärke braucht deswegen nicht in einer Phrase zu liegen (wie in der "Solidarität"). Unsere Gewalt endlich kann nicht die Al Capones sein, eine Kopie des offenen Straßenterrors und des täglichen Terrors; nicht autoritär, sondern antiautoritär und deswegen umso wirksamer. Um der Machtfrage willen (o Gott!), dürfen Linke keine Killer sein, keine Brutalos, keine Vergewaltiger, aber sicher auch keine Heiligen, keine Unschuldslämmer. Einen Begriff und eine Praxis zu entfalten von Gewalt/Militanz, die fröhlich sind und den Segen der beteiligten Massen haben, das ist (zum praktischen Ende gewendet) unsere Tagesaufgabe. Damit die Linken, die so handeln, nicht die gleichen Killervisagen wie die Bubacks kriegen.

Ein bißchen klobig, wie? Aber ehrlich gemeint ...

Ein Göttinger Mescalero

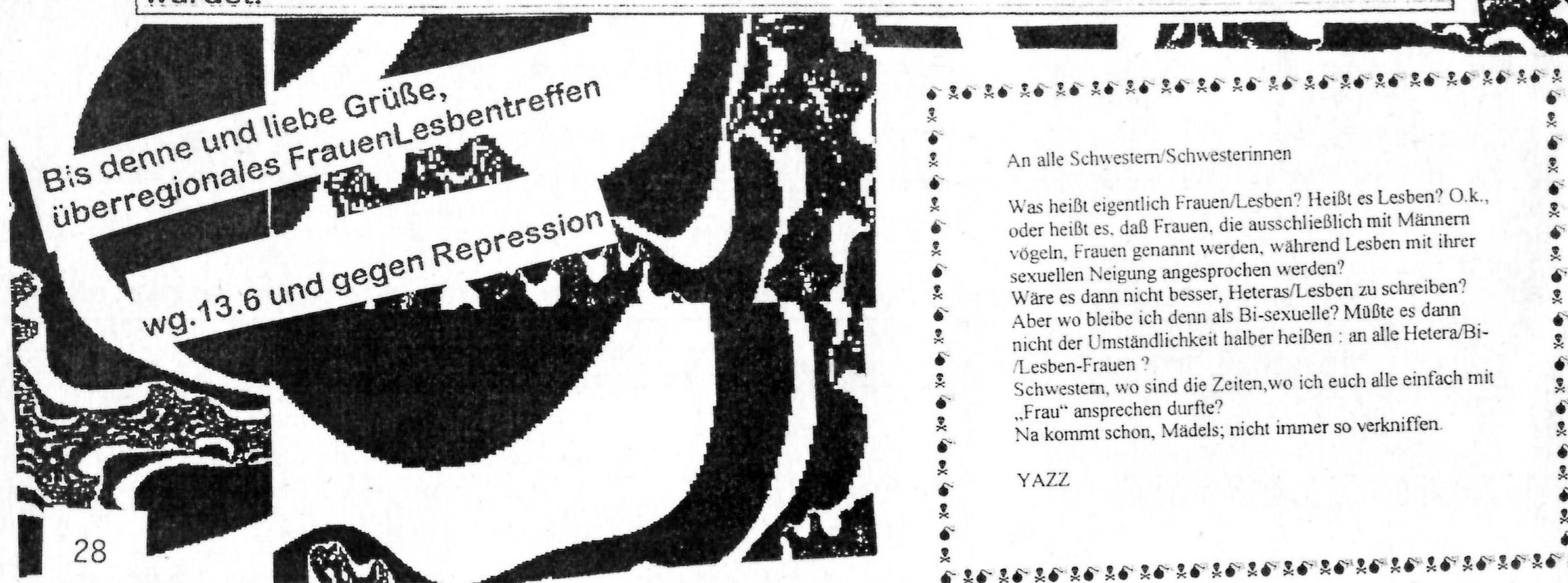
Offene Grenzen für alle !!! - FrauenLesben-Aktion am 24.5.1997

Im Zuge des radikal-Verfahrens wurden am 14. Dezember 1996 auch in Vaals/ Niederlande und Aachen Wohnungen durchsucht. Erstmals haben deutsche und niederländische Bullen unter der Leitung des BKA eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Dort hat diese Aktion zu breiten Protesten in der Öffentlichkeit geführt. Niederländische und deutsche Gruppen planen unter anderem deshalb am **24. Mai 1997** eine gemeinsame Demonstration von Vaals (NL) über die Grenze nach Aachen (brd).Weitere Themenschwerpunkte werden sein:
die Koordinierung der Repression zwischen den EU-Staaten; Asyl- und Einwanderungspolitik, „Terrorismus"-bekämpfung, „innere Sicherheit" und die verschärfte Abschottung nach außen.
Die Demonstration soll auch mobilisieren für die geplanten Gegenaktionen zu dem EU- Gipfel am 14. Juni in Amsterdam.

Wir sind das überregionale FrauenLesbentreffen wegen 13.6.95 und gegen Repression und arbeiten seit 1 ½ Jahren städteübergreifend zusammen.
Wir wollen gemeinsam mit Migrantinnen(-gruppen) an der Demonstration teilnehmen. Da jedoch für viele Migrantinnen/Illegalisierte aufgrund ihres Status` das Risiko eines Grenzübertritts zu groß ist, werden wir eine gemeinsame Kundgebung auf der deutschen Seite des Grenzübergangs bei Aachen machen, um später mit der gemischten Demonstration zusammenzutreffen.
Darüber hinaus wollen wir mit unserer Aktion den Charakter der EU-Grenzen aufzeigen:
Während für weisse EU-BürgerInnen, deutsche Bullen und den innereuropäischen Handel die Grenzen immer unsichtbarer werden, schottet sich Europa gegen legale und „illegale" Einwanderung ab. Nach innen hat sich die Grenze ausgeweitet - in der brd auf einen Bereich von 30 Kilometern. Hier wurden keine Kosten und Mühen gescheut, um BGS-Truppen aufzustocken und Menschenjagden durchzuführen.
Gegen diese menschenverachtende und ausgrenzende Politik wollen wir unseren Widerstand mit vielen FrauenLesben organisieren. Die Kundgebung soll dafür Ausdruck sein.
Wir möchten in die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung bundesweit möglichst viele FrauenLesben einbeziehen und brauchen dafür bis spätestens zum **18. April** eine Rückmeldung von Euch. Wegen der kurzen Vorbereitungszeit bitten wir Euch ganz schnell um Infos, wieviel Interesse es gibt und welche Aufgaben ihr übernehmen würdet.
Meldet Euch bei:

FrauenLesbenSoliPlenum
c/o FrauenLesbenLaden Mafalda
Kreuzstraße 29
28203 Bremen
Fax: 0421/702781

am 8. Mai wird es ein Vorbereitungstreffen für alle Interessierten in Bremen im FrauenLesbenLaden geben; Beginn 11.OO h. Es wäre nett, wenn ihr Euch anmelden würdet.



An alle Schwestern/Schwesterinnen

Was heißt eigentlich Frauen/Lesben? Heißt es Lesben? O.k., oder heißt es, daß Frauen, die ausschließlich mit Männern vögeln, Frauen genannt werden, während Lesben mit ihrer sexuellen Neigung angesprochen werden?
Wäre es dann nicht besser, Heteras/Lesben zu schreiben?
Aber wo bleibe ich denn als Bi-sexuelle? Müßte es dann nicht der Umständlichkeit halber heißen : an alle Hetera/Bi-/Lesben-Frauen ?
Schwestern, wo sind die Zeiten,wo ich euch alle einfach mit „Frau" ansprechen durfte?
Na kommt schon, Mädels; nicht immer so verkniffen.

YAZZ

Prozesserklärung zum Gelöbnix-Prozess am 8.4.97

Ich möchte auf die Hintergründe eingehen, die zu Prozessen wie diesem führen.
Am 31. Mai 1996 hat die Bundeswehr vor dem Charlottenburger Schloß den ersten Versuch seit dem Ende des Nationalsozialismus unternommen, in der Berliner Innenstadt ein öffentliches, "feierliches" Gelöbnis von Rekruten abzuhalten.
So ein Gelöbnis reiht sich ein in ein Reihe von großangelegten Werbekampagnen für die Bundeswehr genauso wie die seit 1987 verstärkte Diskussion um Auslandseinsätze. Doch dazu später mehr.
Über 2500 Menschen wollten sich eine derartige Jubelfeier für das Militär nicht gefallen lassen und waren an jenem 31. Mai nach Charlottenburg gekommen.
Ein breites Bündnis hatte dazu aufgerufen, das Gelöbnis durch verschiedenste Aktionen zu stören.
Während eine Demonstration brutal von der Polizei angegriffen wurde, störten mehrere hundert Menschen vor dem Schloß erfolgreich die Zeremonie - und das Gelöbnis wurde für Polizei und Bundeswehr zur Katastrophe. Die geplanten feierlichen Reden versanken in Pfiffen und "Mörder-Rufen", Leuchtspurraketen und sogar eine Rauchbombe störten das Bild disziplinierter strammstehender Rekruten.
Ein Erfolg der Aktion ist, daß deshalb dieses Jahr kein öffentliches Gelöbnis in Berlin stattfinden soll.
Insgesamt 91 Menschen wurden im Rahmen der Demonstration und der Aktionen vor dem Schloß festgenommen, drei davon saßen erstmal in Untersuchungshaft. Seither laufen zahllose Verfahren.

Das hier ist das erste Verfahren in diesem Zusammenhang, in dem auch wegen "Beleidigung der Bundeswehr" angeklagt wird.
Soldaten als Mörder zu bezeichnen ist offensichtlich ein heikles Thema. Nach dem das Bundesverfassungsgericht 1994 entschieden hatte, daß das Tucholsky-Zitat "Soldaten sind Mörder" weder als Beleidigung noch als Volksverhetzung zu werten ist, waren die Rufe nach einer Verteidigung der angegriffenen Ehre der deutschen Soldaten laut geworden.
So debattiert der Bundestag derzeit über einen "besonderen Ehrenschutz" für Soldaten. CDU/CSU und FDP haben ihren Gesetzentwurf damit begründet, daß die "gehäuften Ehrerkränkungen" der Soldaten der Bundeswehr nicht nur einzelne Soldaten, sondern das "Ansehen der Bundeswehr" schädigten. Nach dem geplanten Gesetz soll die Beleidigung von Soldaten mit bis zu einem Jahr mehr Knast verurteilt werden, als der bisherige Beleidigungsparagraph vorsieht. Außerdem sollen die so Beleidigten keinen Strafantrag mehr stellen müssen; das Delikt wird auch ohne verfolgt.
Auf einer Anhörung im Bundestag erklärte Prof. Steinkamm von der Münchener Universität gar, der geplante Paragraph sei ein "Bekenntnis zu unseren Soldaten"; damit werde das "geistig-politische Wehrpotential" geschützt.

Der Schutz des geistig-politischen Wehrpotentials ist der Hintergrund der Diskussion um das sogenannte Ehrenschutzgesetz.
Die neue Debatte darum steht in direktem Zusammenhang mit der Diskussion um out-of-area-Einsätze, die schon 1987/88 begann und seit 1992 verstärkt geführt wird.
Während 1987 noch argumentiert wurde, das Grundgesetz widerspreche jeglichen Einsätzen deutscher Soldaten im Ausland, fand schon 1988 in Namibia der erste Auslandseinsatz im Auftrag der UNO statt - ohne rechtliche Grundlage.
Während im Zuge der Annexion der DDR verstärkt die Verantwortung des vereinten Deutschlands betont wurde, wurden 1990/91 im Rahmen des zweiten Golfkriegs unter Zustimmung aller Parteien im Bundestag deutsche Bundesmarine-Einheiten im Mittelmeer, Minenkampfeinheiten im Persischen Golf sowie die deutsche Luftwaffe in der Türkei stationiert.
Ein Drittel der Soldaten dieser Luftwaffeneinheit stellte einen Kriegsdienstverweigerungsantrag.
In einer daraufhin stattfindenden internen Debatte wurde festgestellt, daß die Mentalität der Soldaten der Bundeswehr nicht auf Kriegseinsätze eingestellt sei.
So wird seit 1992 fieberhaft darauf hingearbeitet, die deutschen Soldaten psychisch auf Kriegseinsätze vorzubereiten.
Auf der Suche nach einer neuen Legitimation der Bundeswehr formulierte Verteidigungsminister Rühe 1992 seine "verteidigunspolitischen Richtlinien", nach denen sich die Bundeswehr als "Mittelmacht mit weltweitem Interesse" auf weltweite Einsätze in eigener Regie vorbereiten müsse.
Als Ziele formulierte Rühe u.a. die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt".
Die Sicherung eigener wirtschaftlicher Interessen gilt juristisch als niederes Motiv - wer aus solchen Motiven heraus tötet, wird als Mörder verurteilt. Deutsche Soldaten sollen künftig aus demselben niederen Motiv töten und als Helden verehrt werden.
Mit dem jüngsten Einsatz der Bundeswehr in Albanien ist man dem Ziel der weltweiten Einsätze wieder ein Stück näher gekommen. Nachdem in einem einberufenen Krisenstab Vertreter aller Bundestagsfraktionen dem Einsatz zugestimmt hatten, wurde er erst im Nachhinein vom Bundestag gebilligt. Propagandistisch begleitet wurde der "dramatische Kampfeinsatz" von den Medien, die mit reportagenhaften Kriegsszenarios und deutschen Helden aufwarteten. Und das Verteidigungsministerium quittiert das erste Feuergefecht deutscher Soldaten nach dem 2. Weltkrieg mit der Aussicht, "daß sich die deutsche Armee für die uneingeschränkte Teilnahme an Auslandseinsätzen qualifiziert" habe.

Jeder Krieg fängt mit einer propagandistisch-psychologischen Vorbereitung an, schließlich muß neben der Truppe auch die Bevölkerung "kriegstauglich" gemacht werden. Dazu dienen Millionen Mark teure Werbekampagnen, dazu dient eine "Einsatzmedaille der Bundeswehr", dazu dienen öffentliche Gelöbnisse, in deren Rahmen Kriegseinsätze legitimiert, Militär verherrlicht und "unsere Soldaten" glorifiziert werden, dazu dient die rechtliche Verfolgung kritischer Stimmen und dazu dienen auch Prozesse wie dieser.





Wir, die Versammelten auf dem bundesweiten Anti-Castor-Deligiertentreffen, erklären:

Während der Aktionstage zu NIX³ wurde eine Frau vergewaltigt. Sie nahm sich im März das Leben. Wir finden nicht die Worte, um unsere Trauer und Betroffenheit auszudrücken.
Diese Vergewaltigung ist Ausdruck der alltäglich sexualisierten Gewalt gegen Frauen, die auch in unserer Bewegung vorhanden ist. Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen wurden und werden in der Anti - Atom - Bewegung bisher fast gar nicht thematisiert.
Es mußte erst die extremste Form vom Männergewalt passieren, bevor wir uns damit auseinandersetzen.
Zu viele von uns wollen sich nach wie vor nicht mit anderen Herrschaftsverhältnissen als dem politisch begrenzten Castor-Konflikt beschäftigen.
Unser Widerstand richtet sich nicht nur gegen den einzelnen Atomtransport, sondern gegen alle Gewaltverhältnisse in unserer Gesellschaft. Wenn wir in der Anti - Atom - Bewegung etwas zur Überwindung dieser Verhältnisse beitragen wollen, ist unsere Arbeit untrennbar von der Auseinandersetzung mit Gewalt gegen Frauen und andere Unterdrückungsmechanismen.
Vergewaltigung ist dabei die weitgehenste Form, Diskriminierung fängt auch bei uns mit Redeverhalten, Gruppenstrukturen und in Beziehungen an. Solange wir (speziell die Männer von uns) Gewalt und Herrschaft gegenüber Frauen nicht angehen, muß es uns nicht wundern, wenn wir Unterdrückung von Frauen reproduzieren - auch am Tag X.

Trebel, 12.4.1997

„Laßt uns hier abhauen!"

Impressionen vom Castortransport

Als ich mich am Dienstag, nach einem dreiviertelstündigen Fußmarsch, teilweise im Laufschritt, vom Camp in Quickborn aus durch den Wald, in viel zu schwerer Kleidung, in der Mittagssonne, mit einer riesigen Schaufel in der Hand, dann wenige Meter von der Straße entfernt, den ersten Bullen gegenübersehe, zittern mir die Knie vor Erschöpfung und vor Aufregung (ich muß endlich aufhören zu Rauchen). Und erst jetzt, wo auch plötzlich kein vertrautes Gesicht mehr an meiner Seite ist, und die Leute zögern und ich auch, merke ich, daß ich für diesen Moment, der doch absehbar war, keinen Gedanke habe, der jetzt mein Handeln bestimmt, und mir das Vertrauen und die Entschlossenheit gibt. Und dann spüre ich, daß sich in den Tausend Köpfen neben mir das gleiche Loch befindet und das einzig noch denkbare Kollektiv, das der Verunsicherung ist. Ich halte die Schaufel fest umklammert und weiß, daß ich sie nicht benutzen werde. Ich stolper durchs Unterholz und sehe wie sich Ketten bilden, die sich um die Bäume wickeln, und hinter mir bekommt jemand den Knüppel ins Genick.

Ohne an weitschweifenden, verbindlich vorbereitenden Diskussionen teilgenommen zu haben, waren wir als kleine Gruppe kurzentschlossen ins Wendland gefahren – mobilisiert von den begeisterten Reden nach dem letzten Transport und – zugegeben – der medialen Zuspitzung in den Tagen vorher. Da wir am Ort des Geschehens mit verschiedenen, uns teilweise vertrauten Zusammenhängen aus unserer Region wohnen würden, hatten wir die Vorstellung, als kleiner Teil einer großen, und deshalb handlungsfähigen Gruppe zu agieren. Diese Gruppe – so dachten wir – stimmt ihr Vorgehen jeweils gemeinsam ab und verhält sich dabei, eingebunden in den »großen Gesamtplan« (Streckenkonzept?), zusammen mit vielen anderen großen und kleinen und besser vorbereiteten Gruppen, was dann eine gewaltige Widerstandsdynamik entfaltet (wozu auch der eine oder andere phantasievolle Soloauftritt beiträgt). Das war eine süße Halluzination mit bitteren realen Auswirkungen.

Die ungefütterten Lederhandschuhe wärmen in der Frostnacht von Dienstag auf Mittwoch meine schlecht durchbluteten Hände nicht (ich muß endlich aufhören zu Rauchen). Zwischen den herbeiströmenden Menschenmassen, vorbei an Fotografen und Kamerateams, schlängeln wir uns zur Spitze der Sitzblockade am Verladekran. Irgendwo über Quickborn steigt ein Feuerwerk in den Nachthimmel und dazwischen senkt ein Hubschrauber seinen gierig tastenden Lichtfinger zum Boden. Die Bullen sind erst einige Meter weit gekommen, obwohl die Räumung schon vor Stunden begonnen hat. Wir stehen da und gaffen.

Die Bullen gehen jetzt rüder vor und schließlich folgt der erste Wasserwerfereinsatz. Erst als zermürbende Regenfontäne, dann als gezielter Strahl. Ein mit ausgebreiteten Armen aufrecht stehender Blockierer, läßt sich im Licht der Kamerascheinwerfer vom Wasserwerfer ans Kreuz nageln – das gibt gute Bilder. In echter Empörung entfährt mir der Ausruf: „Schweine!". Sekunden später bin ich von einigen gerade geräumten BlockiererInnen umringt, die auf mich einreden, „meine Provokationen" zu unterlassen und daß das „ihre Aktion" sei und sie hier „keine Eskalation" wollen. Eine junge Frau bleibt noch einen Augenblick neben mir stehen und entschuldigt sich dann für den energischen Ton in ihrer Stimme. „Laßt uns hier abhauen!"

Im Laufe des Vormittags wird die Blockade abgeräumt werden. Es wird schwere Prellungen, blutige Köpfe und Knochenbrüche geben. Es werden noch Tausende am Verladekran eintreffen. Es wird eine riesige Menschenmenge sein, die auf den Feldern am Rande der Straße stehen wird, wenn der Transport losfährt. Es werden x-tausend Augenpaare sein, die den Castoren nachsehen werden, wenn die Menschenblockade planmäßig beendet sein wird. Denn eine Handlungsalternative wird nicht vorgesehen sein. Einige werden sich noch auf den Weg machen aber sie werden unterwegs steckenbleiben.

Die Funktionäre und Funktionärinnen von »x-tausendmal quer« hätten uns gerne, nach Ablegen eines Glaubens-Bekenntnis zur »Gewaltfreiheit« und Abgabe unserer schwarzen Bekleidung, in ihr Bezugsgruppensystem aufgenommen und uns dann, mit viel moralischem Wortbeistand, medienwirksam verheizt. Das war ein ganz konkretes Angebot, ein klarer Aktionsrahmen und deshalb für viele so attraktiv, die vielleicht nicht unbedingt den »Gewaltbegriff« von »x-tausendmal quer« teilten, aber keinen Traktor besaßen und sich auch nicht auf das Abenteuer autonomer Selbstorganisation einlassen wollten. Wir haben dieses Angebot abgelehnt, ohne die Folgerungen daraus zu ziehen. Was war mit dem »Streckenkonzept« ab Dienstagnachmittag noch beabsichtigt, außer daß »x-tausendmal quer« den zentralen Ort »Verladekran«, materiell und politisch besetzt hielt? Haben wir uns in den Wald schicken lassen? Und wenn nicht, was wollten wir dort? Warum haben wir am Dienstagnachmittag, in der Frühlingssonne, nicht darüber gesprochen – mit allen?

Am Sonntagabend wird von den kreativen Machern unserer aus vielen kleinen Gruppen bestehenden großen Gruppe, in bedeutungsvoll verschweigenden Worten, eine Aktion vorgeschlagen – Details soll das nachfolgende Delegiertentreffen klären. Begeisterte Stimmen berichten dort von einem offensichtlich unbewachten Gleisabschnitt. Die Diskussion kreist um Sicherheitsposten, Fluchtwege und Zeitplan, um die Zahl der benötigten Autos, Werkzeuge und Handys – besonders Handys. Ein kurzer, aber genauer Blick in die Karte erklärt schließlich, warum die Gleise an dieser Stelle nicht bewacht sind. Es handelt sich um einen Abschnitt der längst zerstörten und stillgelegten Bahnlinie. Den Genossen ist nicht bekannt, daß der Transport über diese Strecke definitiv nicht fahren wird.

Wir parken unsere Wagen am Gusborner Camp. Die Sonne steht jetzt am Himmel und ich brauche die ohnehin überflüssigen Handschuhe nicht mehr. Ein Teil unserer kleinen Gruppe verschwindet im Camp, um Infor-



mationen einzuholen, die unser weiteres Vorgehen bestimmen sollen, aber niemand von ihnen kehrt zurück.

Die Straße ist in diesem Bereich an mehreren Stellen unterhöhlt. Dieses beeindruckende Zerstörungswerk muß einiges an ungestörte Zeit in Anspruch genommen haben und ist wahrscheinlich in diesem Ausmaß erst entstanden, nachdem die Südstrecke von den Bullen aufgegeben wurde. Das Wendland als Abenteuerspielplatz.

Von einer hohen Barrikade aus können wir in der Ferne beobachten, wie an der Straße bei Quickborn Rauch aufsteigt. Da sich unsere GenossInnen offensichtlich in diesem Rauch aufgelöst haben, laufen wir über die Felder auf die Rauchsäule zu, um einige Schwaden die unsere GenossInnen gewesen sind in einer Flasche einzufangen. Und wenn sie sich in der fest verkorkten Flasche dann wieder zurückdestiliert haben, werden wir sie einige Jahre ins Regal stellen und dort schmoren lassen – soviel sie auch jammern mögen. Dieser Plan beflügelt unsere Schritte und so erreichen wir nach kurzer Zeit die Nordstrecke. Doch der Zweifel an der Sinnhaftigkeit von dem, was sich dort vor unseren Augen abspielt, läßt uns zunächst unentschlossen im rückwärtigen Raum Stellung beziehen. Vor uns tobt »die Schlacht von Quickborn«.

Die feindlichen Truppen haben die Straße auf ihrer ganzen Länge mit gemischten Divisionen besetzt. Ihre erste Verteidigungslinie bilden Grenadiere, die in einer zweiten Linie von Batterien schwerer Artillerie gedeckt werden. Hinter dieser Front ist ein schier unerschöpfliches Reservoir an Reservetruppen zu entdecken. Auf dem freien Feld vor der Straße steht unsere leichte Infanterie in lockerer Formation und versucht durch einzelne Attacken den Gegner zu provozieren. Dieser hält unverrückbar seine Position und reagiert allenfalls mit gezieltem Artilleriebeschuß. Nur einmal versucht er, mit einer Angriffskolonne am Rande eines Gehöfts vorbei, einen Vorstoß in unsere rechte Flanke. Doch ein lebhafter Gegenangriff unserer Infanterie zwingt die grünen Cuirassiere ihren Brückenkopf wieder aufzugeben. „Laßt uns hier abhauen!“

Während ich den schwarzen Qualmwolken, die in Richtung Straße ziehen, noch einen Moment lang nachsehe, bemerke ich, was für ein wunderschönes Geräusch die Feldlerchen von sich geben, die schon den ganzen Morgen über unseren Köpfen schweben und denen es jetzt für einen Augenblick gelungen ist, die Hubschraubern aus meinem Kopf und vom Himmel zu vertreiben.

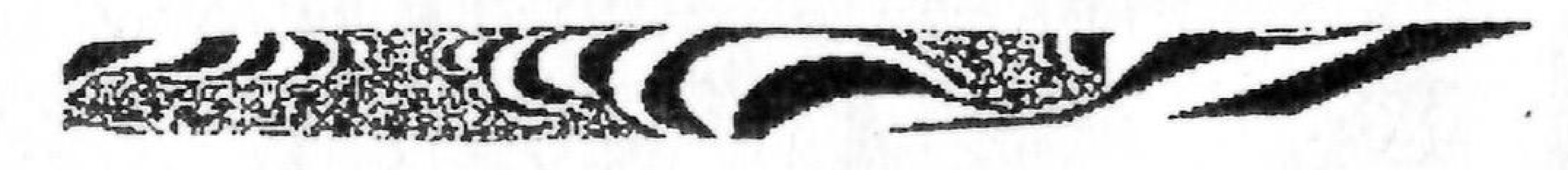
Montagabend folgen wir einer großen Gruppe von Quickborn aus in den Wald. Wir beeilen uns, denn die Gruppe ist schon vor Minuten losgelaufen und es wird nicht einfach, sie in der Dunkelheit einzuholen. Auf einer Querstraße im Wald treffen wir auf eine kleine Gruppe, die damit beschäftigt ist Barrikaden zu bauen. Unsere Frage, in welche Richtung wir weiterlaufen müssen, wird mit Zurechtrücken der Vermummung und Schweigen beantwortet. Da unser Bemühen, mit der Hauptgruppe noch zusammenzukommen, jetzt endgültig die Dunkelheit und das konspirative Gebaren der Genossen verschluckt haben, beteiligen wir uns unaufgefordert am Barrikadenbau. Das erscheint uns sinnvoll, damit der Hauptgruppe der Rückweg nicht abgeschnitten wird. Von weitem sind vor der Barrikade Fahrzeugscheinwerfer zu erkennen, die zu LKWs gehören und vorneweg nähert sich ein einzelner PKW, der mit aufgeblendetem Licht vor der ersten Barrikade stehen bleibt. Die Bauarbeiten werden eingestellt. Ich gehe auf das Auto zu und erkenne eine einzelne Person darin. Es ist ein altes Mütterchen, das im Chaos von Bullen und Blockaden ihren Weg nicht mehr findet. Ich empfehle ihr mit Hilfe meiner Karte eine kleine Umleitung. Als ich zu den Barrikaden zurückkehre, sind wir alleine.

Gegen Mittag – wir erhalten die Nachricht, daß der Transport jetzt jeden Augenblick losfahren soll – treffen wir bei Grippel im Camp der MopedfahrerInnen ein, die gerade mit einer Partie Völkerball oder so etwas ähnlichem beschäftigt sind. Hier, wo beide Transportstrecken zusammenlaufen, glauben wir, daß sich einige Gruppen sammeln werden, um nocheinmal zu versuchen, die Straße zu blockieren – wie und womit auch immer. Im Camp der MopedfahrerInnen gibt es endlich mal Schinken und Bohnen. Ich bediene mich reichlich. Unsere GenossInnen hatten sich im übrigen doch nicht in Rauch aufgelöst.

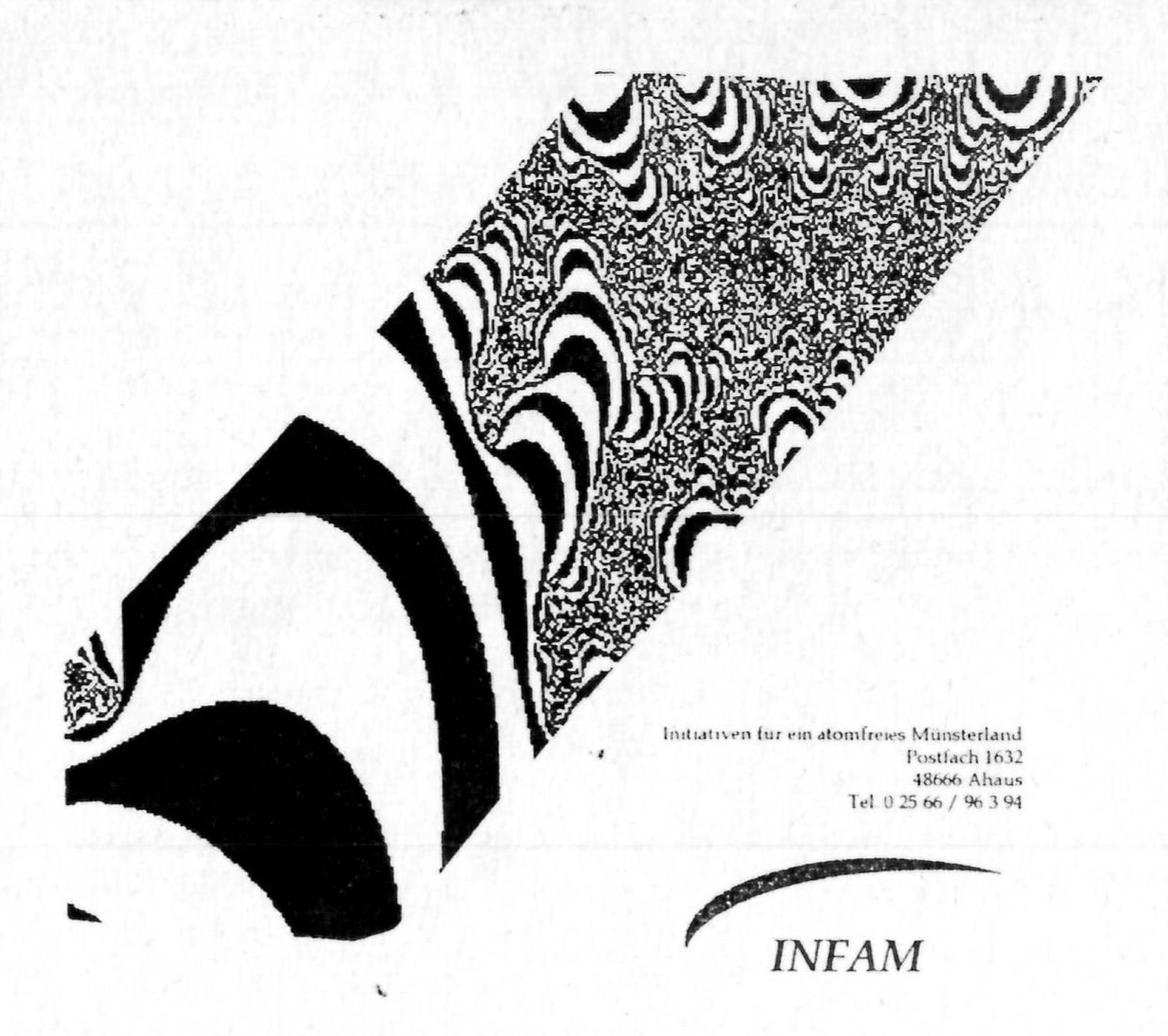
Vom Campeingang schallen „haut ab, haut ab“-Rufe herüber. Wir realisieren, daß diese Rufe nicht etwa irgendwelchen Bullen gelten, sondern Leuten, die überwiegend schwarz bekleidet sind. Eigentlich müßte mir jetzt jeder Bissen im Hals stecken bleiben, aber es schmeckt trotzdem. „Laßt uns hier abhauen!“

Freundliche BewohnerInnen weisen uns den Weg über Höfe und durch Gärten. Wir klettern über Weidezäune und stapfen durch feuchte Wiesen und treffen, dort wo die Straße auf einem Deich verläuft, auf eine Stelle, die nur von einer dünnen Bullenkette geschützt wird. Es gelingt nur einem Teil der bunten Sammlung von Leuten, mit denen wir jetzt unterwegs sind, die Straße zu erreichen. Die Sitzblockade ist von kurzer Dauer. Die Bullen sind nervös und brutal und ein zweiter Versuch, an anderer Stelle, in einer größeren Gruppe, die Straße zu stürmen, scheitert an der Unentschlossenheit der Leute. Es hat zu diesem Zeitpunkt auch immer weniger Sinn, für eine Blockade von wenigen Minuten, noch Verletzungen und Festnahmen zu riskieren.

Auf den Feldern hinter uns werden Luftlandetruppen abgesetzt, und das jetzt nicht mehr abreißende Dröhnen der Hubschrauber verkündet das Herannahen der Gewaltmaschine, die in ihrem Innern den strahlenden Dreck transportiert. Und jetzt gibt es kein Pardon mehr und so werden einer Gruppe von Leuten, die mit ihren Armen in einer Holzkiste stecken und plötzlich aus einem Hof auf die Straße stürmen, Arme gebrochen und Zähne ausgeschlagen, und erst als ein Fernsehteam anbraust, wie Zivibullen aus dem Auto springt und endlich mit geschulterter Kamera, die Regeln des Bildaufbaus und die Besonderheiten des Lichteinfalls beachtend, die Szenerie gierig in die Magnetbänder saugt, unterlassen die Bullen ihr widerwärtiges Prügeln und Zerren und beschränken sich darauf, im Sichtschutz der am Boden liegenden Körper, auf diese einzutreten. Und dann kommt der Castor. „Laßt uns hier abhauen!“



FX



Initiativen für ein atomfreies Münsterland
Postfach 1632
48666 Ahaus
Tel. 0 25 66 / 96 3 94

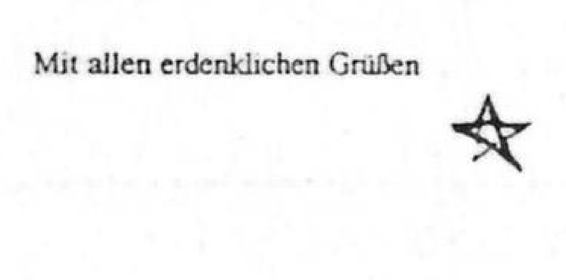
INFAM

Einladung zum nächsten Delegiertentreffen zum Castor-Widerstand in Ahaus am Sonntag, 20.April 1997 in Ahaus, um 15^{30} Uhr im Spieker der VHS (siehe Wegbeschreibung), nach dem Sonntagsspaziergang ab 14^{00} Uhr am BEZ.

Als erstes Vorweg: Der Sonntagsspaziergang unter dem Motto „Schraube Locker" kann NICHT am 20.April gemacht werden. Die BI Ahaus hat nach eingehenden Disskusionen darum gebeten, diese Aktion um vier Wochen zu verschieben. Das neue Datum wäre dann der 3. Sonntag im Mai.
Wir haben versucht, möglichst viele über diese Änderung zu informieren. Tut uns leid, wenn wir nicht alle erreichen konnten, und daher Vorbereitungen erst einmal vergeblich waren. Die Aktion findet aber auf jeden Fall statt.
Als zweites: Das Delegiertentreffen wird es in Zukunft regelmäßig geben. Auf den Wunsch einiger TeilnehmerInnen hin soll das Treffen immer im Anschluß an den Sonntagsspaziergang stattfinden. Dies ermöglicht vor allem Leuten mit weiteren Anreisewegen die Teilnahme am Sonntagsspaziergang wie am Delegiertentreffen, ohne zweimal im Monat nach Ahaus fahren zu müssen.
Als drittes: Auch wenn die Treffen regelmäßig stattfinden, wurde beschlossen, jedes mal Einladungen zu verschicken. Aber das kostet im Monat rund 100,-DM. Die Absicht, dies über das Spendenkonto zu finanzieren klappt nicht, solange es keine Spenden gibt. Auch diesmal müssen wir wieder aus eigener Tasche zuzahlen, und das können wir nicht lange. Also, -spendet!

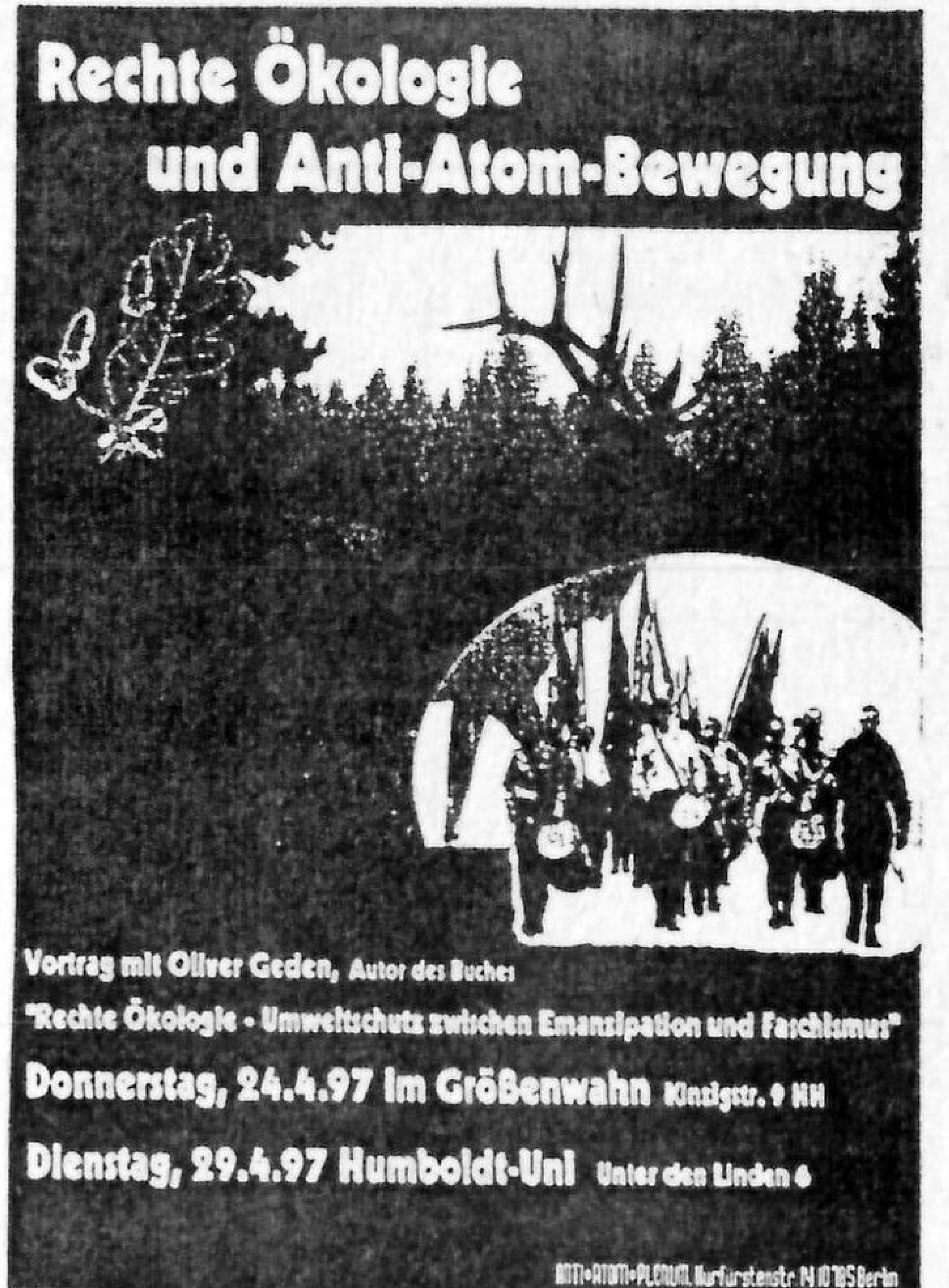
In der nächsten Zeit anstehende Termine sind in erster Linie:
30. April bis 4. Mai 1997: Widerstandscamp und Mahnwache der UWG-Jugend am BEZ
31. Mai 1997: 20. Maifest der BI „Kein Atommüll nach Ahaus"

Vorschläge für die Tagesordnung:
1. Diskussion um die Absage von „Schraube locker" durch die BI
2. Maifest, Mahnwache, Widerstandscamp im Sommer
3. Das Image von Ahaus als Standort.
4. längerfristige Vorbereitung zum Tag X (Konzepte, Organisatorisches, bundesweites Vorbereitungstreffen)
5. ....



Mit allen erdenklichen Grüßen





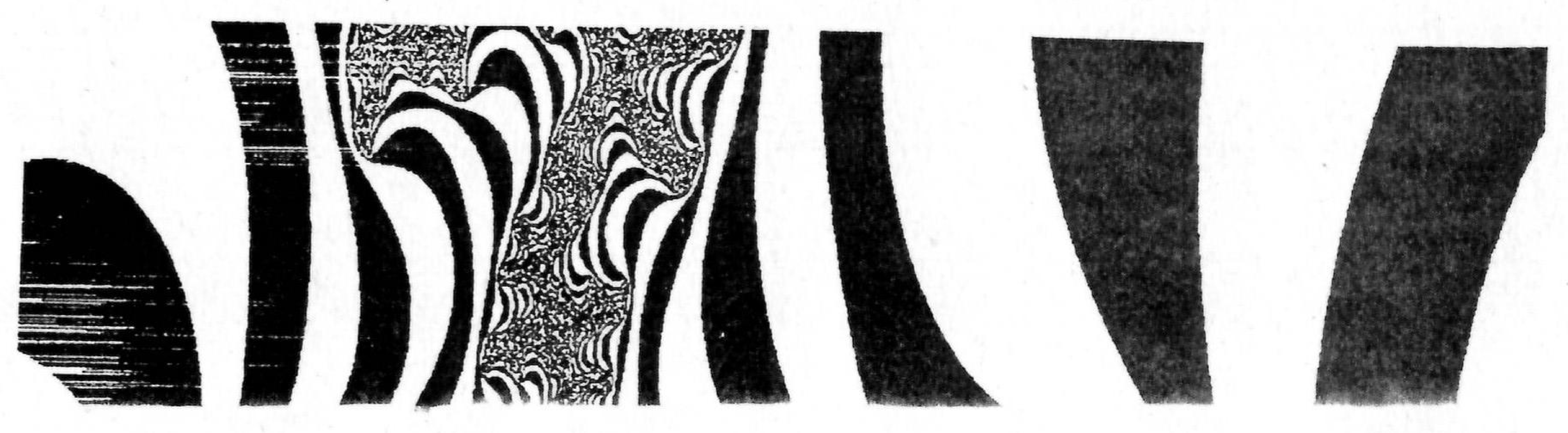


Wir möchten Euch herzlich einladen, Euch am Straßenfest auf dem Mariannenplatz am 1. Mai zu beteiligen.

Seit einigen Wochen sitzen mehrere Menschen aus verschiedenen Parteien und Initiativen Kreuzbergs zusammen, um ein großes Straßenfest am 1. Mai in Kreuzberg zu planen. Konkretisiert hat sich bisher folgendes:

- Am 1. Mai soll von 15.00 - 22.00 Uhr auf dem Mariannenplatz ein Straßenfest unter dem Motto „Gegen soziale Ausgrenzung und wachsende Armut in Kreuzberg" stattfinden.
- Integriert werden ein Kinderfest am Nachmittag und
- ein Konzert am Abend.

Die Treffen der 1. Mai Fest-Initiative finden jeden Sonntag um 18.00 Uhr im Mehringhof, blauer Saloon statt. Für telefonisch Nachfragen stehen Euch folgende Nummern zur Verfügung 694 92 54; 694 37 77, 614 31 46, 614 45 18.



Die *Linke StudentInnengruppe*
und der *Rosa-Luxemburg-Verein* e.V.

laden ein zur Diskussion:

Beschneidung der Pressefreiheit in der BRD

Die "radikal" und ihre MacherInnen als "kriminelle Vereinigung" ?

Wann: 6. Mai, 18.30 Uhr - Wo: UNI Leipzig, Hörsaal 17

Programm:

Film: "Happy Birthday: 150. Haftbefehl *radikal*"
Referate und Diskussion von und mit:
Soligruppe Hamburg und radikale Zeiten,
Angela Marquardt,
Marco Carini (taz Hamburg), Hans-Dieter Vogel (junge welt) ?,
Gerhardt Piskol (KMW-Dozent), Rote Hilfe Dessau und anderen

Und wie immer:
Abgabeschluß des Streßfaktors ist der 25.
Für alle linxradikalen & unkommerziellen Mai-Termine, freiheitlich-fortschrittliche Inhalte/Texte am besten noch früher. Dann werden 1800 Streßfaktoren an ca. 60 einschlägigen Örtlichkeiten gratis ausliegen. Dafür sollen rein ehrenamtliche Veranstaltungsorte 10,-, die anderen 40,- monatlich abdrücken. Was nach dem 25. in unserem Briefkasten landet, kann nicht mehr reingenommen werden.
Streßfaktor c/o Infoladen Daneben, Liebigstr. 34, 10247 B-Fridelhain

25. - 27. April: Bundestreffen zur Totalen Kriegsdienstverweigerung in Aschersleben bei Magdeburg. Kontakt: TKDVer Sachsen-Anhalt, c/o L. Weselowski, Tel. 0177/2518859.

28. April: 60 Jahre Bombardierung Guernicas und Antimilitarismus im Baskenland heute.
1937 legte die Legion Condor die baskische Stadt Guernica in Schutt und Asche. Mit dabei die „JU 52", das damals modernste, bombardierungstaugliche Flugzeug der deutschen Luftwaffe. Genießt unter der freundlichen Bezeichnung „Tante Ju" heute noch einige Popularität und befindet sich Ende April auf einer Nostalgietour zwischen Berlin und Leipzig. Weniger populär ist die Forderung nach einer Entschädigung Guernicas und der Opfer bzw. deren Nachkommen. Über das alles wird von der „baskischen Totalverweigererpunkband 'Münsterland'" informiert. Anschließend machen sie Musik. Ab 19 Uhr im Café Größenwahn, Kinzigstr. 9, Friedrichshain.

Samstag, 26.4.97

CAFÉ GRÖßENWAHN

15.30 - 20.00 Uhr: Kaffee und Kuchen
17.00 Uhr Film: *„Spur der Steine"*
DDR, 1966
"Regalfilm". Vor dem Hintergrund der alltäglichen Probleme der Bauleitung mit der sozialistischen Planwirtschaft, spielt sich eine Dreiecksgeschichte zwischen dem Parteisekretär, einer Ingenieurin und einem Arbeiter ab. Privates und Berufliches der drei sind untrennbar miteinander verbunden.
Eintritt frei

Montag, 28.4.97
19.oo Uhr

60 Jahre Bombardierung Gernikas & Antimilitarismus im Baskenland

Am 26. April 1937 bombardierten deutsche Wehrmachtsbomber der „Legion Condor" die baskische Stadt Gernika. Heute, 60 Jahre später drückt sich die Bundesregierung ganz im Zeichen der Leugnung von Wehrmachtsverbrechen vor einer Geste der „Wiedergutmachung" Nach **Informationen** zur Bombardierung Gernikas wird die baskische **Totalverweigererpunkband „Münsterland"** aus Bilbao uber antimilitaristischen Widerstand im Baskenland heute berichten Ihre musikalischen Fahigkeiten werden sie anschließend zum besten geben

Eine Veranstaltung der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste & Militär und der FAU-IAA (Berlin)

Freitag, 18.4.97

FrauenLesbenVideoKino „Out in Friedrichshain"

21.00 Uhr: *„Vor der Hochzeit"*
BRD, 96 R.: Antonia Lerch, D: Berlin, Nermin, Belgin
Über die Schwierigkeiten einer jungen Türkin in Berlin, die nach den regeln von Koran und Familie nicht nur einen landsmann heiraten muß, sondern auch bis zur Hochzeit keusch bleiben muß.
Eintrittsspende bis 4 mark, wovon ein Teil an Frauen/Lesbenprojekte gespendet wird.

Samstag, 19.4.97

CAFÉ GRÖßENWAHN

15.30 - 20.00 Uhr: Kaffee und Kuchen
17.00 Uhr Film: *„Train Spotting"*
GB 1996 Regie: Danny Boyle
Tristes Glasgow der 90er: Vier Junkies und ein saufender Messerstecher dröhnen, prügeln und saufen sich durchs Leben.
Eintritt frei

Donnerstag, 24. 4. 97
20.00 Uhr

INFOVERANSTALTUNG ZU ÖKOFASCHISMUS UND ANTIATOMBEWEGUNG
mit Oliver Geden, dem Autor des Buches „Rechte Ökologie"
Mitveranstalter: Anti-Atom-Plenum Berlin

Freitag, 25.4. 97

KINO IM GRÖßENWAHN

20.00 Uhr: *"Pulp Fiction"*
Regie: Quentin Tarantino
Eintrittsspende: 4 mark

Bis 22. April: „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben": Ausstellung zu den Jugend-Konzentrationslagern Moringen und Uckermark 1940-1945. Zu sehen in der Galerie Olga Benario, Weserstr. 5, 12047 Berlin (Neukölln). Am 22. April findet um 19.30 Uhr eine Abschlußveranstaltung mit dem Titel „Jugendopposition im Schatten der Weißen Rose" statt.

■ **Gerichtsreport** ND

»Szenetypisches Kleid«

Prozeß wegen Beleidigung von Rekruten

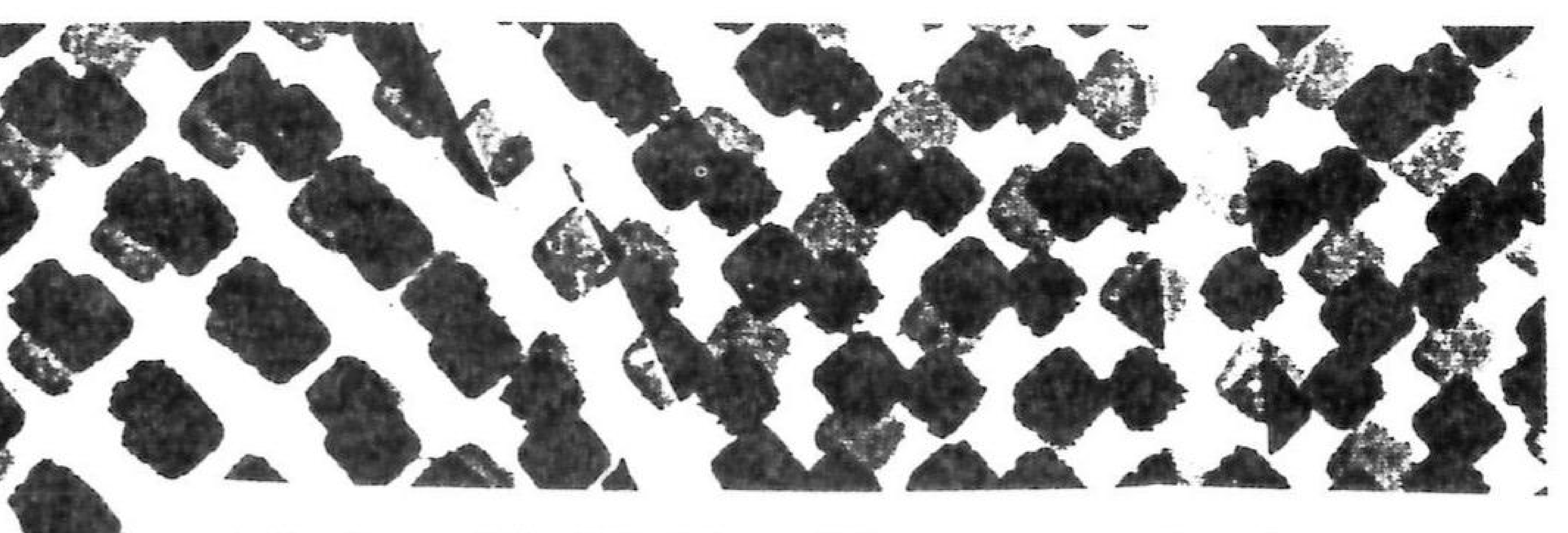
Von Peter Kirschey

Der deutsche Kleingeist reagierte schon immer zänkisch und beleidigt auf eine herzhafte Kritik, bemerkte Gerichtsreporter Richard Deinhardt 1931 in seinem Buch über Beleidigungsfälle der 20er Jahre. Der gestrige Prozeßauftakt gegen die 22jährige Studentin Eva wegen Beleidigung und Widerstandes gegen einen Beamten schien dies geradezu exemplarisch zu bestätigen. Sie hatte am 31. Mai 1996 an Protesten gegen das öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr vor dem Charlottenburger Schloß teilgenommen, bei dem die Rufe »Mörder! Mörder!« fielen.

Wegen ihrer »szenetypischen Kleidung«, sie trug ein »schlabberndes, wabbelndes szenetypisches Kleid«, geriet sie ins Visier des strammen Herrn Michael, jenes Polizeibeamten, der »den Zugriff« vornahm. Der Beamte ist nicht irgendein letzter Schütze Arsch im dritten Glied, sondern fungierte an diesem Tage als »juristischer Berater« des obersten Berliner Uniformierten, des Landesschutzpolizeidirektors Gernot Piestert. Dieser »Berater« zog gestern vom Leder, daß einem das leichte Gruseln kam. Die da hinter der Absperrung seien »keine normalen Zuschauer« gewesen, da wären Demonstranten »eingesickert«, es war der »Straftäter-Block«, beschrieb er sein festgefügtes Feindbild.

Dieser Mann also sprang, nachdem er die ganze Zeit auf Eva fixiert war, mit Pistole an der Hüfte über die Absperrung in die brodelnde Menge, um die zierliche Frau herauszuzerren. Ein Glücksumstand, daß kein Provokateur dabei war, der dem Polizisten die Waffe abnahm. Der bullige Michael stellte ein absolutes Sicherheitsrisiko dar. Knackpunkt des Verfahrens sind die »Mörder! Mörder!«-Rufe. Um Protestierer auch kriminalisieren zu können, hatte man sich mit der für politische Prozesse zuständigen Staatanwaltschaft auf einer Lagebesprechung vorher festgelegt: Wer das Tucholsky-Zitat nutzt, abwandelt, meint in dieser Situation nicht die Bundeswehr, nicht den Redner, den Herrn Bundespräsidenten, auch nicht Soldaten in aller Welt, sondern jene jungen Rekruten, die den Schwur leisten mußten.

Eva war also, wegen ihres »szenetypischen Aussehens« im »Straftäter-Block«, verurteilt, bevor sie den Mund aufmachte. Strafverschärfend kam hinzu, daß sie eigentlich gar nicht szenetypisch gekleidet war, wie der Polizist dem erstaunten Gericht zu melden wußte. Denn »szenetypisch« seien Hosen bei Frauen. Doch damit wäre sie »wahrscheinlich gar nicht durch die polizeilichen Vorkontrollen« gekommen. Da nun fiel die Frau Staatsanwältin fast vom Schemel, denn auch sie outete sich als Hosen-Trägerin. Sie mußte sich leicht schütteln bei dem Gedanken, wegen eines Kleidungsstückes aus den »normalen« Menschen aussortiert zu werden. Das Verfahren wurde wegen fehlender Polizeizeugen auf unbestimmte Zeit vertagt.



17.4.: 20.00 Uhr El Locco: Käthe Kollwitz in Tagebüchern, Briefen und Bildern. Eine Erinnerung an die Berliner Künstlerin zum 130. Geburtstag mit Videos, Hörstück und Dias.

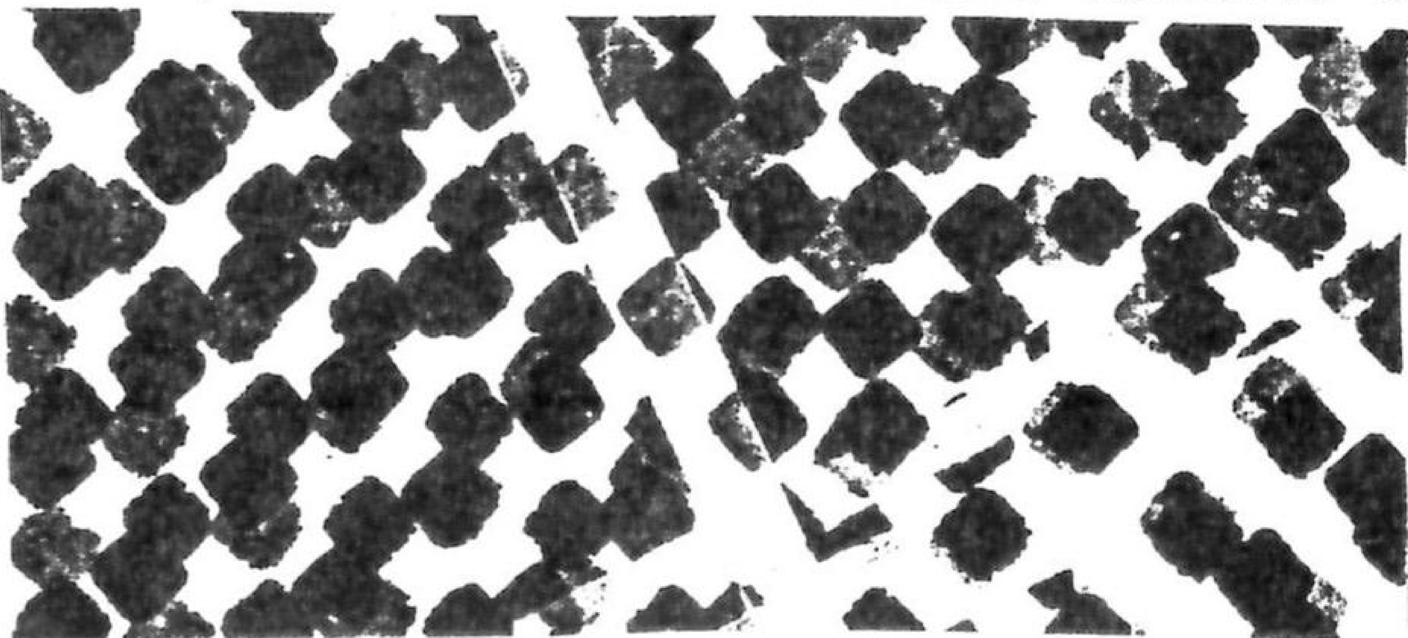
21.00 Uhr Köpi 137 Kino: Warschauer Aufstand 1944 (Doku)/Holocaust

18.4.: ??.?? Uhr Schwarze Risse/Mehringhof: Veranstaltung zum Buch "Tarzan was nun?" mit Klaus Viehmann und Oliver Tolmein
20.00 Uhr El Locco: "Der Teufel hat bei der Erschaffung der Erde die Kohle in die Lausitz gesetzt" Film - der Regisseur ist anwesend

19.4.: 20.00 Uhr Cafe Größenwahn: Antifa-Filmnacht "Der Untertan" / "Der große Diktator"
22.00 Uhr Disco im EX/Mehrinhgof
21.30 Uhr Eisenbahner Konzert: "Getränke Hoffmann" und "Muckedfuck"
sonst: Di Death Metal, Mi Tanznacht, Do Punk - immer ab 21.30 Uhr

24.4.: 20.00 Uhr El Locco: "Birthday" - Film über Dorothea Tanning (Malerin)
21.00 Uhr Köpi 137 Kino: "Herr der Ringe" / "Malevil"

25.4.: 20.00 Uhr El Locco: "DasMädchen Liane" Video über die die Schauspielerin Marion Michael. Anschl. Diskussion mitg dem Filmemacher



terminübersicht mit antifaschistischem schwerpunkt

vor zwei jahren versuchte die gruppe k.o.m.i.t.e.e. den im bau befindlichen neuen abschiebeknast in der grünauerstr. (köpenick) zu sprengen. solidarische grüße an die, durch die verfolgungs- behörden zum abtauchen gezwungenen peter, thomas und bernhard.

bis 22.4 galerie "olga benario" austellung zu den jugendkonzentrationslagern mohringen und uckermark 1940-1945

bis 6.5 dhm -zeughaus, unter den linden 2 "ein ort wie jeder andere" - bilder aus einer deutschen kleinstadt, landsberg 1923-58 täglich außer mittwochs 10 - 18 uhr

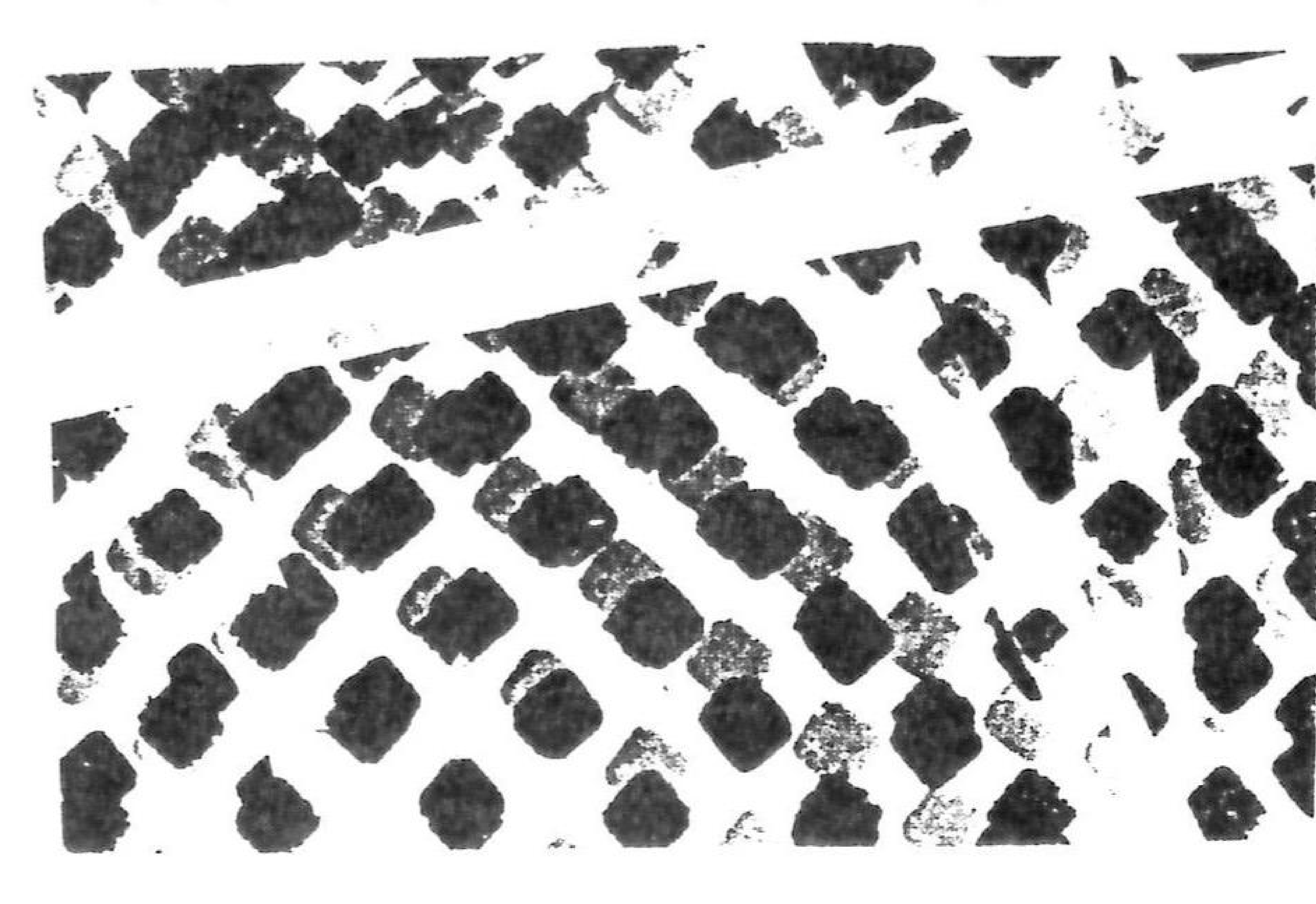
bis 9.5. rathaus charlottenburg, ausstellung: "wenn der führer verschickt, den bringt er auch gut wieder zurück" - kinderlandverschickung 1940-45

do 17.4. 18.00 uhr oderberger str. 47, filmvorführung und expertendiskussion (pds) zum thema: aktuelle rechtsextremistische strukturen

do 17.4. 19.00 uhr olof-palme-haus brunnenstr. 125-127, offenes treffen zum 1.mai-naziaufmarsch

do 17.4. 19.30 uhr olga benario galerie weserstr. 5 u-bhf hermannplatz, "reise ohne wiederkehr" film über euthanasie und medizinische zwangsexperimente am bsp. einer gruppe behinderter kinder in einem kath. pflegeheim

do 17.4. 21.00 uhr "köpi" köpenickerstr 137, film über warschauer aufstand 1944 und "blutiger schnee"



18.-20.4. burg ludwigstein bei witzenhausen (zwischen göttingen und kassel), hier trifft sich das bündische forum (quelle: junge freiheit)

fr 18.4. 16.00 uhr breitscheidtplatz: protestkungebung gegen ausgrenzung, sicherheitswahn und privatisierung im rahmen der innenstadtaktion
19.00 uhr (jeden freitag) ari, yorkstr. 59: treffen gegen abschiebungen nach bosnien

19.4.1943 aufstand im warschauer ghetto
19.4.1995 oklahoma attentat 168 tote und über 500 verletzte

sa 19.4. cafe größenwahn kinzigstr. 9 hinterhaus, ab 20.00 antifa-filmabend

19-21.4. 10-19 uhr messezentrum an der gedächtniskirche: 2. mitteleurop. bier-und getränkemesse. die messe zum "tag des deutschen bieres" (getarnte geburtstagsfeier ???)

sa 19.4. leipzig: 14.00 uhr: bundesweites vorbereitungstreffen gegen jn/npd-aufmarsch (siehe text zu den infostellen auf diesem flugblatt)

19./20.4. zeesen bei königswusterhausen besetztes schloß (ehem. gründgens villa) wird antifa-party organisiert, da es angeblich im internet einen aufruf von faschos gibt, das schloß plattzumachen

20.4.1889 braunau am inn (österreich) adolf schickelgruber/hitler geboren

21.4. 20.uhr stadtteilladen "zielona gora" grünberger straße 73 vorberietungstreffen einer kundgebung unter dem motto "stoppt die rassistische invasion nach albanien"

di 22.4. hilton-hotel am gendarmenmarkt in mitte: treffen des "dienstagsgespräches" (taz 1./2.3. seite 32) zusammenkunft gesellschaftlicher eliten aus wirtschaft, politik und medien (öffentlich geworden durch die affäre um ex-innensenator heckelmanns innenstaatssekretär bonfert) mit leuten wie haider, von stahl, brunner,... als stargäste heutiger stargast: ???

di 22.4. 19.00 uhr mehringhof: "deutscher nationalcharakter und instrumentelle vernunft" jour-fixe-initiative

di 22.4. 19.30 uhr galerie olga benario (u-bhf hermannpl.): "jugendopposition im schatten der weißen rose" abschlußveranstaltung mit kurt schilde (referat und diskussion)

23.4.1945 befreiung des kz sachsenhausen

mi 23.4. kassel: fachtagung "zwischen esotherik und rechtsextremismus" mit den journalist/inn/en rainer fromm und franziska hundseder

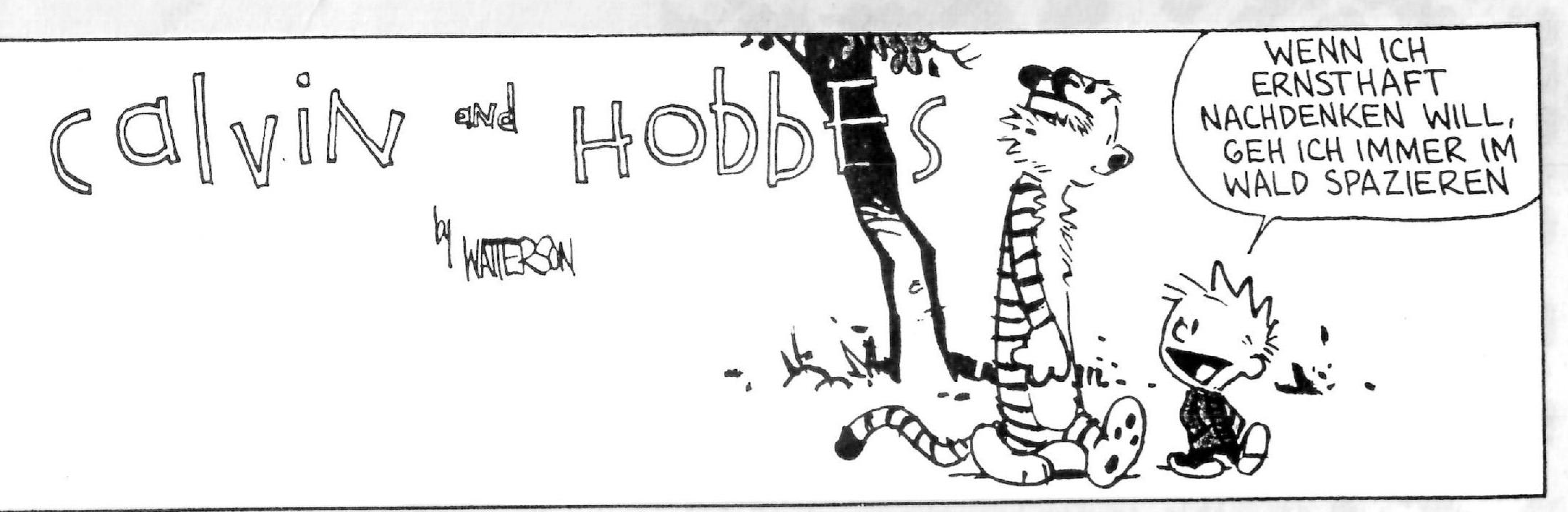
do 24.4. 20.00 uhr cafe größenwahn kinzigstr.9: veranstaltung zum thema ökofaschismus und anti-akw-bewegung mit buchautor oliver geden ("rechte ökologie")

fr 25.4. 16.00 uhr breitscheidtpl. kundgebung (siehe 18.4.)

fr 25.4. 18.00 uhr foyer der humboldt uni ausstellungseröffnung „marc bloch-historiker und wiederstadskämpfer

25.4.-27.4. jahreskongreß der rechtsextremen "gesellschaft freie publizistik" (gfp) im südwestlichen sachsen (quelle: jf 3.1.)

26.4.1937 bombardierung der baskischen stadt gernika durch die deutsche legion condor


calvin and HOBBES
by WATTERSON
WENN ICH ERNSTHAFT NACHDENKEN WILL, GEH ICH IMMER IM WALD SPAZIEREN


HIER DRAUSSEN GIBT ES IMMER JEDE MENGE ABLENKUNG


ICH GLAUBE NICHT MEHR AN DIE MORAL


WAS MICH BETRIFFT, HEILIGT DER ZWECK DIE MITTEL


NIMM, SOLANGE DU KRIEGEN KANNST - DAS IST MEINE REDE! DAS RECHT IST AUF DER SEITE DES STÄRKEREN! DIE SIEGER SCHREIBEN DIE GESCHICHTS-BÜCHER!!


IN DIESER WELT HEISST ES "JEDER GEGEN JEDEN", ALSO TUE ICH, WAS ICH TUN MUSS, UND LASSE ANDERE DARÜBER STREITEN, OB ICH IM "RECHT" BIN ODER NICHT


HEY!
SCHUBS!


WARUM HAST DU DAS GETAN?!?
DU WARST MIR IM WEG. JETZT BIST DU'S NICHT MEHR. DER ZWECK HEILIGT DIE MITTEL


ICH MEINE NICHT FÜR JEDEN, DU DEPP! NUR FÜR MICH!
AHH...
WATTERSON